

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND**

**UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI**

**SEDUTA**

**27.**

**SITZUNG**

**15-6-1961**

**Presidente: ALBERTINI**

**Vicepresidente: PUPP**

**IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE**



## INDICE

- Disegno di legge n. 16:**  
« Copertura dei posti di ruolo vacanti nelle condotte mediche, veterinarie ed ostetriche della Regione » pag. 3
- Disegno di legge n. 17:**  
« Norma transitoria per i concorsi a posti di sanitario condotto » pag. 23
- Relazione della Giunta regionale sui provvedimenti adottati dalle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano nei riguardi dei bilanci deficitari dei comuni per l'esercizio 1960 in attuazione della L.R. 31 dicembre 1955, n. 32** pag. 23
- Disegno di legge n. 12:**  
« Modifica della legge regionale 28 ottobre 1960, n. 17 » (proponenti cons. Benedikter, Brugger e Magnago) pag. 31
- Ratifica della delibera della Giunta regionale di prescindere dal referendum per la modifica della denominazione del Comune di Trambileno** pag. 35
- Disegno di legge n. 14:**  
« Determinazione della denominazione del Comune di Trambileno » pag. 36
- Mozione dei consiglieri Raffaelli, Paris, Nicolodi e Vinante per la costituzione di un Ente regionale dell'energia elettrica** pag. 37
- Voto dei consiglieri Raffaelli, Paris, Nicolodi e Vinante per l'inclusione dell'Istituto**

## INHALTSANGABE

- Gesetzentwurf Nr. 16:**  
« Besetzung der offenen Planstellen für Gemeindeärzte, Gemeindetierärzte und -Hebammen » Seite 3
- Gesetzentwurf Nr. 17:**  
« Übergangsbestimmungen für die Ausschreibung von Stellen für Gemeindeärzte, Gemeindetierärzte und -Hebammen » Seite 23
- Bericht des Regionalausschusses über die von den Landesausschüssen Trient und Bozen zugunsten der defizitären Gemeindehaushalte in Durchführung des Regionalgesetzes vom 31. Dezember 1955 Nr. 32 für das Finanzjahr 1960 getroffenen Massnahmen** Seite 23
- Gesetzentwurf Nr. 12:**  
« Änderung des Regionalgesetzes Nr. 17 vom 28. Oktober 1960 » (vorgelegt von den Reg.-Räten Benedikter, Brugger und Magnago) Seite 31
- Bestätigung des Beschlusses des Regionalausschusses, von der Volksbefragung wegen der Änderung der Benennung der Gemeinde Trambileno Abstand zu nehmen** Seite 35
- Gesetzentwurf Nr. 14:**  
« Festsetzung der Benennung der Gemeinde Trambileno » Seite 36
- Beschlußantrag betreffend die Errichtung einer regionalen Energiekörperschaft, vorgelegt von den Reg.-Räten Raffaelli, Paris, Nicolodi und Vinante** Seite 37
- Empfehlung an das Parlament betreffend die Einreihung des Instituts für mittel- und lang-**

**del Mediocredito del Trentino-Alto Adige  
fra gli Istituti finanziari delle Regioni a  
Statuto speciale, destinati a beneficiare  
dei rientri dei fondi erogati sulla legge  
28 luglio 1950, n. 722 pag. 50**

**fristige Kredite Trentino - Tiroler Etsch-  
land unter die Finanzinstitute der Regio-  
nen mit Sonderstatut, die aus den Rück-  
zahlungen der mit Gesetz vom 28. Juli  
1950 Nr. 722 ausgeworfenen Beträge be-  
dacht werden sollen, vorgelegt von den  
Reg.-Räten Raffaelli, Paris, Nicolodi und  
Vinante Seite 50**

**Convalida delle elezioni dei consiglieri regio-  
nali pag. 54**

**Bestätigung der Wahl der Regionalräte  
Seite 54**

A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10,15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.):  
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta del 14-6-61.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.):  
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna; il verbale è approvato.

Riprende quindi la trattazione del **disegno di legge n. 16**, nel testo proposto dalla Giunta regionale: « *Copertura dei posti di ruolo vacanti nelle condotte mediche, veterinarie ed ostetriche della Regione* ».

Abbiamo all'art. 2 l'emendamento a firma Wahlmüller, Volgger, Brugger, che è stato modificato nell'ultima parte: « nominata dalla Giunta regionale, su proposta della Giunta provinciale di Bolzano », la commissione.

C'è qualcuno che chiede la parola? La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Gestern ist gegen unseren Vorschlag ein sehr merkwürdiger Einwand gemacht worden. Zunächst wur-

de gesagt, daß mehr als zwei Drittel der Gemeindeärzte ja bereits der deutschen Volksgruppe angehören und daß es also daher sehr gerechtfertigt sei, wenn für die wenigen Stellen auch Bewerbern der italienischen Volksgruppe eine leichtere Möglichkeit gegeben werde, an diesen Wettbewerben teilzunehmen. Ich möchte nun von vornherein ablehnen, daß man bei Gemeindeärzten dieses Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln annimmt, wie man das etwa bei Staatsbeamten oder sonstigen ganz allgemeinen Provinzbeamten annehmen könnte. Der Gemeindearzt ist ja der Arzt, der wirklich Kontakt mit der Bevölkerung haben und also auch aus der Bevölkerung stammen muß, die er betreuen soll. Er sollte also im wesentlichen aus der Volksgruppe stammen, die in dieser Gemeinde die Mehrheit hat. Und Sie wissen ganz genau, daß eben mehr als zwei Drittel der Gemeinden in Südtirol eine deutsche Mehrheit haben. Infolgedessen, glaube ich, ist es kein richtiges Argument, hier mit den zwei Dritteln zu einem Drittel zu arbeiten, denn dort, wo eben ein wirklicher Kontakt des Arztes mit dem Patienten und mit der Mehrheit der Patienten sein muß, was besonders bei uns auf dem Lande wichtig ist, wo die Bevölkerung ja nicht einmal das Hochdeutsche genau spricht, ist es also notwendig, daß der Arzt wirklich aus dieser Bevölkerung stammt.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß es nicht gerechtfertigt ist, wenn man sagt, man möchte diesen wenigen Bewerbern ihre Möglichkeiten erleichtern und also keine schriftliche Prüfung verlangen, weil die schriftliche Prüfung ja für unsere Leute, die der deutschen Volksgruppe angehören, auch überall verlangt wird. Auch von einem einfachen Postfräulein, das nur am Schalter sitzt und Marken verkauft, verlangt man eine schriftliche Prüfung in der italienischen Sprache, wenn es der deutschen Volksgruppe angehört. Es ist also gar nicht einzusehen, warum ein Arzt, ein Akademiker, nicht auch die deutsche Sprache schriftlich beherrschen soll.

Außerdem ist es heute natürlich Schuld dieser Bewerber selbst, wenn sie die Sprache nicht beherrschen, denn in den 15 Jahren seit Kriegsende hatte bestimmt jeder die Möglichkeit, wenn er die Absicht hatte, sich hier als Gemeindefeuerarzt niederzulassen, doch auch die deutsche Sprache in entsprechendem Ausmaß zu erlernen. Es wurde außerdem gesagt, der Arzt habe ja nur zu sprechen und es gebe ja keine Ordination auf schriftlichem Weg. Richtig, es wird nie ein Kranker schriftlich anfragen, was er nun zu tun hat, aber Sie wissen ganz genau, daß unsere Gemeindefeuerärzte oft einen sehr großen Sprengel zu betreuen haben. Die Leute kommen von weit her zu diesem Gemeindefeuerarzt und wir haben deshalb auch in der Provinz Bozen eigene Kurse für Sanitätshelferinnen auf dem Lande, die also in den entfernteren Gebieten auf dem Lande die Betreuung der Kranken übernehmen, weil ja auf dem Lande nicht jeder wie in der Stadt zum Arzt gehen kann, wenn ihm die Anordnungen des Arztes nicht sofort verständlich sind und er sie auch nicht immer im Kopfe behält. Hier ist es also notwendig und es wird zum großen Teil tatsächlich auch schon so praktiziert, daß

der Arzt dieser Helferinnen in der Gemeinde schriftliche Anweisungen gibt, wie sie den Kranken nun betreuen muß, welche Maßnahmen zu treffen sind und dergleichen mehr. Es ist also hier wirklich auch ein Schriftverkehr des Arztes notwendig, denn diese Helferinnen auf dem Lande, obwohl sie selbstverständlich die Sprache beherrschen, soweit sie sie in der Volksschule gelernt haben, stammen eben auch vom Lande. Es sind einfache Mädchen, denen dann mit Fachausdrücken aus der Medizin in italienischer Sprache nicht gedient ist, weil sie diese Anweisungen, wenn sie italienisch geschrieben werden, nicht verstehen würden. Der Arzt in einer Gemeinde, ich denke etwa an das ganze Sarntal oder an den Ritten, wo stundenweite Wege sind und wo nicht jeder täglich zum Arzt kommen kann, hat also eine ganz andere Betreuungsart als ein Arzt in der Stadt, wo der Patient täglich vorsprechen kann und der Arzt wieder Hausvisiten macht und auch die Kur selbst überwachen kann. Auf dem Lande geht der Kranke wahrscheinlich nur einmal zum Arzt oder in dringenden Fällen wird man einmal diesen Arzt rufen, dann aber fällt die ganze Pflege, wie ich sage, auf diese Pflegerinnen, für deren Ausbildung die Provinz bedeutende Beträge ausgibt, und zwar aus der Notwendigkeit heraus, der Bevölkerung eine bessere gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen. Aber dieser Kontakt zwischen Arzt und Pflegerin kann nur schriftlich hergestellt werden, indem ihr der Arzt die Anweisungen für den Kranken aufschreibt und das kann bei der Natur dieser Sache und bei der Bildung der Pflegerinnen auch nur in deutscher Sprache geschehen.

Es ist also nicht so, daß wir sagen können, ein Arzt habe ja nur einen Patientenverkehr, der sich mündlich abwickelt, und wenn er imstande ist, mündlich mit seinen Patienten zu

verkehren, dann genügt das für seinen Bedarf. Das mag vielleicht für einen Privatarzt genügen, aber für einen Gemeindefeuerarzt ist das vollkommen unzulänglich und wir müssen mit allem Nachdruck verlangen, daß der Gemeindefeuerarzt auch imstande ist, seine Anweisungen für den Kranken in schriftlicher Form zu geben. Andernfalls müßte man sagen, daß also die Gesundheitsfürsorge auf dem Lande überhaupt in Frage gestellt wird. Denn wenn der Patient nach Hause geht und sich dann diese Anweisungen entweder merken muß oder wenn sie dann niemand versteht, dann ist es klar, daß hier der Gemeindefeuerarzt seinen Zweck verfehlt hat und daß der Patient also nicht richtig betreut werden kann. Eine schriftliche Prüfung ist daher auch im Sinne einer wirklichen Betreuung der Kranken einfach eine Notwendigkeit, die nicht zu umgehen ist, besonders aber bei den Verhältnissen, die unsere Gemeindefeuerärzte vorfinden, nämlich, daß sie von einem Ort aus einen sehr großen Sprengel zu betreuen haben. Aus dieser Notwendigkeit heraus wurde diese Verbesserung eingebracht.

*(Contro la nostra proposta è stata fatta ieri una obiezione assai strana. È stato innanzitutto asserito che oltre i due terzi dei medici condotti sarebbero ormai appartenenti al gruppo etnico tedesco e che per conseguenza sarebbe più che giustificato, se per i pochi posti disponibili, anche ai partecipanti del gruppo linguistico italiano venisse resa più facile la possibilità di prendere parte ai concorsi. Respingo a priori di ricorrere anche per i medici condotti a questa proporzione di un terzo a due terzi, come lo si sta facendo nel caso degli impiegati statali o in genere degli altri impiegati provinciali. Il medico condotto è colui, il quale effettivamente deve avere contatti con la popolazione e che deve per origine appartenere alla popolazione affidatagli per la*

*assistenza sanitaria. Egli quindi dovrebbe in sostanza appartenere al gruppo etnico che in quel determinato comune rappresenta la maggioranza della popolazione. È risaputo che oltre i due terzi dei comuni del Tirolo meridionale hanno una maggioranza tedesca. Pertanto penso non sia un argomento giusto di ricorrere alla proporzione di due terzi ad un terzo, poichè laddove ci deve essere un effettivo contatto del medico con un paziente e con la maggioranza degli ammalati — il che ha una sua particolare importanza soprattutto nelle zone rurali in cui la popolazione non parla neppure il cosiddetto tedesco puro —, è assolutamente necessario che il medico sia originario di questa popolazione.*

*Non è inoltre giustificato il dire di rendere a questi pochi concorrenti più facile la partecipazione ai concorsi, rinunciando all'esame scritto, esame richiesto dappertutto anche per la nostra gente del gruppo etnico di lingua tedesca. Anche da una semplice impiegata postale che, seduta dietro lo sportello vende dei francobolli, si pretende di sostenere l'esame scritto in lingua italiana quando essa appartiene al gruppo etnico tedesco. Non si capisce quindi perchè proprio un medico, un laureato cioè, non debba sapere il tedesco anche per iscritto. D'altronde è colpa dei concorrenti stessi se non padroneggiano tale lingua, poichè nei 15 anni dalla fine della guerra ad oggi ognuno aveva certamente la possibilità — avendo l'intenzione di stabilirsi come medico condotto nel Tirolo meridionale —, di apprendere adeguatamente la lingua tedesca. È stato detto pure che il medico per fare le visite non avrebbe che da parlare anzichè scrivere. È vero che un ammalato non chiederà mai per iscritto come deve comportarsi in un caso o nell'altro di malattia, ma si sa che i nostri medici condotti hanno spesso una condotta assai*

estesa da assistere. La gente deve venire da lontano per farsi visitare dal medico condotto ed è per questo che abbiamo istituito pure dei corsi per assistenti sanitarie nelle zone rurali, le quali potranno nei luoghi più discosti provvedere esse alla necessaria assistenza sanitaria. Ciò perchè non tutti nelle zone rurali possono come in città recarsi dal medico, quando le prescrizioni del medico non riescono loro subito comprensibili anche per non essere in grado di ricordarsi delle spiegazioni avute dal medico stesso. Si rende pertanto necessario, e in buona parte lo si sta già praticando, che il medico impartisca alla sua assistente nel comune delle istruzioni scritte sul come va assistito questo o quell'altro ammalato ecc. Occorre quindi effettivamente pure un rapporto epistolare del medico, poichè le assistenti in parola, pur padroneggiando naturalmente la lingua, studiata peraltro nelle scuole elementari, sono in fondo anche esse di origine rurale. Si tratta di ragazze semplici del popolo, alle quali non si può venire con la terminologia specifica in lingua italiana, terminologia che, se scritta in italiano, non sarebbe da loro compresa. Il medico di un comune, come ad esempio in Val Sarentino o sull'Altipiano del Renon, dove ci sono ore e ore di sentieri da percorrere e dove non tutti possono andare a trovare in caso di bisogno il medico, un tale sanitario deve quindi rispondere a ben altre esigenze di assistenza medica che non in città, dove il medico può andare ogni giorno all'ambulatorio e dove il medico può fare anche visite domiciliari controllando l'andamento della cura prescritta. Nelle zone rurali l'ammalato va probabilmente a trovare il medico una sola volta, oppure lo si chiamerà soltanto in casi veramente urgenti; tutta l'assistenza ricade perciò, come già accennato, sulle singole assistenti sanitarie, per la cui formazione professionale la Provincia sta spendendo somme

notevoli, riconoscendo quindi la necessità di assicurare alla popolazione una migliore assistenza sanitaria. Ma, ripeto, il contatto tra il medico e l'assistente può essere stabilito e mantenuto soltanto per iscritto attraverso le istruzioni scritte del medico, cosa questa che allo stato attuale del grado di cultura delle assistenti è possibile soltanto in lingua tedesca. Non è quindi come si dice, che un medico avrebbe soltanto rapporti d'ambulatorio con gli ammalati che, svolgendosi solo oralmente, sarebbe sufficiente per l'esercizio della sua professione. Ciò potrà forse bastare per un medico privato, per un medico condotto però non basta in alcun modo e dobbiamo perciò chiedere con tutta insistenza che il medico condotto sia altresì in grado di impartire le sue istruzioni e di dare le sue prescrizioni all'ammalato per iscritto nella lingua del paziente. Altrimenti si sarebbe costretti ad affermare che tutta l'assistenza sanitaria nelle zone rurali è messa in forse. Ciò perchè quando il paziente torna a casa sua e si è scordato dei consigli avuti e quando nessuno riesce a capirli, allora è chiaro che in tal caso il medico condotto manca al proprio fine e che il paziente non può essere assistito bene. L'esame scritto appare pertanto, nell'interesse stesso di una efficace assistenza sanitaria, una elementare necessità, la quale non potrà in alcun modo essere aggirata soprattutto nelle condizioni in cui devono dibattersi i nostri medici condotti, nel senso, cioè, di avere una zona molto vasta da assistere. Proprio per tutte queste esigenze fu da noi presentato l'emendamento.)

PRESIDENTE: Altri che chiedono la parola? La parola all'assessore Bertorelle.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): La parola del cons. Wahlmüller non è convincente, nel senso che egli ha esposto mol-

te teorie, ma non ha potuto dimostrare come la conoscenza scritta sia essenziale, necessaria, opportuna, per l'espletamento delle funzioni di medico condotto, veterinario od ostetrica. Il discorso potrebbe continuare molto a lungo qui, e si potrebbero ricercare tutte le ragioni pro e contro. Sta di fatto che quando per i sanitari si chiede « la conoscenza della lingua in modo soddisfacente per svolgere il servizio », in ciò si comprende tutta la gamma delle nozioni che sono necessarie. L'ho già detto ieri e non vorrei essere frainteso, ma non voglio dire con ciò che bastino quattro cognizioni, quattro parole in croce per poter parlare con gli assistiti; anzi ritengo che debba esserci una conoscenza adeguata al servizio e tale da poter tenere una conversazione su qualunque forma morbosa che possa colpire il paziente. Ma passare da questo gradino al richiedere anche la prova scritta, c'è una bella differenza. Se si trattasse di un impiegato, magari delle poste, come diceva il dott. Wahlmüller, in questo caso direi che è necessaria la prova scritta, perchè un impiegato non deve soltanto mettere i francobolli, ma deve fare anche scritturazioni, e comunque deve poter leggere e fare traduzioni di scritti che gli vengono sottoposti. Ma per i medici, per i veterinari, per le ostetriche la cosa è un'altra. Io non ho detto, dott. Wahlmüller, che si vuol fare una facilitazione ai sanitari italiani, togliendo l'esame scritto della lingua: ho detto che non è giusto aggravare anche della prova scritta i sanitari di lingua italiana che già hanno dato dimostrazione di saper parlare correntemente in lingua tedesca. Questa prova scritta potrebbe tradursi in un capestro, perchè potrebbe portare all'esclusione di una persona dal concorso, quella stessa persona che ha dimostrato di saper trattare correntemente con i propri pazienti. La differenza c'è ed è notevole; non chiediamo alcuna facilita-

zione, ma, nel concetto di soddisfacente conoscenza della lingua tedesca tale da poter svolgere adeguatamente il servizio, riteniamo che non rientri anche una maggiore severità di esame con la prova scritta per i sanitari. Altra cosa è per gli impiegati delle diverse categorie degli enti pubblici, locali, parastatali.

Un'altra affermazione del dott. Wahlmüller, che non mi pare di poter condividere, è questa: il medico deve essere del gruppo della maggioranza degli assistiti. Allora lei dovrebbe presentare un emendamento nel quale si dice che i sanitari devono appartenere al gruppo della maggioranza degli assistiti in un comune, ma non credo che questo sia il suo intendimento. Già ieri, rispondendo all'on. Volgger, ho detto che assai più dei due terzi di medici, veterinari ed ostetriche, appartengono al gruppo di lingua tedesca; ma non intendevo con ciò dire e sostenere che i medici devono essere due terzi italiani ed un terzo di lingua tedesca, questo non lo volevo assolutamente dire; lo dicevo per dimostrare che questa pretesa non è giustificata anche per il fatto che la situazione attuale presenta un numero fortissimo di sanitari di lingua tedesca assai più di quella che è la composizione linguistica alla quale lei e tutti quelli del suo gruppo fanno costantemente riferimento anche nel campo dell'assistenza, che dovrebbe prescindere da qualunque riferimento a gruppo etnico per valutare soltanto lo stato di bisogno.

Questo io volevo dire e ritengo quindi che le considerazioni espone dal cons. Wahlmüller, sia pure apprezzabili sotto certi aspetti, non possano essere determinanti nel giudizio che il Consiglio deve dare a questo riguardo, restando chiaro a tutto il Consiglio, cioè a coloro che in questo momento si accingono ad approvare la legge, che è stato pienamente rispettato il principio della conoscenza della

lingua italiana e tedesca da parte del personale sanitario che opera nella provincia di Bolzano, senza che per raggiungere questo dato sia necessario aggravare di una prova scritta coloro che si accingono a partecipare agli esami.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. Wahlmüller per la seconda volta.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Herr Assessor Bertorelle hat keine zufriedenstellende sondern eine nur sehr ausweichende Antwort gegeben. Er hat zwar gesagt, es wäre mir nicht gelungen darzustellen, daß die Ärzte und das Sanitätspersonal nun tatsächlich auch schriftlich die Sprache beherrschen müssen. Ich habe dargelegt, wie die Verhältnisse sind, und ich möchte nun den Herrn Assessor Bertorelle fragen, wie er sich diesen tatsächlich notwendigen schriftlichen Verkehr, nämlich die schriftlichen Anweisungen des Arztes an die Pflegerinnen in den einzelnen Orten, vorstellt, ohne der Fähigkeit des Arztes, tatsächlich die deutsche Sprache schreiben zu können. Auf diese Frage der Notwendigkeit ist der Herr Assessor nicht eingegangen und es wäre mir sehr angenehm, wie schon gesagt, wenn er es erklären könnte, wie nun so ein Arzt einer Pflegerin Anweisungen gibt, ohne daß er fähig ist, in deutscher Sprache zu schreiben.

*(L'assessore Bertorelle non ha dato una risposta soddisfacente, ma molto evasiva. Egli ha bensì detto di non essere io riuscito a dimostrare che i medici e il personale sanitario debbano effettivamente padroneggiare la lingua anche per iscritto. Ho spiegato tale quale è la situazione e vorrei ora chiedere all'assessore Bertorelle, come egli pensa possano essere date le disposizioni scritte del medico alle assistenti delle singole località senza che il me-*

*dico stesso sia capace di scrivere in lingua tedesca. Di questo aspetto delle necessità da me illustrate l'assessore non s'è occupato e mi piacerebbe pertanto che mi si spiegasse in quale modo un medico debba dare le sue istruzioni ad una assistente senza essere, cioè, in grado di scrivere in lingua tedesca.)*

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. reg. Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Ich warte, bis der Herr Assessor zurückkommt. Ich werde mich auch sehr kurz fassen. Der Herr Assessor Bertorelle hat gestern auf meine Ausführungen hin das Hauptargument ins Treffen geführt, daß ja sowieso schon in Südtirol zwei Drittel der Ärzte Südtiroler seien und nur ein Drittel, oder so etwas Ähnliches, Italiener. Herr Assessor, das interessiert mich überhaupt nicht, wieviel Südtiroler und wieviel Italiener es sind. Mich interessiert nur, daß die Ärzte in Südtirol mündlich und schriftlich die deutsche Sprache wenigstens so weit können, daß sie die Patienten behandeln können. Das ist das Argument, das zur Debatte steht, nicht die Zahl, wieviel der einen oder der anderen Gruppe angehören. Glauben Sie nicht, daß es notwendig wäre, daß die Ärzte beider Gruppen nachweisen müssen, daß sie die Sprache der anderen Volksgruppe wenigstens schriftlich etwas beherrschen? Glauben Sie nicht, daß das eine billige Forderung ist? Man wird von diesen Ärzten nicht eine Dissertation über Holzhandel und dergleichen mehr verlangen, aber daß sie sich wenigstens in der medizinischen Wissenschaft auch in deutscher Sprache verständlich machen können. Ich glaube, das ist eigentlich doch eine Selbstverständlichkeit, Herr Assessor Bertorelle. Aber wenn Sie anderer Auffassung sind, kann ich natürlich auch nicht helfen. Ich bin der Auffassung, daß es im Jahre

1961 an der Zeit wäre, daß die Ärzte in Südtirol mündlich und schriftlich die Sprachen beider Bevölkerungsgruppen beherrschen.

*(Aspetto il ritorno dell'assessore. Sarò comunque molto breve. Nella sua risposta di ieri l'assessore Bertorelle si era avvalso dell'argomento centrale, secondo il quale nel Tirolo meridionale già i due terzi dei medici sarebbero sudtirolesi e un solo terzo italiani. A me, signor assessore, ciò non interessa affatto. A me non importa quanti siano i sudtirolesi e quanti siano gli italiani. A me interessa solamente che nel Tirolo meridionale i medici sappiano oralmente e per iscritto la lingua tedesca perlomeno in maniera sufficiente per la assistenza da prestare agli ammalati. È questo l'argomento in discussione e non il numero dell'uno o dell'altro gruppo etnico. Non crede sia necessario che i medici di entrambi i gruppi etnici debbano dimostrare di conoscere almeno un po' per iscritto anche la lingua dell'altro gruppo? Non le sembra che questa sia una richiesta modesta? Non si pretenderà certamente che questi medici presentino una dissertazione sul commercio del legname od altro, ma penso si possa ben pretendere che almeno nelle scienze mediche essi siano capaci di rendersi intelligibili anche in lingua tedesca. Mi sembra sia questa una cosa più che naturale, signor assessore Bertorelle! Ma se lei fosse d'altro avviso, purtroppo non ci potrò fare nulla. Penso che nel 1961 sia ora che nel Tirolo meridionale i medici padroneggino le lingue di entrambi i gruppi etnici oralmente e per iscritto.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Wir kennen die Stellungnahmen des Regionalrates zu einem früheren Gesetz, in welchem die sogenannte Sanierung der Einstufung in die Planstellen

der Ärzte in der Provinz Bozen erfolgt ist, die schon seit langer Zeit als provisorische Gemeindeärzte ihre Tätigkeit geleistet haben. Anlässlich der Diskussion dieses Gesetzes — und ich kann mich daran genau erinnern — hat man auch über die Kenntnis beider Sprachen längere Zeit diskutiert und damals hat gerade der Assessor Bertorelle erklärt, es sei ein Gebot der Menschlichkeit, von diesen Sprachbestimmungen abzugehen, damit Ärzte, die schon fast ein Jahrzehnt in ihrem Sprengel gearbeitet haben, nicht auf Grund einer eventuellen Bestimmung über die Sprachkenntnis die ganze Zeit, die sie für die Bevölkerung geopfert haben, vergebens geopfert hätten. Wir haben uns damals als Vertreter der deutschen Volksgruppe vom Regionalassessor Bertorelle überzeugen lassen und haben auf die Bestimmungen hinsichtlich der Sprachkenntnisse nicht besonders bestanden. Damals wurde aber von unserer Seite bereits die Forderung gestellt, daß man dann wenigstens klare Bestimmungen in jenes Gesetz hineinfügen soll, welches die erste Ausschreibung auf Grund von Wettbewerben der noch freien Posten vorsieht, also in das Gesetz, das wir jetzt diskutieren. Auf Grund des Entwurfes des Regionalausschusses, der nun vorliegt, sehen wir, daß wir auch hier anscheinend wieder Gnade vor Recht ergehen lassen müssen, um ja den armen Arzt, der vielleicht jetzt 5, 6 oder 7 Jahre in Südtirol tätig ist, nicht auszuschalten, weil er der Sprache nicht entsprechend mächtig ist. Und es ist dann der Vergleich mit dem Postfräulein gemacht worden, welches die schriftliche Prüfung in Italienisch ablegen muß, wenn es zu unserer Volksgruppe gehört. Herr Regionalassessor Bertorelle sagt, es sei doch wichtiger, daß das Postfräulein, das am Schalter die Briefmarken verkauft, eine schriftliche Kenntnis der zweiten Sprache hat als der Arzt und da bin ich jetzt ganz gegenteiliger Auffassung. Ich erlaube mir

einmal die eine oder andere Tatsache zu beleuchten, wo es sehr notwendig ist, daß der Gemeindearzt auch die zweite Sprache kennt. *(Unterbrechungen)*

Unangenehme Mitteilungen können immer etwas zur Erregung führen und gestatten Sie mir, daß ich mich bei den schönen Zwischenrufen, die dann nicht wiederholt werden, weil man sie nicht verstanden hat, auch entsprechend aufregen darf, und zwar wollte ich jetzt einen Fall erzählen, einen von den vielen, nachdem die Gemeindeärzte — wie Sie wissen — auch Krankenkassenärzte und Unfallsärzte sind. Da war ein Bauer, der einen Unfall gehabt hat. Der Gemeindearzt mußte das entsprechende lange grüne Formular ausfüllen und hineinschreiben, welches die Ursache des Unfalles gewesen ist. Wenn nun der Arzt wohl deutsch sprechen aber nicht schreiben kann, dann schreibt der Arzt auf italienisch etwas hinein, was der Patient, den es in diesem Falle wirklich interessiert, nicht versteht. Ich habe einmal beim Bauernbund gearbeitet und mit diesen Unfallserklärungen sehr häufig zu tun gehabt und konnte feststellen, daß auf Grund falscher Formulierungen von seiten der Gemeindeärzte der Betreffende, der versichert war, nicht in den Genuß der Versicherungsvorteile gelangt ist. Das kann deswegen erfolgen, weil der Arzt die zweite Sprache, nämlich die des Bauern oder des anderen Klienten, nicht kennt, wenn er aufgerufen ist, eine Maßnahme schriftlich niederzulegen, die für den Betroffenen entscheidend sein kann.

Dies ist einer der Beweise dafür, daß es das Postfräulein bei uns nicht notwendiger hat, die andere Sprache schriftlich zu kennen, als der Arzt selbst. Dies ist jetzt nur ein kleiner Beweis, denn ich behalte mir vor, noch andere zu bringen, da ich hier feststellen muß, daß wir sozusagen mit Verachtung bestraft werden, indem wir zu unseren Einwendungen kei-

nerlei Antwort mehr bekommen. Ich glaube, daß wir in unseren Einwendungen einer Antwort würdig sind. Aber bitte, wenn Sie schon glauben, es nicht mehr so durchführen zu müssen, soll es Ihre Sache sein, damit ja die Region mit der präkonstituierten Mehrheit triumphieren kann und wir beweisen können, was unsere Darlegungen hier im Regionalrat gelten.

*(Conosciamo la posizione del Consiglio regionale a proposito di una legge precedente, con la quale è stata esaminata la situazione dei medici condotti e il loro inquadramento negli organici dei medici della provincia di Bolzano, i quali per molto tempo avevano prestata la loro attività quali medici condotti interini. In occasione della discussione di questa legge — lo ricordo con precisione — era stata dibattuta a lungo anche la questione della conoscenza delle due lingue e fu allora proprio l'assessore Bertorelle a dichiarare essere un dovere di umanità a prescindere dalle norme linguistiche affinché i medici, che da ormai quasi un decennio avevano svolto la propria attività nella condotta loro assegnata, non avessero dovuto sacrificare invano tutto il periodo dedicato alla popolazione, e ciò a causa di una eventuale disposizione sulla conoscenza delle lingue. A suo tempo ci siamo fatti persuadere quali rappresentanti del gruppo linguistico tedesco dall'assessore regionale Bertorelle, rinunciando a insistere particolarmente sulle disposizioni riguardanti appunto la citata conoscenza delle lingue. Da parte nostra però era stata in quel tempo avanzata la richiesta di inserire almeno nella legge norme precise circa il primo bando di concorso per i posti ancora disponibili — nella legge, cioè, sulla quale stiamo ora discutendo. Orbene, dal disegno della Giunta regionale vediamo che anche questa volta, come pare, dovremmo usare — per così dire — cle-*

menza, solo per non escludere il povero medico che ora svolge la propria attività forse da 5, 6 o 7 anni nel Tirolo meridionale, salvando la sua posizione per non essere adeguatamente padrone dell'altra lingua. È stato fatto poi il confronto con l'impiegata postale, la quale deve sottostare ad un esame scritto in italiano quando appartiene al nostro gruppo etnico. L'assessore regionale Bertorelle dice essere più importante che l'impiegata postale, la quale dietro lo sportello vende i francobolli, abbia la conoscenza della seconda lingua anche nello scritto e che ciò sarebbe più importante di quanto non lo sia per il medico. Sono però al riguardo di parere totalmente opposto. Mi permetto pertanto di lumeggiare l'uno e l'altro fatto onde dimostrare quanto sia necessario che il medico condotto conosca pure la seconda lingua. (Interruzioni)

Sempre le comunicazioni sgradite provocano dell'agitazione. Ma permettetemi che di fronte alle interruzioni, che poi non occorre ripetere per non averle comprese, anch'io possa agitarmi corrispondentemente. Vorrei riferire di un caso — uno fra i tanti —, visto che i medici condotti sono pure, come si sa, medici della Cassa malati e medici infortunistici. Or bene: ci fu un cittadino che ebbe un infortunio; il medico condotto ha dovuto riempire il lungo questionario verde e segnarvi la causa dell'infortunio stesso. Se ora questo medico sa parlare ma non scrivere in tedesco, allora egli scriverà qualcosa in italiano, che però il paziente o l'infortunato interessato non comprende. Ho lavorato tempo fa per l'Unione contadina e ho dovuto occuparmi assai spesso di tali dichiarazioni sugli infortuni, constatando che a seguito di una formulazione inesatta da parte dei medici condotti l'interessato regolarmente assicurato non ha potuto beneficiare delle previste prestazioni assicurative. Ciò può succedere perchè il medico non conosce la se-

conda lingua e cioè quella del contadino o di un altro paziente; cosa questa che comporta delle spiacevoli conseguenze di natura determinante per l'interessato quando cioè si tratta di fissare il pensiero per iscritto.

È questa una delle prove atte a documentare che l'impiegata postale non meno del medico hanno bisogno di conoscere per iscritto anche l'altra lingua. Ma questa è soltanto una modesta prova e mi riservo comunque di portarne in campo delle altre, visto che devo constatare di essere noi, per così dire, degnati soltanto del disprezzo nel non risponderci neppure più alle nostre obiezioni. Penso di essere noi tuttavia degni di una risposta alle nostre obiezioni. Se quindi credete di non dovere più procedere come previsto, è affare vostro; basta che la Regione con la sua maggioranza preconstituata possa trionfare e che noi possiamo dimostrare, quanto le nostre dichiarazioni qui in Consiglio regionale valgono.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Bertorelle.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Si continua a girare intorno all'ostacolo ed è perfettamente inutile, cons. Brugger, che lei si agiti, anche a me le hanno dette queste cose; è perfettamente inutile, perchè si continua a girare intorno all'ostacolo senza fermarsi. Il dott. Volgger dice che nel 1961 è necessario che i medici conoscano sufficientemente la lingua tedesca; questo ha detto, sono le sue parole testuali, me le sono notate. Il dott. Brugger dice che ci sono dei casi di infortunio sul lavoro nei quali probabilmente l'interessato ha perduto il diritto perchè il medico non conosceva sufficientemente il tedesco. Ma mi pare di aver chiarito abbastanza che io presuppongo la sufficiente conoscenza della lingua tedesca; ritengo però che una per-

sona possa conoscere sufficientemente la lingua tedesca in modo da poter parlare bene, da non sbagliare assolutamente nel formulare le diagnosi, da compilare i moduli, senza che sia prevista la prova scritta di lingua tedesca. Voi lo sapete, la commissione è composta di tre persone: due sono del gruppo di lingua materna diversa dall'esaminando e una è del gruppo di lingua materna dell'esaminando. Mi vogliono dire l'on. Volgger e il dott. Brugger come si può pensare che una commissione composta di tre persone, di cui due del gruppo linguistico tedesco, possa valutare in modo errato la conoscenza della lingua tedesca di una persona, cioè facendo in modo che risulti che la conosce, quando invece non la conosce, tanto più che essi hanno la maggioranza? . . .

BRUGGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Beh, allora si può dire che c'è il falso, è un altro conto! Allora . . . io posso portare il certificato di matrimonio ed invece sono celibe, posso sempre portarmi questo certificato. Ma, signori, queste sono truffe! Io devo pensare che i componenti della commissione giudicano con coscienza e con onestà; se poi non giudicano con coscienza sono dei disonesti, è un'altra cosa e si puniscono, ma non posso partire assolutamente con il presupposto che saranno nominati degli esaminatori, i quali froderanno e trufferanno.

Ora anche questa è una garanzia, e io pregherei la stampa di metterlo in rilievo. Domattina certamente il « Dolomiten » dirà: questi di lingua italiana hanno conculcato uno dei diritti fondamentali della lingua tedesca. Io pregherei di mettere in rilievo viceversa che nella legge c'è scritto: per i sanitari della provincia di Bolzano è richiesta la conoscenza della lingua italiana e tedesca, tale da ga-

rantire il soddisfacente svolgimento delle funzioni inerenti al servizio. Soltanto questo chiedo che sia scritto, quello cioè che dice la legge.

Chiedo inoltre che sia chiarito il secondo comma, cioè che la conoscenza della lingua non materna sarà accertata attraverso un esame orale, da parte di una commissione composta di tre membri, di cui uno appartenente al gruppo linguistico dell'esaminando, nominato dalla Giunta regionale.

Quindi chiedo soltanto che venga scritto quello che dice la legge. Si saprà così quale è il grado di conoscenza e come è composta la commissione, cioè da due persone di lingua italiana e una di lingua tedesca se l'esaminando è di lingua tedesca, due di lingua tedesca ed una di lingua italiana se l'esaminando è di lingua italiana.

Il cons. Brugger dice che, quando si compilano questi lunghi formulari, — e ha ragione, sono molto lunghi questi formulari, — se non si conosce la lingua tedesca, si può sbagliare. Ha perfettamente ragione; ma io presuppongo che si conosca la lingua tedesca, e se uno conosce tutta la terminologia in lingua tedesca, il modulo lo scrive in lingua italiana, ma il contatto con l'assicurato l'avrà avuto in lingua tedesca, e avrà senz'altro capito tutto, sia la diagnosi della malattia, sia il luogo dove è avvenuto il fatto, sia come è avvenuto il fatto. Fin qui è più che doveroso richiedere una conoscenza adeguata. Io ne ho fatti tanti formulari di infortuni sul lavoro ancora dieci anni fa, eppure non avevo una conoscenza adeguata, era ancora una conoscenza molto primordiale, ma non mi è mai capitato una volta che una narrazione in lingua italiana desunta dal colloquio in lingua tedesca, potesse dar luogo a degli equivoci od incidenti. Non è poi soltanto il medico che fa la dichiarazione, ma c'è l'ispettore dell'Istituto infortuni che controlla, e questi conosce perfettamente il tede-

sco. Il suo esempio varrà, quando mi dirà: Kofler Antonio ha perduto la rendita permanente perchè il suo medico, Rossi Francesco, ha sbagliato nel formulare il modulo. Quando lei mi dirà questo io potrò portare allora altri elementi. Per la mia esperienza, anche in materia infortunistica, le dico che non mi è mai capitato un caso del genere, nè da parte di un medico, nè da parte di funzionari.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Ich werde wieder sehr kurz sein, und zwar wende ich mich diesmal an den Assessor Molignoni. Er hat gestern gesagt, wir würden alle Anstrengungen machen, um das Gesetz zu sabotieren und hinauszuziehen und er hat uns alle möglichen dunkeln Absichten unterschoben. Ich frage den Assessor Molignoni nun höflichst: Ist es nach Ihrer Ansicht gar nicht mehr gestattet, daß man Zusätze einbringt und ist das dann eine Sabotage? Mir scheint das nicht ein sehr demokratisches Verhalten zu sein, wenn man nach Zusatzanträgen und Änderungsanträgen gleich von Sabotage eines Gesetzes spricht und beim Herrn Assessor Bertorelle vermisste ich immer noch die Antwort auf gewisse Fragen. Glaubt er wirklich, daß bei gutem Willen die Jugend der italienischen Sprachgruppe in Bozen — wo man doch immer so viel von Doppelsprachigkeit spricht — nicht imstande ist, eine solche Prüfung in deutscher Sprache schriftlich abzulegen?

*(Sarò nuovamente molto breve, rivolgendomi questa volta all'assessore Molignoni. Egli ieri ha detto come noi stessimo facendo ogni sforzo per sabotare la legge e per tirare alle lunghe la sua approvazione, attribuendoci in proposito ogni immaginabile intendimento oscuro. Chiedo pertanto all'assessore Moligno-*

*ni cortesemente: non è secondo lui più consentito presentare degli emendamenti, ed è forse questo un atto di sabotaggio? A me non sembra risponda ad un atteggiamento democratico parlare nel caso di emendamenti subito del sabotaggio di una legge. In quanto all'assessore Bertorelle devo dire che attendo tuttora una risposta a certe domande rivoltegli. Ma crede egli veramente che con un po' di buona volontà — visto che si parla sempre tanto di bilinguità — la gioventù del gruppo linguistico italiano di Bolzano non sia proprio in grado di sostenere un tale esame scritto in lingua tedesca?)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore Molignoni.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Solo per concludere su quest'ultimo intervento dell'on. Volgger che mi ha attribuito delle frasi secondo le quali io avrei parlato di sabotaggio. Ho parlato sì di sabotaggio, ma alludevo alle bombe che scoppiano in questi giorni, in queste notti, ma non ai lavori del Consiglio. Ho detto, on. Volgger, ce l'ho scritto e lo posso ripetere testualmente, parola per parola, perchè siccome sapevo di dire una cosa che poteva anche destare qualche risentimento, l'avevo qui scritto; ho detto: è logico che i consiglieri del gruppo etnico tedesco cerchino in ogni modo di lasciare aperta la questione, poichè nel frattempo le amministrazioni locali, i comuni cioè, continueranno ad assumere i sanitari senza concorso, in base a criteri del tutto arbitrari, come hanno fatto sinora. Ed è la realtà, è quello che hanno fatto, è quello che abbiamo visto fare dalle amministrazioni comunali, fino ad oggi. Vorrebbero continuare, i posti ormai sono relativamente pochi, si tratta di una ventina di condotte; la sanatoria che abbiamo

varata qualche mese fa ne ha sistemati una sessantina circa, laddove i 4/5 sono di lingua italiana, — me lo può confermare il collega Dalsass che era con me nella commissione dell'espletamento della sanatoria stessa, — e così si vuole continuare a fare. Noi l'abbiamo detto ieri in tutti i toni: abbiamo di fronte anche le esigenze di quella assoluta minoranza di medici, di ostetriche, di veterinari, di madre lingua italiana, ai quali chiediamo la conoscenza della lingua tedesca in modo da garantire il soddisfacente svolgimento delle funzioni inerenti al servizio, li sottoponiamo ad un esame laddove due componenti sono di madre lingua tedesca degli esaminatori. Signori, a questo punto diventa veramente ridicolo il girare attorno al problema, all'ostacolo, senza dire quale è la vostra precisa intenzione. Con questo non vengo qui a condannarla, dico quale è la vostra intenzione, quali sono praticamente le vostre mire attraverso questa manovra degli emendamenti. Sarà logica dal vostro punto di vista, non è legittima e logica dal nostro punto di vista ed ecco perchè siamo costretti a dire di « no » ed a sostenere il testo della legge.

Per quanto riguarda tutte le argomentazioni che avete portate circa la necessità della conoscenza della lingua scritta, accertata attraverso esame da parte del medico, non solo esse non sono convincenti, ma fanno anche ridere; si vuol trasformare il medico in un romanziere, in un uomo che ha da scrivere le memorie della propria vita, forse; ma semmai le scriverà nella lingua che gli fa più comodo e che conosce meglio. La ricetta, l'ha già detto ieri il collega assessore Bertorelle, la scrive in latino, perchè i termini sostanziali e fondamentali sono latini, la scrive in italiano il farmacista che la deve naturalmente individuare e leggere e deve corrispondere la medicina prescritta.

Per quanto riguarda poi i moduli, vorrei

domandare: a chi invia questi moduli? Lui conosce la lingua parlata, può quindi comunicare con l'ammalato, traduce quindi questa comunicazione in lingua italiana e scrive i moduli e per l'I.N.A.I.L., e per le assicurazioni, e per le Casse di malattia, e per tutto il resto, in lingua italiana; sono tutti diretti ad enti di lingua italiana! È molto più facile che non nascano disguidi proprio per questo fatto; il ragionamento è egregiamente rovesciabile, caro Brugger. Per quanto riguarda gli ordini scritti che deve dare agli assistenti, vorrei sapere quale medico condotto ha l'assistente; io so che in genere il medico condotto è solo e dispone, nella migliore delle ipotesi, dell'ostetrica, la quale è soggetta proprio a questa legge, agli stessi vincoli, alle stesse condizioni. Il medico condotto non dispone di assistenti, come potrebbe sembrare dal discorso fatto da voi, ed anche a costoro non deve mica dare una serie di ordinanze scritte, darà degli ordini orali, che poi saranno tradotti in iscritto dall'interessata. Mi pare insomma che il ragionamento non vada. Noi abbiamo la coscienza, così facendo, di fare, come ho detto ieri, quanto di meglio può spettare a noi, nel rispetto dei vostri diritti e nel rispetto anche, lasciatecelo dire, di quella minoranza di lingua italiana che ha gli stessi diritti vostri.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Schatz.

SCHATZ (S.V.P.): Ich möchte gleich feststellen, daß die Auffassung des Herrn Assessors Molignoni über den Gebrauch der Muttersprache wohl eine ganz verschiedene von unserer ist. Es scheint mir, daß sich der Assessor Molignoni über den Wert der Muttersprache nicht im klaren ist. Ich muß das wohl annehmen, weil er es eben nicht erlebt hat, was es heißt, wenn man seine eigene Mutter-

sprache nicht gebrauchen kann. Aber ich möchte etwas anderes noch anführen. Unser Zusatzantrag beinhaltet nicht nur, daß die Anwärter auch eine schriftliche Prüfung abzulegen hätten, sondern beinhaltet auch die Ernennung der Kommission. Der Assessor Molygoni hat zwar gestern über unseren ersten Antrag gesagt, daß das eine teilweise Anwendung des Art. 14 war, weil wir in unserem ersten Antrag verlangt haben, daß diese Kommission vom Landesauschuß ernannt werde. Ich bin mit ihm einverstanden, wenn er sagt, das sei nur eine teilweise Anwendung des Art. 14 und man müßte eben das ganze Gesetz ändern. Nun, daraufhin haben wir aber noch einen Abänderungsantrag in dem Sinne eingebracht, daß wir sagen: Jawohl, die Kommission wird vom Regionalauschuß ernannt, aber über Vorschlag des Landesauschusses. Der zuständige Assessor Molygoni hat nicht gesagt, was er über diesen Vorschlag denkt.

*(Vorrei subito constatare che il concetto dell'assessore Molygoni sull'uso della lingua materna è del tutto diverso dal nostro. Mi sembra che l'assessore Molygoni non abbia una chiara idea sul valore della lingua materna. Lo devo supporre semplicemente perchè egli non ha provato ciò che significa il non poter usare la propria lingua. Ma vorrei dire pure un'altra cosa. Il nostro emendamento non chiede soltanto che i concorrenti debbano sostenere un esame scritto, ma pure che si nominino una commissione. Ieri l'assessore Molygoni ha detto a proposito del nostro primo emendamento che si tratta della parziale applicazione dell'art. 14 per avere noi chiesto che la citata commissione debba essere nominata da parte della Giunta provinciale. Non sono d'accordo con lui quando egli asserisce si tratti di una solo parziale applicazione dell'art. 14 e che si dovrebbe modificare tutta la legge. In seguito a questo abbiamo ben presentato un altro*

*emendamento, nel senso di dire: la commissione si viene nominata dalla Giunta regionale, però su proposta della Giunta provinciale. Il competente assessore Molygoni non ha detto nulla quale sia il suo pensiero su tale nostra proposta.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore Molygoni.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Non ho risposto prima al cons. Schatz semplicemente perchè l'argomento del secondo emendamento del « sentita la Giunta provinciale » non era in discussione ed io . . .

SCHATZ (S.V.P.): È unico l'emendamento!

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Ah! è unico, allora mi son sbagliato, credevo che fossero due gli emendamenti. Chiedo venia, rispondo subito: fino al « sentita la Giunta Provinciale » posso benissimo arrivare. In questo senso non è che si intacchino le prerogative dell'ente Regione, rispettivamente dell'Assessorato regionale, ma a voi però sembrerà poco, io penso; lo voterete voi questo « sentita la Giunta provinciale »? Io lo domando a voi, perchè voi parlavate ieri, nel senso bonario della parola, di delega completa alla Giunta provinciale. Noi abbiamo detto che è competenza della Regione, abbiamo detto che il bando dei concorsi lo deve fare l'Assessorato regionale e che pertanto anche la commissione la deve nominare l'Assessorato regionale. È una conseguenza molto logica, se poi volete aggiungere « sentita la Giunta provinciale », sentiamola pure; la Giunta provinciale fornirà una rosa di nominativi, e noi fra questa rosa di nominativi

sceghieremo i componenti della commissione. Io sono perfettamente d'accordo sulla formula « sentita la Giunta provinciale ».

SCHATZ (S.V.P.): No, « su proposta ».

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): No, « su proposta della Giunta provinciale », non mi pare di poterla accettare, e ritengo che anche la Giunta non la possa accettare, perchè la proposta diventa vincolante in questo senso. Viceversa, « sentita la Giunta provinciale », che lascia una certa discrezionalità nella scelta di elementi indicati, la posso senz'altro accettare.

PRESIDENTE: L'emendamento è: « La conoscenza della lingua materna sarà accertata attraverso un esame scritto ed orale da parte di una commissione di tre membri, di cui uno appartenente al gruppo linguistico dell'esaminando, nominata dalla Giunta regionale, su proposta della Giunta provinciale di Bolzano ». Quindi metto in votazione l'emendamento tutto integrale. La parola al cons. Brugger per dichiarazione di voto.

BRUGGER (S.V.P.): Per richiamo al regolamento e precisamente che si voglia votare sui due emendamenti separatamente (per divisione).

PRESIDENTE: Allora il primo riguarda quindi l'esame scritto. Metto in votazione la prima parte dell'emendamento, riguardante la richiesta dell'esame scritto.

La parola al cons. Wahlmüller per dichiarazione di voto.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Aus der bisherigen Diskussion über diesen Punkt, über die schriftliche Prüfung für das sanitäre Personal, muß ich entnehmen, daß allem Anschein

nach dem Regionalausschuß ein Arzt, der eventuell bei dieser Prüfung durchfallen könnte, wichtiger erscheint, als das Recht der gesamten deutschen Bevölkerung auf ein Sanitätspersonal, das die Sprache in Wort und Schrift wirklich beherrscht. Wenn der Regionalrat diese Meinung des Regionalausschusses teilt, dann wird die deutsche Bevölkerung das mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen. Ich werde für diesen Antrag stimmen und hoffe, daß die Mehrheit des Regionalrates soviel Verständnis aufbringt, daß nicht ein Arzt, der durchfällt, wichtiger ist, sondern die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung, die von diesen Ärzten betreut werden soll.

*(Dalla discussione, così come si è svolta su questo punto fino adesso, riguardante l'esame scritto del personale sanitario, devo supporre che, a quanto pare, alla Giunta regionale sembra essere più importante di evitare che un medico possa in occasione di tale esame essere bocciato che non il diritto dell'intera popolazione di lingua tedesca a disporre di personale sanitario, il quale effettivamente padroneggi la lingua in parola e per iscritto. Se il Consiglio regionale dovesse condividere questo parere della Giunta regionale, la popolazione tedesca ne prenderà atto certamente con sommo rammarico. Io voterò a favore di questo emendamento, sperando che la maggioranza del Consiglio regionale abbia tanta comprensione per il fatto che non un medico bocciato sia tanto importante quanto invece la totalità della popolazione tedesca che da questi medici deve essere assistita.)*

PRESIDENTE: Allora mettiamo ai voti il primo emendamento.

VOLGGER (S.V.P.): Chiedo la votazione a scrutinio segreto.

PRESIDENTE: Devo accertare la richiesta, cinque consiglieri. Il primo emendamento è in discussione e votazione. Prego distribuire le schede. Si vota sulla prima parte dell'emendamento, cioè sulla richiesta di includere l'esame scritto per i concorsi di medici condotti, emendamento aggiuntivo.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione: hanno votato 37 consiglieri, voti favorevoli 14, voti contrari 19, 4 schede bianche. Quindi la prima parte dell'emendamento è respinta.

Sulla seconda parte dell'emendamento che riguarda la nomina della commissione, vi è un ulteriore emendamento, a firma Segnana, Perazzolli, Ziller, che propone di dire « sentita la Giunta provinciale di Bolzano », invece che « nominata su proposta ».

Allora prima evidentemente va in votazione la proposta originaria. È stata fatta la votazione per divisione, non è proponibile in questo momento, perchè proposte di emendamento all'emendamento non c'erano. Noi siamo in sede di votazione adesso. La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): Signor Presidente, io faccio presente che l'emendamento era stato da me presentato prima che avvenisse la votazione per divisione. Se lei si ricorda, l'ho presentato qualche attimo prima, quindi io ci tengo a sostenere il mio emendamento ed a dire che l'emendamento deve essere votato.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Wenn die Erklärungen des Regionalrates Segnana stimmen, dann ist die Abstimmung auch nicht gültig, denn wir haben das Recht — und auf dieses Recht verzichten wir nicht —, auch über die-

sen Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu reden, was wir in diesem Falle nicht mehr könnten, wenn wir bei der Abstimmung sind.

*(Se le dichiarazioni del consigliere regionale Segnana sono esatte, allora anche la votazione non è valida, poichè abbiamo il diritto — al quale non rinunceremo —, a parlare anche su questo emendamento all'emendamento, ciò che non potremmo più fare in questo caso se fossimo già in fase di votazione.)*

PRESIDENTE: L'emendamento all'emendamento può darsi sia stato presentato, ma doveva essere letto prima di passare alla votazione per divisione dell'emendamento. Ad ogni modo arriviamo alla stessa conclusione, perchè se si vota per uno, viene escluso l'altro.

Doveva esser messo in discussione questo emendamento prima di chiudere la discussione sull'emendamento, perchè è un emendamento all'emendamento. Quindi adesso facciamo la seconda votazione per divisione, se quella viene respinta apriamo la discussione su « sentito ». Se non volete neanche discuterlo, lo restituisco.

La parola all'assessore.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): La votazione per divisione prospetta praticamente due emendamenti: il primo, quello votato in questo momento, riflette una materia, la seconda parte dell'emendamento riflette altra materia, e cioè la nomina della commissione. A questo secondo emendamento, viene presentato un altro emendamento, ed allora mi pare che entri in funzione automaticamente l'art. 78 del regolamento che dice: gli emendamenti ad un emendamento sono votati prima dello stesso e possono essere presentati seduta stante, anche da un singolo consigliere. Non mi pare che qui sia questione di « presentato prima o

presentato dopo », — a parte il fatto che è stato veramente presentato prima, e do atto a Segnana in questo senso, perchè anch'io avevo visto l'emendamento in quanto era stato sottoposto alla mia visione — ma entra in funzione l'art. 78 che mi pare sia assolutamente inconfondibile quando dice: gli emendamenti ad un emendamento sono votati prima dello stesso, e possono essere presentati da una sola persona, seduta stante.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Io non sono d'accordo sulla interpretazione del regolamento data dall'assessore regionale dott. Molognoni. Precisamente il nostro emendamento è stato uno e unico quando noi lo abbiamo presentato; lo si potrà anche esaminare. Su questo nostro emendamento abbiamo chiesto la votazione per divisione. Signor Presidente, se lei in quel momento aveva il testo del quale adesso si discute come emendamento all'emendamento, lei dovrebbe annullare la precedente votazione. Dunque, se l'emendamento all'emendamento è stato presentato prima che si era passati alla votazione per divisione, allora la precedente votazione dovrebbe essere annullata e dovrebbe ora essere messo in discussione l'emendamento all'emendamento. Se però questo emendamento all'emendamento non è stato presentato prima di passare alla votazione per divisione, ma durante la votazione dopo essere stata accolta questa proposta, quest'emendamento all'emendamento decade per essere stato presentato tardivamente.

PRESIDENTE: La verità è che se è stato presentato prima, doveva essere messo in votazione, in quanto gli emendamenti agli emendamenti hanno la precedenza sull'emen-

damento. Ora, noi abbiamo messo in votazione l'emendamento per votazioni separate, e quindi non è più proponibile questo emendamento, a meno che non si dichiari nulla la votazione di prima. Sarà un errore della Presidenza, io non mi sono accorto quando è stato presentato, ma è certo che un emendamento all'emendamento deve essere votato prima dell'emendamento, in base all'art. 78. Quindi prima bisogna votare gli emendamenti all'emendamento, per arrivare al testo, il quale testo può essere poi votato separatamente.

La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Io non voglio sostenere che la Presidenza abbia sbagliato. Secondo me però la logica, oltre all'applicazione del regolamento, ci può aiutare a fare una votazione che sia rispondente e trovi il modo che la volontà del Consiglio abbia autentica espressione. Se l'emendamento, come ormai sembra pacifico, è stato presentato prima della richiesta della votazione per divisione, era logico che il Presidente, di fronte alla richiesta di votazione per divisione, dicesse: va bene, questo emendamento lo voto per divisione. Votata la prima parte che non conteneva proposte di emendamento, si passa alla seconda che contiene una proposta di emendamento. Allora, ai sensi dell'art. 78 ed anche perchè la logica vuole che si voti prima sugli aspetti più lontani per arrivare a quelli più vicini all'intenzione del proponente, io direi: prima si vota la proposta di emendamento, poi si vota l'emendamento tutto intero. Vede, signor Presidente, se lei mette ai voti per divisione la seconda parte dell'emendamento, dimenticando l'altra proposta che, modificando l'emendamento, lo rende accettabile alla maggioranza, e la maggioranza vota contro, cade tutta la seconda parte dell'emendamento; con ciò cade tutto l'emendamento. Questa non è

assolutamente l'intenzione della Giunta, la quale accetta invece la proposta di emendamento. Quindi mi pare che, agendo con una interpretazione che non credo assolutamente eterodossa al regolamento, si possa ovviare a questa situazione, mettendo in votazione prima l'emendamento all'emendamento e poi l'emendamento. Penso che questo non sia contro il regolamento, e nemmeno — questo lo dico senza con ciò voler avere il monopolio della medesima — contro la logica.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Non vorrei che si facesse una questione troppo difficile, in un caso che mi sembra semplicissimo. Se il Presidente ha il dubbio di dover mettere prima in votazione l'emendamento così come era stato proposto nella seconda parte essendo già stata votata la prima parte, lo faccia; il dubbio se mettere o non mettere in votazione l'emendamento all'emendamento, si supera considerando l'emendamento presentato dal cons. Segnana come un nuovo emendamento all'articolo. Si tratta in sostanza di assicurare che la Provincia di Bolzano debba essere sentita quando si fa la nomina di questa commissione, e questo mi pare utile.

Quindi in questo caso il Presidente superi ogni perplessità interpretativa: faccia pure votare la seconda parte dell'emendamento presentato dai consiglieri del gruppo linguistico tedesco, e poi metta in votazione l'emendamento proposto da Segnana come emendamento aggiuntivo all'articolo; così si raggiungerà lo scopo voluto, in una forma ineccepibile.

PRESIDENTE: Se è un emendamento all'articolo evidentemente resta in piedi, e allora la cosa può andare.

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (M.S.I.): Siccome la Provincia di Bolzano attraverso il gruppo di maggioranza ha già espresso il proprio parere negativo su questa proposta di emendamento, io non capisco perchè la Provincia di Trento voglia insistere. Ritiratelo, quelli di Bolzano non lo vogliono; che ragione c'è che voi insistiate e si debba tanto discutere? Stiamo qui a perdere tempo, risolviamo invece certe questioni dal punto di vista pratico, anzichè aggrovigliarci attorno a problemi che proprio dovrebbero lasciare il tempo che trovano. Quindi io faccio la proposta ai colleghi di Trento di ritirarlo.

PRESIDENTE: Questa è questione di merito, sulla quale si discute dopo.

Adesso metto in votazione la seconda parte dell'emendamento a firma Wahlmüller, Volgger, Brugger, e cioè « nominata dalla Giunta regionale su proposta della Giunta provinciale di Bolzano ». Se nessuno chiede la parola, metto in votazione allora la seconda parte dell'emendamento. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è respinto con 21 voti contrari, 14 favorevoli e 2 astenuti.

Allora abbiamo quest'altro emendamento: « la commissione nominata dalla Giunta regionale, sentita la Giunta provinciale di Bolzano », proposto da Segnana, Perazzolli, Ziller e Gabrielli.

La parola al cons. Brugger, sull'argomento.

BRUGGER (S.V.P.): Parlo in italiano perchè credo sia più opportuno con le difficoltà di traduzione che ci sono. L'emendamento testè presentato noi non lo accettiamo e lo motivo pure. Si tratta nel caso di un articolo di una legge regionale che riguarda soltanto la Provincia di Bolzano. Noi certamente abbiamo provveduto a presentare emendamenti che per conto

nostro sarebbero stati opportuni perchè riteniamo che la situazione in Provincia di Bolzano la conosciamo un po' anche noi. La Provincia e i rappresentanti della maggioranza che sono di grande maggioranza pure in Provincia di Trento, hanno provveduto acchè le nostre proposte che riguardano la Provincia di Bolzano, fossero respinte. Con ciò noi abbiamo una dimostrazione che, se anche non ci fossero eccessivi attriti politici, in un caso in cui chi ha un numero minore di consiglieri chiede qualcosa, qui in aula quell'altra Provincia con un numero di consiglieri superiore può ostacolare sen'altro in Regione gli interessi della Provincia che ha il numero inferiore di consiglieri. Noi abbiamo potuto accertare in questo caso fin dove siamo arrivati col programma Kessler, con l'attribuzione di attività amministrativa quale materia regionale alle Province e in questo caso specificatamente alla Provincia di Bolzano. Da una modesta proposta siamo cioè arrivati, vorrei dire, ad una formula molto allegorica. È questa dunque l'importanza della Provincia, ridotta a questi termini? Per noi è un esempio molto chiaro. Perciò io volevo in sede di votazione dichiarare che noi voteremo contro.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Ziller.

**ZILLER (D.C.):** Io sono consigliere della provincia di Bolzano. Io ho sottoscritto l'emendamento perchè fosse modificato il testo presentato dalla Giunta con « il sentire la Provincia di Bolzano », e questo perchè interessa particolarmente la provincia di Bolzano. Sono soltanto spiacente che si voglia cogliere ogni e qualsiasi occasione per spostare un argomento strettamente tecnico, quale può essere quello in trattazione in questo momento, per dare a tutto e sempre una colorazione politica. Sa benissimo il cons. Brugger che questa è una ma-

teria di competenza specifica della Regione, che non è materia di competenza della Provincia di Bolzano; ma quando si vuol fare del vittimismo, si cerca di dimenticare decisamente tutto. E se io dico questo, lo dico con cognizione di causa, e lo dico perchè non son certo questi, caro cons. Brugger, i sistemi per poter pensare ad una, sia pur minima, collaborazione. Io dico ancora che, pur riconoscendo necessario che chi cura gli ammalati abbia cognizione della lingua che i pazienti parlano, prima di tutto a noi interessa, ed interessa anche al gruppo linguistico tedesco che non fa sempre e soltanto politica, che prima di tutto si desidera un buon medico e poi un bilingue. Questo è il desiderio dimostrato anche in provincia di Bolzano, perchè non tutti gli appartenenti al gruppo linguistico tedesco vanno da medici del gruppo linguistico tedesco, ma ognuno sceglie il medico che ritiene. Anche se siamo nell'ambito dei medici condotti, io credo che non sia assolutamente e strettamente necessario che il medico debba conoscere anche per iscritto la lingua tedesca, perchè se andiamo avanti di questo passo noi continueremo sempre più a restringerci, e ci fisseremo soltanto su questioni di carattere etnico, di carattere linguistico, senza guardare per nulla quelle che sono le capacità specifiche delle persone che noi invece intendiamo sentire e consultare. Io penso che non si possa dimenticare il fatto che uno preferisce avere un buon medico piuttosto che un buon bilingue; è un desiderio sentito anche da altri, — io non voglio con ciò arrogarmi il diritto di interpretare il gruppo linguistico tedesco di Bolzano, — credo di conoscere molti casi che danno torto a certe tesi estremiste, per le quali soltanto e sempre la lingua ha valore.

Quindi io ripeto che sono favorevole all'emendamento presentato perchè non fa altro che tener conto, nei limiti maggiori possibili,

della presenza anche della Giunta provinciale di Bolzano, nella formazione di questa commissione. Quando si dice: « sentita » è, secondo me, sicuramente un passo di buona volontà che la Giunta regionale ed il Consiglio regionale compiono, pur non essendo per nulla tenuti, nell'ambito delle competenze specifiche di ciascun organo, a dover in qualunque occasione, specie come questa, sollevare la questione immediata di dire sempre che le competenze non vengono date. Quindi io respingo decisamente l'affermazione che questa è un'ulteriore prova di cattiva volontà nei confronti della Provincia di Bolzano.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Perchè mi sembra di essere stato piuttosto frainteso. Io avevo preso . . .

NARDIN (P.C.I.): È meglio che tu parli in tedesco.

BRUGGER (S.V.P.): Credo sì che sarebbe meglio parlare in tedesco, però adesso continuo a parlare in italiano. Io avevo detto, se non sbaglio, riferendomi al programma Kessler, di essere consapevole che si tratta di una competenza regionale. Sono però anche consapevole del fatto che delle competenze regionali potrebbero essere delegate dal lato amministrativo, e ciò stando a determinati programmi e affermazioni ufficiose fatte dal Governo. Qui ci troviamo di fronte al caso in cui si tratta della Provincia di Bolzano e là il cosiddetto passaggio amministrativo si riduce alla frase « . . . sentita la Provincia o l'amministrazione provinciale ». Ne prendiamo atto. Dobbiamo però affermare che una specie di interferenza di tale genere, dato che si tratta dell'ammini-

strazione provinciale di Bolzano, la riteniamo troppo esigua.

PRESIDENTE: Altri che chiedono la parola? Allora metto in votazione l'emendamento « sentita la Giunta provinciale di Bolzano ». Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: voti favorevoli 20, 14 voti contrari, 6 astenuti. Quindi l'emendamento è accolto.

Metto in votazione l'art. 2, così come risulta dalle votazioni. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: 20 voti favorevoli, 11 contrari, 7 astenuti.

### Art. 3

*« Per l'ammissione al primo concorso indetto dopo l'entrata in vigore della presente legge per i posti di medico, veterinario ed ostetrica condotti, sia nella provincia di Trento che in quella di Bolzano, non si terrà conto del limite di età stabilito dalle vigenti disposizioni ».*

È stato presentato un emendamento anche all'art. 3 a firma Molignoni, Presidente della Giunta e Bertorelle; la Giunta cioè propone un emendamento: sopprimere le parole che seguono a: « in quella di Bolzano », con « il limite di età è portato a 45 anni, esclusa ogni ulteriore elevazione ».

Quindi verrebbe così: « Per l'ammissione al primo concorso indetto dopo l'entrata in vigore della presente legge per i posti di medico, veterinario ed ostetrica condotti, sia nella provincia di Trento che in quella di Bolzano, il limite di età è portato a 45 anni, esclusa ogni ulteriore elevazione ». Invece che « non si terrà conto del limite di età », qui si mette « un limite » all'età, si fa una deroga al limite di età previsto dagli statuti giuridici degli impiegati civili dello Stato portandolo a 45 anni.

Vuole illustrare? L'assessore ha la parola.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Questo emendamento è nato dalle discussioni che abbiamo condotte con l'Ordine dei medici, dei farmacisti e dei veterinari, i quali hanno fatto presente poi in una lettera scritta, che è seguita purtroppo alla stesura materiale del progetto legge, le loro istanze. Dicono in sostanza: « Ci sono molte ragioni che sconsigliano di portare il limite di età oltre i 45 anni; anzitutto una ragione di giustizia verso tutti i sanitari condotti che hanno scelto la carriera della condotta medica, fin dall'inizio della loro professione. Inoltre l'elevazione del limite di età oltre i 45 anni potrebbe mettere in concorrenza i medici condotti con elementi che non hanno nessuna conoscenza, nessuna pratica di servizio in condotta medica, pur essendo dotati di titoli superiori e danneggerebbero gravemente la carriera dei veri medici condotti già per la sua stessa natura molto difficile ». Qui si fa allusione chiara ad eventuali elementi che, o pensionati, o uscendo da ospedali o altro, verso i 60 o 65 anni od altro, con un notevole cumulo di titoli di carriera, dovessero concorrere e così portare via le condotte mediche a chi in sostanza ne ha i diritti perchè è in quella sede fin dall'inizio della propria carriera. Dicono ancora: « Si deve tener conto inoltre che i sanitari troppo anziani, non abituati alla vita della condotta medica, potrebbero trovarsi in condizioni . . . » — se questa prima tesi va a salvaguardare gli interessi dei medici, c'è anche una ragione di interesse sociale e di interesse collettivo per le popolazioni — « i sanitari troppo anziani non abituati alla vita della condotta medica potrebbero trovarsi in condizioni da non poter esplicare un efficace completo servizio sanitario condotto per sua natura già pesante anche fisicamente ».

Dopo un attento esame delle tesi ci è sembrato veramente che esse fossero fondate,

sia dal punto di vista di categoria, sia dal punto di vista dell'interesse sociale generale, e pertanto abbiamo posto come limite i 45 anni ad esclusione di qualsiasi altra elevazione di riserva.

PRESIDENTE: L'emendamento riguarda la sostituzione della precedente dizione. Prima si diceva: « non si terrà conto dei limiti di età stabiliti dalle vigenti disposizioni », che sono i 32 anni più le maggiorazioni di guerra ecc., al massimo sono 40 anni, mentre la proposta della Giunta porterebbe questo limite a 45 anni, quindi cinque anni in più dei limiti vigenti dalle disposizioni di legge.

La parola al segretario Vinante.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Io desidererei avere dall'assessore un chiarimento. La legge non fa menzione per i titolari di condotte i quali hanno il diritto di poter partecipare ad eventuali concorsi. Il progetto parla di copertura di posti di ruolo vacanti nelle condotte mediche e veterinarie. Con l'emendamento presentato in questo momento, si stabilisce che il limite massimo è di 45 anni, ma non si dice « esclusi i titolari di condotte per i quali non deve sussistere alcun limite di età ». Penso che se questa è l'intenzione della Giunta, sarebbe opportuno dichiararla ed inserirla eventualmente nel provvedimento, perchè diversamente noi dobbiamo ritenere che tutti i medici che partecipano ad eventuali concorsi, non possono aver superato i 45 anni di età. Questo penso che non solo sarebbe contro la giustizia in quanto ci sono dei medici che aspettano da anni di poter eventualmente migliorare la posizione in condotte migliori, ma sarebbe anche in contrasto con la legge vigente, la quale consente a tutti i medici condotti che sono titolari di non avere alcuna limitazione di età per partecipare ad eventuali concorsi.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): È giustissima l'osservazione del cons. Vinante se naturalmente non fosse implicito che questa legge non può assolutamente intaccare quelli che sono i diritti e le prescrizioni della legislazione vigente, per cui il sanitario al quale alludeva il collega Vinante ha tutto il diritto di partecipare quando sia il titolare. L'abbiamo esaminato con l'Ordine questo problema, l'abbiamo esaminato con i sindacati dei medici, ed è pacifico e implicito che loro hanno tutti i diritti di partecipazione al concorso, perchè quelli sono regolati dal regolamento del 1935, il quale non viene assolutamente intaccato da questa disposizione speciale che riflette soltanto una particolare situazione del momento. Questo è pacifico, quindi non ci sono dubbi in materia. Ripeto, sia l'Ordine che i sindacati dei medici sono perfettamente d'accordo che sia del tutto inutile farne cenno, in quanto questo naturalmente diventerebbe pleonastico.

PRESIDENTE: Va bene, allora se nessuno chiede la parola sull'emendamento, metto in votazione l'emendamento proposto dalla Giunta: il limite di età è portato a 45 anni, esclusa ogni ulteriore elevazione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza, 1 voto contrario e 11 astenuti.

Metto in votazione l'art. 3 così emendato. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 13 astenuti.

Distribuire le schede per la votazione finale del disegno di legge.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione: 40 votanti - voti favorevoli 22, voti contrari 12, 6 schede bianche. Quindi la legge è approvata. <sup>(1)</sup>

Procediamo adesso con il **disegno di legge n. 17**: « *Norma transitoria per i concorsi a posti di sanitario condotto* ».

La discussione generale è stata già fatta. Metto in votazione il passaggio all'articolo unico. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: unanimità.

*Articolo unico*

« *Ai primi concorsi indetti per i posti di medico, veterinario ed ostetrica condotti delle province di Trento e di Bolzano, dopo l'entrata in vigore della presente legge, potranno partecipare i sanitari che alla data 31-10-1960 figuravano regolarmente iscritti negli albi professionali delle due province.*

*I concorsi saranno riservati agli iscritti agli albi della rispettiva provincia* ».

Questo è l'articolo unico del disegno di legge. È aperta la discussione. Nessuno chiede la parola?

Distribuire le schede per la votazione finale.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione: 30 voti favorevoli, 2 voti contrari, 3 schede bianche. Anche questa legge è approvata. <sup>(2)</sup>

Il Consiglio regionale prende atto quindi che il disegno di legge rinviato dal Governo in data 9 novembre e riguardante la copertura dei posti di sanitario condotto vacanti nella provincia di Trento e di Bolzano, è decaduto, in quanto è stato sostituito dai due disegni di legge.

<sup>(1)</sup> Vedi Appendice - pag. 85

<sup>(2)</sup> Vedi Appendice - pag. 86

Ora abbiamo il **punto 12) all'ordine del giorno suppletivo**: « *Relazione della Giunta regionale sui provvedimenti adottati dalle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano, nei riguardi dei bilanci deficitari dei comuni per l'esercizio 1960 in attuazione della legge regionale 31-12-1955, n. 32* ».

La parola al relatore.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): Ai fini di quanto previsto dall'art. 7 della L.R. 31 dicembre 1955, n. 32, si allega il prospetto riepilogativo dei provvedimenti adottati dalle Giunte provinciali di Trento e di Bolzano a ripiano dei disavanzi accertati nei

singoli Comuni della rispettiva Provincia per l'esercizio finanziario 1960.

La Giunta provinciale di Trento ha approvato n. 81 bilanci deficitari che presentano un complessivo scoperto di Lire 522.171.000, di cui Lire 457.290.000 quale disavanzo economico. La popolazione interessata è di 230.822 abitanti.

La Provincia di Bolzano ha approvato n. 30 bilanci deficitari aventi un complessivo scoperto di Lire 193.716.156 di cui Lire 177.206.000 per disavanzi economici con una popolazione interessata di 75.117 abitanti.

Nel complesso delle due Province si hanno quindi i seguenti totali rafforzati con quelli analoghi del 1956.

Provincia ed esercizio finanziario	Disavanzi finanziari accertati	Numero dei Comuni interessati	Numero abitanti
Anno 1956			
Provincia di Trento	227.189.775	48	192.372
Provincia di Bolzano	118.916.863	11	41.870
	346.106.638	59	234.242
Anno 1960			
Provincia di Trento	522.171.000	81	230.822
Provincia di Bolzano	193.716.156	30	75.117
	715.887.156	111	305.939

Nei due esercizi presi in considerazione sono stati impiegati i seguenti mezzi a coper-

tura dei disavanzi finanziari accertati come sopra.

Provincia ed esercizio finanziario	Gettito supercontribuzioni	Mutui autorizzati ed altri mezzi straordinari impiegati	Contributi in capitale erogati dalla Regione	Totale
Anno 1956				
Provincia di TRENTO	159.970.857	27.217.918 <sup>(1)</sup>	40.000.000	227.189.775
Provincia di BOLZANO	68.916.863	-----	50.000.000	118.916.863
	228.887.720	27.217.918	90.000.000	346.106.638
Anno 1960				
Provincia di TRENTO	353.342.000	99.764.000 <sup>(1)</sup>	55.000.000	522.171.000
Provincia di BOLZANO	120.965.705	14.065.000 27.750.451 <sup>(2)</sup>	45.000.000	193.716.156
	474.307.705	141.579.451	100.000.000	715.887.156

1) mutui autorizzati

2) altri mezzi straordinari

Dal raffronto dei dati sopra esposti per i due esercizi, risulta evidente il sensibile aumento che i deficit finanziari hanno subito nel quinquennio e di conseguenza i relativi mezzi di copertura.

La situazione presenta un aspetto particolarmente grave se vengono presi in considerazione i soli disavanzi economici, essendo chiaro che tali indici rappresentano l'impossibilità di garantire con mezzi ordinari il minimo di vita dei singoli Comuni interessati, per cui

nei riguardi dei medesimi è stato necessario coprire le spese ordinarie e le ricorrenti, comprese quelle per servizio estinzione mutui, facendo ricorso ai provvedimenti eccezionali di cui alla L. R. 31 dicembre 1955, n. 32 (supercontribuzioni, mutui, contributi in capitale).

In cifre assolute i *disavanzi economici* accertati nel periodo 1956 - 1960 risultano come segue:

ANNO di riferimento	Provincia di TRENTO	Provincia di BOLZANO
	disavanzi economici accertati	
1956	216.788.000	68.916.000
1957	383.089.000	85.399.000
1958	392.216.000	134.957.000
1959	394.856.000	145.486.000
1960	457.290.000	177.206.000

Fatto presente che il gettito dei tributi comunali nel limite delle tariffe consentite non ha subito contrazioni, la causa unica provocante questo intensificarsi di situazioni deficitarie è quella del progressivo aumento delle spese ordinarie, per la riduzione delle quali è giocoforza che i Comuni provvedano con la massima energia e che le Giunte provinciali intensifichino in tale settore i loro controlli avvalendosi dei poteri che la legge regionale n. 32 loro conferisce.

Dal canto suo la Giunta regionale si propone di presentare al Consiglio apposito disegno di legge rivolto ad eliminare gli oneri di bilancio derivanti dalla copertura dei disavanzi economici fino al 1960 compreso particolarmente nei riguardi di quei Comuni nei confronti dei quali la concomitanza di iniziative

locali permetterà la totale autosufficienza economica dei rispettivi bilanci.

Peraltro va subito precisato che soltanto con il deciso impegno delle amministrazioni comunali interessate in primo luogo, e delle Giunte provinciali nella loro azione penetrante di controllo, il nuovo strumento legislativo regionale potrà costituire valido mezzo per il risanamento delle situazioni deficitarie comunali nella quasi loro totalità.

Nei riguardi di quegli enti che presentano assoluta impossibilità di autosufficienza saranno adottati particolari provvedimenti di intervento finanziario futuro. Va precisato peraltro che tali casi (trattasi di comuni di modestissima entità demografica a reddito locale eccezionalmente basso) sono in numero limitatissimo e di modeste esigenze di intervento.

C O M U N E N. denominazione	Popolazione	Disavanzo economico	Disavanzo della parte straordinaria del bilancio	Provvedimenti adottati a ripiano dei disavanzi		
				Supercon-tribuzioni autorizzate	Contributi in capitale accordati	Mutui autorizzati ed altri mezzi di integrazione
PROVINCIA DI TRENTO						
1. ALA	6.751	8.067.000	--	8.067.000	--	--
2. ALDENO	1.910	5.200.000	295.000	3.595.000	1.800.000	100.000
3. ARCO	10.154	13.582.000	--	13.582.000	--	--
4. BANCO	294	292.000	--	292.000	--	--
5. BASELGA DI VEZZANO	267	200.000	--	200.000	--	--
6. BESENELLO	1.564	2.284.000	180.000	1.764.000	700.000	--
7. BLEGGIO INFERIORE	899	4.214.000	788.000	1.102.000	1.700.000	2.200.000
8. BLEGGIO SUPERIORE	1.837	5.805.000	1.748.000	2.603.000	2.500.000	2.450.000
9. BONDONE	871	1.673.000	--	387.000	1.000.000	286.000
10. BORGO VALSUGANA	4.913	13.869.000	1.610.000	7.979.000	500.000	7.000.000
11. BRENTONICO	3.703	4.372.000	--	4.372.000	--	--
12. BRESIMO	448	543.000	--	543.000	--	--
13. CAGNÒ	438	564.000	80.000	544.000	--	100.000
14. CALAVINO	1.155	1.265.000	425.000	1.190.000	500.000	--
15. CALCERANICA AL LAGO	860	1.578.000	--	1.428.000	--	150.000
16. CALDES	1.336	250.000	--	250.000	--	--
17. CALDONAZZO	2.150	4.201.000	200.000	3.101.000	1.300.000	--
18. CALLIANO	883	414.000	--	414.000	--	--
19. CASEZ	312	227.000	--	227.000	--	--
20. CAVEDAGO	647.	1.129.000	761.000	390.000	--	1.500.000
21. CAVEDINE	2.551	3.487.000	315.000	2.102.000	1.700.000	--
22. CEMBRA	1.516	1.434.000	1.069.000	1.103.000	500.000	900.000
23. CENTA S. NICOLO'	749	1.058.000	49.000	807.000	300.000	--
24. CIMEGO	507	1.826.000	--	726.000	700.000	400.000
25. CIMONE	877	1.795.000	390.000	735.000	1.450.000	194.000
26. CIVEZZANO	2.615	1.465.000	--	671.000	600.000	--
27. CLES	4.403	2.961.000	--	2.961.000	--	--

C O M U N E N. denominazione	Popolazione	Disavanzo economico	Disavanzo della parte straordinaria del bilancio	Provvedimenti adottati a ripiano dei disavanzi		
				Supercon- tribuzioni autorizzate	Contributi in capitale accordati	Mutui autorizzati ed altri mezzi di integrazione
28. DAMBEL	607	446.000	--	446.000	--	--
29. DENNO	1.204	1.166.000	--	1.166.000	--	--
30. DORSINO	713	3.604.000	221.000	525.000	2.600.000	700.000
31. DRENA	521	1.789.000	27.000	316.000	1.100.000	400.000
32. DRO	2.656	4.774.000	11.266.000	3.140.000	3.000.000	9.900.000
33. FAEDO	628	1.207.000	7.000	714.000	400.000	100.000
34. FIAVÈ	1.229	4.556.000	974.000	2.230.000	1.000.000	2.300.000
35. FIEROZZO	601	946.000	203.000	249.000	900.000	--
36. FRASSILONGO	634	--	4.499.000	--	--	4.499.000
37. GARNIGA	452	1.470.000	409.000	879.000	700.000	300.000
38. GIOVO	2.373	1.310.000	9.688.000	1.248.000	1.000.000	8.750.000
39. ISERA	1.860	4.389.000	550.000	2.589.000	1.650.000	700.000
40. IVANO FRACENA	338	1.287.000	--	527.000	600.000	160.000
41. LASINO	1.170	1.778.000	1.623.000	1.331.000	700.000	1.370.000
42. LAVIS	4.206	1.685.000	--	1.685.000	--	--
43. LISIGNAGO	548	385.000	--	385.000	--	--
44. LOMASO	1.656	4.766.000	5.728.000	3.044.000	2.300.000	5.150.000
45. MEZZOCORONA	3.551	8.440.000	--	5.345.000	--	3.095.000
46. MEZZOLOMBARDO	4.795	5.671.000	2.290.000	4.161.000	--	3.800.000
47. MOLINA DI LEDRO	1.526	1.985.000	--	1.385.000	600.000	--
48. NAGO-TORBOLE	2.011	960.000	--	960.000	--	--
49. NAVE S. ROCCO	732	2.149.000	72.000	1.421.000	800.000	--
50. NOGAREDO	1.245	3.256.000	1.069.000	1.725.000	1.700.000	900.000
51. NOMI	1.204	2.976.000	850.000	1.826.000	1.150.000	850.000
52. NOVALEDO	893	2.198.000	870.000	878.000	1.400.000	790.000
53. OSPEDALETTO	841	2.175.000	--	712.000	1.400.000	63.000
54. PADERGNONE	548	1.512.000	--	553.000	--	959.000
55. PANNONE	1.952	6.905.000	1.870.000	1.975.000	3.000.000	3.800.000

C O M U N E N. denominazione	Popolazione	Disavanzo economico	Disavanzo della parte straordinaria del bilancio	Provvedimenti adottati a ripiano dei disavanzi		
				Supertribuzioni autorizzate	Contributi in capitale accordati	Mutui autorizzati ed altri mezzi di integrazione
56. PERGINE VALSUGANA	11.342	15.533.000	--	15.533.000	--	--
57. POMAROLO	1.590	4.722.000	610.000	1.752.000	2.000.000	1.580.000
58. RABBI	2.314	4.771.000	500.000	4.571.000	700.000	--
59. RIVA	9.899	10.723.000	--	4.100.000	--	6.623.000
60. ROMALLO	718	742.000	376.000	518.000	250.000	350.000
61. RONCEGNO	3.100	8.825.000	7.623.000	4.548.000	2.500.000	9.400.000
62. ROVERÈ DELLA LUNA	1.510	2.222.000	242.000	1.714.000	500.000	250.000
63. ROVERETO	22.645	58.620.000	--	39.040.000	--	19.580.000
64. SAMONE	557	1.316.000	--	516.000	600.000	200.000
65. S. LORENZO BANALE	1.139	743.000	--	725.000	--	18.000
66. S. MICHELE a/A.	1.360	1.081.000	--	1.081.000	--	--
67. SAN ZENO	262	301.000	--	301.000	--	--
68. SPERA	526	1.527.000	--	320.000	800.000	407.000
69. STENICO	1.554	3.567.000	1.533.000	2.350.000	1.200.000	1.550.000
70. TENNA	677	1.661.000	1.279.000	740.000	1.100.000	1.100.000
71. TENNO	1.724	3.662.000	284.000	2.246.000	1.200.000	500.000
72. TON	1.488	1.634.000	--	1.634.000	--	--
73. TRAMBILLENTO	1.585	2.646.000	210.000	2.406.000	--	450.000
74. TRENTO	62.253	161.009.000	--	158.899.000	--	2.110.000
75. TRES	642	438.000	--	438.000	--	--
76. VALLARSA	2.622	650.000	--	650.000	--	--
77. VIGOLO BASELGA	367	215.000	--	215.000	--	--
78. VILLA AGNEDO	803	1.849.000	461.000	1.010.000	900.000	400.000
79. VILLA LAGARINA	2.133	5.522.000	1.637.000	3.359.000	2.000.000	1.800.000
80. VOLANO	2.015	2.126.000	--	2.126.000	--	--
81. ZAMBANA	693	3.645.000	--	--	--	3.645.000
T O T A L I	230.822	457.290.000	64.881.000	353.342.000	55.000.000	113.829.000

C O M U N E N. denominazione	Popolazione	Disavanzo economico	Disavanzo della parte straordinaria del bilancio	Provvedimenti adottati a ripiano dei disavanzi		
				Supercon- tribuzioni autorizzate	Contributi in capitale accordati	Mutui autorizzati ed altri mezzi di integrazione
PROVINCIA DI BOLZANO						
1. BRONZOLO	1.550	423.876	--	423.876	--	--
2. CAINES	225	408.000	260.000	168.000	500.000	--
3. CALDARO	5.028	7.343.000	--	4.343.000	3.000.000	--
4. CHIENES	1.750	1.550.000	2.900.000	1.450.000	3.000.000	--
5. CORTACCIA	1.973	5.015.500	--	2.815.500	--	2.200.000
6. CORTINA a/A	428	1.700.000	600.000	300.000	2.000.000	--
7. CURON	2.125	2.225.828	--	2.225.828	--	--
8. FALZES	1.120	5.240.900	--	2.240.900	3.000.000	--
9. FORTEZZA	1.196	2.950.000	--	650.000	2.300.000	--
10. LAION	1.849	592.479	--	592.479	--	--
11. LUSON	1.205	2.031.282	--	1.418.972	--	612.310
12. MAGRE a/Adige	1.097	2.114.000	--	1.364.000	750.000	--
13. MERANO	27.647	103.444.346	--	80.444.340	7.000.000	16.000.000
14. MONGUELFO	1.954	2.687.331	--	2.687.331	--	--
15. MOSO IN PASSIRIA	1.890	2.359.628	--	2.359.628	--	--
16. PONTE GARDENA	257	1.300.000	--	100.000	1.200.000	--
17. POSTAL	1.006	175.141	--	--	--	175.141
18. PRATO ALLO STELVIO	2.186	3.895.000	--	595.000	3.300.000	--
19. PREDOI	659	1.610.000	--	610.000	1.000.000	--
20. RIFIANO	777	--	1.000.000	--	--	1.000.000
21. RIO DI PUSTERIA	2.115	2.840.530	--	1.340.530	1.500.000	--
22. S. CANDIDO	2.616	4.461.680	--	4.461.680	--	--
23. S. GENESIO	1.992	1.837.961	--	1.837.961	--	--
24. S. MARTINO BADIA	2.062	756.680	6.500.000	756.680	1.500.000	5.000.000
25. S. MARTINO PASS.	1.775	2.353.000	--	2.090.000	--	263.000
26. SENALE	241	1.225.000	--	225.000	1.000.000	--
27. SILANDRO	3.942	9.500.000	--	2.500.000	4.500.000	2.500.000
28. STELVIO	1.383	1.200.000	5.250.000	700.000	5.750.000	--
29. TIROLO	1.757	1.387.000	--	1.387.000	--	--
30. VILLABASSA	1.312	4.578.000	--	878.000	3.700.000	--
T O T A L I	75.117	177.206.156	16.510.000	120.965.705	45.000.000	27.750.451

PRESIDENTE: È aperta la discussione sulla relazione della Giunta regionale. Nessuno chiede la parola? Allora si prende atto della relazione al Consiglio. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvata all'unanimità.

**Punto 13) dell'ordine del giorno: Disegno di legge n. 12:** « *Modifica alla legge regionale 28 ottobre 1960, n. 17* » (proponenti cons. Benedikter, Brugger e Magnago).

La parola al relatore.

BRUGGER (S.V.P.): L'art. 3 della legge regionale 28-10-1960, n. 17, dispone:

« Ai fini previsti dal 2° comma dell'art. 14 e dal 2° comma dell'art. 15 della legge regionale 7-9-1958, n. 23, il rapporto di consistenza dei gruppi linguistici esistenti in regione verrà desunto dal rapporto di rappresentanza dei gruppi medesimi in seno al Consiglio regionale.

Per le assunzioni di personale salariato, di cui all'art. 13 della legge sopraindicata, si potrà prescindere dal riferimento al rapporto di consistenza dei gruppi linguistici esistenti nella Regione ».

L'art. 15 della legge regionale 7-9-1958, n. 23, dispone:

« Nelle assunzioni di personale si seguirà il criterio di adeguare la composizione numerica del personale medesimo alla consistenza dei gruppi linguistici esistenti nella Regione.

A tale fine i concorsi per l'ammissione alle qualifiche iniziali delle singole carriere saranno banditi riservando ai singoli gruppi linguistici un proporzionato numero di posti, in modo da consentire di raggiungere gradualmente il rapporto di consistenza di cui al precedente comma.

Nell'assegnazione dei posti ai concorrenti, si prescinderà dalla rigida osservanza della graduatoria di merito fatta dalla commissione

giudicatrice purchè i candidati dei rispettivi gruppi linguistici ammessi ai concorsi, raggiungano il punteggio minimo previsto per ottenere l'idoneità.

I posti riservati ad uno dei gruppi linguistici, che restassero vacanti o per mancanza di concorrenti o perchè i concorrenti non fossero stati dichiarati idonei, saranno coperti da aspiranti degli altri gruppi, che siano risultati idonei ».

Analoga disposizione si trova nella legge provinciale di Bolzano 3-7-1959, n. 6, concernente l'ordinamento degli uffici e del personale della Provincia di Bolzano. Si tratta dell'art. 29 del seguente testo:

« *Proporzione etnica e conoscenza della seconda lingua.*

« In tutte le assunzioni di personale presso gli uffici della Provincia si seguirà il criterio di adeguarne la consistenza numerica a quella dei gruppi linguistici come sono rappresentati nel Consiglio provinciale. Tale proporzione sarà riferita alle singole carriere.

Da parte di tutto il personale che verrà assunto in servizio presso l'Amministrazione provinciale è richiesta la conoscenza della lingua italiana e tedesca in modo tale da garantire il soddisfacente svolgimento delle funzioni e delle mansioni inerenti alla qualifica e all'ufficio.

L'accertamento della conoscenza della lingua non materna è fatto a mezzo di esame scritto e orale per gli impiegati e solo orale per il personale ausiliario ».

Tali disposizioni vennero approvate dai Consigli regionale e provinciale di Bolzano in attuazione della lettera d) del secondo comma del § 1 dell'Accordo di Parigi. Disposizioni analoghe vennero altresì inserite nella legge regionale per il servizio antincendi in merito alla composizione del corpo permanente dei vigili del fuoco di Bolzano, nella legge regiona-

le sull'ordinamento delle Casse provinciali di malattia che impegna ad una composizione del personale secondo la proporzione etnica degli assicurati. Tutte queste disposizioni vennero valutate come un progresso sia pure limitato rispetto alla grande massa degli impiegati statali e parastatali nella ripartizione di un gravissimo torto perpetrato dal fascismo contro il popolo sudtirolese con la esclusione per decenni dagli impieghi pubblici nella Provincia di Bolzano. Tali disposizioni vennero additate come provvedimento di attuazione dell'Accordo di Parigi sia nelle conversazioni svolte negli anni passati tra Italia ed Austria, sia davanti alle Nazioni Unite (vedi ad esempio il memorandum sull'art. 68 dell'ordine del giorno della 15.a sessione dell'Assemblea Generale delle Nazioni Unite, datato 12-10-1960, pagina 20).

Non si comprende assolutamente la ragione della abrogazione del principio della proporzione etnica una volta sancito in una legge regionale per le assunzioni del personale salariato della Regione Trentino - Alto Adige. nè dal punto di vista politico nè da quello giuridico nè da quello pratico. Per quanto concerne il punto di vista pratico, data la insufficienza numerica delle leve intellettuali fornite di formale titolo di studio secondo l'ordinamento italiano almeno per il passato vi era maggiore probabilità di un'offerta di aspiranti di lingua tedesca superiore alla domanda nel settore del personale salariato che non in altri settori. Anche per il futuro si può senz'altro affermare che vi sarà in tale settore una crescente offerta di aspiranti, appunto perchè non si richiede un titolo superiore a quello obbligatorio e quindi possono concorrere giovani provenienti dal ceto contadino che ha soltanto in parte la effettiva possibilità di far studiare i propri figli.

La prima non-applicazione della proporzione etnica ad un formale concorso per per-

sonale salariato si ebbe con decreto del Presidente della Giunta regionale 14-11-1960 per l'assunzione di dodici salariati nell'Amministrazione forestale, di cui cinque all'ufficio di Bolzano, pubblicato nel Bollettino Ufficiale n. 55 del 13-12-1960. Si può affermare che per simili posti (un sorvegliante di lavori agricoli, tre segantini, un conducente automezzi) si sarebbero trovati certamente numerosi aspiranti del gruppo linguistico tedesco. Per completare il quadro riportiamo per estratto una relazione comparativa sulla situazione del personale dei tre gruppi linguistici nell'Amministrazione provinciale di Bolzano ed in quella regionale.

*Amministrazione provinciale di Bolzano.*

Totale posti: 431.

Posti spettanti in base alla legge:

Gruppo linguistico tedesco: 278; gruppo linguistico italiano: 139; gruppo linguistico ladino: 14.

Posti effettivamente occupati:

a) Carriera direttiva:

Unità 39 di cui 26 al gruppo linguistico tedesco; 12 al gruppo linguistico italiano; 1 al gruppo linguistico ladino;

b) Carriera di concetto:

Unità 64 di cui 38 al gruppo tedesco; 23 al gruppo italiano; 3 al gruppo ladino;

c) Carriera esecutiva:

Unità 121 di cui 79 al gruppo tedesco; 41 al gruppo italiano; 1 al gruppo ladino;

d) Carriera ausiliaria:

Unità 62 di cui 37 al gruppo tedesco; 24 al gruppo italiano; 1 al gruppo ladino.

Cantonieri:

Unità 85 di cui 56 al gruppo tedesco; 28 al gruppo italiano; 1 al gruppo ladino.

Personale della colonia per malati di mente di Stadio e dell'Istituto Assistenza Prima Infanzia:

Unità 60 di cui 30 al gruppo tedesco; 30 al gruppo italiano; nulla al gruppo ladino.

Si ha così un totale di 431 unità così ripartite: 266 al gruppo linguistico tedesco; 158 al gruppo linguistico italiano e 7 al gruppo linguistico ladino.

In base alla presente esposizione si può chiaramente desumere che il gruppo linguistico italiano occupa un numero maggiore di posti di quelli che gli spetterebbero in base alla legge.

Il gruppo etnico italiano ha perciò avuto un sensibile vantaggio e ciò da parte di un'Amministrazione retta in maggioranza da sudtirolesi.

Esaminiamo ora la situazione presso la Amministrazione regionale, retta da una maggioranza di lingua italiana.

*Amministrazione regionale di Trento*

Totale posti: 853:

Posti spettanti in base alla legge:

Gruppo linguistico tedesco: 276; gruppo linguistico italiano: 552; gruppo linguistico ladino: 25.

Posti effettivamente occupati dai singoli gruppi linguistici:

a) Carriera direttiva:

Unità 121 di cui 25 al gruppo linguistico tedesco; 95 al gruppo linguistico italiano; 1 al gruppo linguistico ladino;

b) Carriera di concetto:

Unità 167 di cui 30 al gruppo tedesco; 135 al gruppo italiano; 2 al gruppo ladino;

c) Carriera esecutiva:

Unità 231 di cui 58 al gruppo tedesco; 172 al gruppo italiano; 1 al gruppo ladino;

d) Carriera ausiliaria:

Unità 334 di cui 52 al gruppo tedesco; 282 al gruppo italiano; nulla al gruppo ladino.

Si ha perciò su un totale di 853 posti effettivamente occupati la seguente ripartizione: 165 al gruppo linguistico tedesco; 684 al gruppo linguistico italiano; 4 al gruppo linguistico ladino.

Da quest'ultima esposizione si rileva che i sudtirolesi avrebbero il diritto ad un numero di posti di gran lunga superiore a quelli effettivamente occupati.

Ma anche prescindendo dal rapporto numerico del personale della Provincia di Bolzano e dell'Amministrazione regionale, sarà bene dare uno sguardo sul come sono distribuiti i posti secondo la loro importanza, vuol dire, come e da chi essi sono occupati nei ranghi più bassi e in quelli più elevati.

Pure in base a questo esame i sudtirolesi nell'Amministrazione regionale hanno la peggio, mentre gli italiani sono trattati più che giustamente dall'Amministrazione provinciale di Bolzano.

Presso l'Amministrazione provinciale di Bolzano gli impieghi più elevati delle singole carriere sono ripartiti nel seguente modo:

Carriera direttiva:

II. grado provinciale: gruppo linguistico tedesco 7; gruppo linguistico italiano 4;

III. grado provinciale: gruppo tedesco 5; gruppo italiano 5;

Carriera di concetto:

IV. grado provinciale: gruppo tedesco 2; gruppo italiano 5;

Carriera esecutiva:

VII. grado provinciale: gruppo tedesco 12; gruppo italiano 7.

Presso l'Amministrazione regionale poco tempo fa si è proceduto all'inquadramento del personale. Già in questa fase si poteva osservare come i sudtirolesi si sono trovati collocati nei gradi più bassi della graduatoria.

Ma la loro posizione è ancor maggiormente peggiorata quando la Giunta regionale aveva deciso le prime promozioni, vuol dire dal grado iniziale della carriera a quello immediatamente superiore.

Se ora facciamo un paragone con i gradi sopraindicati della Provincia di Bolzano, dob-

biamo giungere alla conclusione che i sudtirolesi hanno le seguenti probabilità di essere immessi nei gradi superiori dell'Amministrazione regionale.

Carriera direttiva:

V. grado reg.: nessuna probabilità su 5 posti;

VI. grado reg.: 2 probabilità su 31 posti;

VII. grado reg.: 2 probabilità su 59 posti;

Carriera di concetto:

VII. grado reg.: nessuna probabilità su 12 posti;

VIII. grado reg.: 2 probabilità su 34 posti;

Carriera esecutiva:

IX. grado reg.: nessuna probabilità su 14 posti;

X. grado reg.: 4 probabilità su 43 posti.

Su 198 posti d'importanza ai sudtirolesi ne andranno sì e no circa 10.

Ciò corrisponde appena al 5% dei posti a favore dei sudtirolesi e il 95% a favore del gruppo etnico italiano, mentre il rapporto per un certo senso di giustizia dovrebbe essere del 33% rispettivamente del 67%.

Il Consiglio provinciale di Bolzano ha deliberato l'impugnazione per illegittimità costituzionale del secondo comma dell'art. 3 della legge regionale 28-10-1960, n. 17, nel termine ammesso dalla legge, per non perdere questo mezzo di riparazione di un nuovo e più grave torto in quanto deliberato da un'assemblea democratica in peggioramento di quanto

questa medesima assemblea aveva precedentemente stabilito a favore di una minoranza. È chiaro che tale impugnazione potrebbe essere ritirata qualora il Consiglio regionale votasse la proposta che ci onoriamo di sottoporli.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa affari generali. Non c'è? Chi è il Vicepresidente? L'avv. Rosa. La parola al relatore avv. Rosa.

ROSA (D.C.): La Commissione legislativa degli affari generali, attività sociali, igiene e sanità, si è riunita nei giorni 15, 22 marzo e 9 maggio 1961, per deliberare sul disegno di legge n. 12: « Modifica alla L. R. 28 ottobre 1960, n. 17 », presentato dai consiglieri regionali Dr. Alfons Benedikter, Dr. Peter Brugger e Dr. Silvius Magnago.

La Giunta regionale ha presentato una nuova proposta tendente a limitare l'esclusione dell'osservanza della proporzione etnica ai casi di cui alla L. R. 31 dicembre 1959, n. 22.

La Commissione ha preso atto che con ciò viene ristabilito il principio della proporzione etnica in tutte le assunzioni da parte della Regione, nelle quali il personale viene inserito comunque nell'ambito del personale della Regione stessa, cioè in tutti i casi in cui si instaura un rapporto di impiego pubblico.

La Commissione, esaminato attentamente il suggerimento della Giunta regionale, ha ritenuto opportuno accoglierlo e all'unanimità accetta l'emendamento, presentandolo come proprio testo, in sostituzione del testo dei proponenti.

## DISEGNO DI LEGGE

*Testo dei proponenti*

## Articolo unico

È abrogato il secondo comma dell'art. 3 della legge regionale 28 ottobre 1960, n. 17.

PRESIDENTE: È aperta la discussione generale. Se nessuno chiede la parola, dichiaro chiusa la discussione generale.

Metto in votazione il passaggio agli articoli. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato a maggioranza con 1 astenuto.

Leggo il testo della Commissione:

*Articolo unico*

« Il secondo comma dell'art. 3 della legge regionale 28 ottobre 1960, n. 17, è sostituito dal seguente:

« Per le assunzioni degli operai giornalieri, regolate dalla legge regionale 31 dicembre 1959, n. 22, si potrà prescindere dal riferimento al rapporto di consistenza dei gruppi linguistici esistenti nella Regione ».

È aperta la discussione sulla proposta. Nessuno chiede la parola? Allora la metto in votazione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: maggioranza favorevole, 2 astenuti.

Passiamo alla votazione della legge. Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto).

Esito della votazione: 34 votanti - 30 favorevoli - 2 contrari - 2 schede bianche. La legge è approvata (\*).

(\*) Vedi Appendice - pag. 87

*Testo della Commissione*

## Articolo unico

Il secondo comma dell'art. 3 della legge regionale 28 ottobre 1960, n. 17, è sostituito dal seguente:

« Per le assunzioni degli operai giornalieri, regolate dalla legge regionale 31 dicembre 1959, n. 22, si potrà prescindere dal riferimento al rapporto di consistenza dei gruppi linguistici nella Regione ».

Passiamo al successivo punto all'Ordine del giorno.

**Punto 14 all'Ordine del giorno:** « Rattifica della delibera della Giunta regionale di prescindere dal referendum per la modifica della denominazione del Comune di Trambileno ».

Voi sapete che in base alla legge regionale si può prescindere dal referendum se si verificano determinate circostanze previste dall'art. 2 della legge reg. 7-11-1950, n. 16, cioè il voto favorevole dei 3/4 dei consiglieri assegnati al comune; però la decisione spetta al Consiglio regionale. Ora per questa semplice modificazione è anche logico si prescinda dal referendum.

Quindi la delibera della Giunta regionale è:

*In ordine all'oggetto suindicato, la Giunta regionale ha discusso e deliberato quanto appresso:*

*Premesso che la denominazione del Comune di « Trambileno » viene usata con una o due « l » generando imprecisione di terminologia;*

*Dato atto che anche presso gli Uffici sono state usate indifferentemente le due denominazioni, come accertato e comunicato dall'Ufficio tecnico erariale di Trento con nota del 20 giu-*

gno 1960, n. 7710/II, dall'Ufficio del Libro Fondiario di Rovereto con nota del 12 gennaio 1960, n. 335/59/A/2 e dall'Ufficio Parrocchiale di Trambileno con nota dell'8 luglio 1960;

Considerato che i testi linguistici e storici, quali il « Dizionario toponomastico tridentino » e il « Repertorium Archivii Episcopalis Tridentini », danno concordemente il toponimo scritta con una sola « elle »;

Vista la deliberazione del Consiglio comunale di Trambileno dd. 5 settembre 1960, n. 26, adottata con voto unanime dei 13 consiglieri presenti alla seduta sui 15 assegnati al Comune, con la quale viene richiesta la determinazione della denominazione del Comune in « Trambileno » (con una sola elle);

Visto il parere favorevole espresso dalla Giunta provinciale in seduta del 21 ottobre 1960;

Dato atto che nel caso in esame sussiste la premessa di cui al secondo comma dell'art. 2 della legge regionale 7 novembre 1950, n. 16 (voto favorevole dei 3/4 dei consiglieri assegnati al Comune) per poter proporre al Consiglio regionale la determinazione della denominazione di che trattasi, senza dar luogo all'indizione del referendum, come previsto dall'ultimo comma del citato articolo;

Ritenuto necessario determinare in modo inequivocabile la denominazione del Comune;

Su proposta dell'assessore per gli enti locali,

LA GIUNTA REGIONALE  
ad unanimità di voti legalmente espressi

*d e l i b e r a*

1) di esprimere parere favorevole sulla domanda di determinazione della denominazione del Comune di Trambileno in Pro-

vincia di Trento, in « Trambileno » con una « elle »;

2) di approvare nel testo di cui in premessa, la relazione al disegno di legge concernente la determinazione di cui sopra, nonché di approvare il disegno di legge medesimo nel seguente testo:

#### Articolo unico

La denominazione del Comune di « Trambileno » o « Trambilleno » in Provincia di Trento, è determinata in quella di « TRAMBILENO ».

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.

3) di sottoporre all'esame ed all'approvazione del Consiglio regionale il disegno di legge di che trattasi, prescindendo dalla indizione del referendum.

Se nessuno chiede la parola, metto in votazione la deliberazione con la quale il Consiglio regionale prescinde dall'indizione del referendum per questa proposta. È una ratifica perchè abbiamo già il disegno di legge. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza, con 1 astenuto.

**Punto 15 all'Ordine del giorno: Disegno di legge n. 14: « Determinazione della denominazione del Comune di Trambileno ».**

La parola all'assessore competente.

BERTORELLE (Assessore enti locali - D.C.): La denominazione del Comune di « Trambileno » viene usata attualmente con una o due « l » generando imprecisione di terminologia.

Anche presso gli Uffici sono usate indifferentemente le due denominazioni, come accertato e comunicato dall'Ufficio tecnico erariale

di Trento con nota del 20 giugno 1960 n. 7710/II, dall'Ufficio del Libro fondiario di Rovereto con nota del 12 gennaio 1960 n. 335/59/A/2 e dallo Ufficio Parrocchiale di Trambileno con nota dell'8 luglio 1960.

I testi linguistici e storici, quali il « Dizionario toponomastico tridentino » e il « Repertorium Archivii Episcopalis Tridentini », danno concordemente il toponimo scritto con una sola « elle ».

Per eliminare tale imprecisione il Consiglio comunale di Trambileno con sua deliberazione d.d. 5 settembre 1960 n. 26, adottata con voto unanime dei 13 consiglieri presenti alla seduta sui 15 assegnati al Comune, ha richiesto la determinazione della denominazione del Comune in « Trambileno » (con una sola elle) e su tale deliberazione la Giunta provinciale in seduta del 21 ottobre 1960 ha espresso il suo parere favorevole.

Dato atto che nel caso in esame sussiste la premessa di cui al secondo comma dell'art. 2 della legge regionale 7 novembre 1950 n. 16 (voto favorevole dei 3/4 dei Consiglieri assegnati al Comune) per poter proporre al Consiglio regionale la determinazione della denominazione di che trattasi, senza dar luogo all'indizione del referendum, come previsto dall'ultimo comma del citato articolo e ritenuto necessario determinare in modo inequivocabile la denominazione del Comune predetto si esprime parere favorevole sulla domanda di determinazione della denominazione del Comune di Trambileno in « Trambileno » con una sola « elle » e si approva il disegno di legge relativo che viene inviato al Consiglio regionale per i provvedimenti di sua competenza.

**PRESIDENTE:** La parola al relatore della commissione affari generali.

**RAFFAELLI (P.S.I.):** La Commissione legislativa degli affari generali, attività sociali, igiene e sanità, si è riunita il giorno 19 maggio 1961 per esaminare il disegno di legge n. 14: « Determinazione della denominazione del Comune di Trambileno », proposto dalla Giunta regionale.

La proposta è stata accettata all'unanimità dalla Commissione, essendo risultato che la denominazione di Trambileno è da ritenersi linguisticamente più corretta di quella in uso.

**PRESIDENTE:** È aperta la discussione generale. Nessuno chiede la parola?

*Articolo unico*

*« La denominazione del Comune di "Trambileno" o „Trambilleno" in provincia di Trento, è determinata in quella di „Trambileno".*

*La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione ».*

Prego distribuire le schede per la votazione.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione: votanti 30 consiglieri - 21 voti favorevoli - 5 schede bianche. Quindi la legge è approvata (\*).

La seduta è rinviata al pomeriggio ad ore 15.

(Ore 12,35)

Ore 15,10.

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

**Punto 16 all'Ordine del giorno:** « Mo-

---

(\*) Vedi Appendice - pag. 88

zione dei consiglieri Raffaelli, Paris, Nicolodi e Vinante, per la costituzione di un Ente regionale dell'energia elettrica ».

Ora leggo la mozione:

« Il Consiglio Regionale  
del Trentino - Alto Adige

convinto dell'urgente necessità di promuovere un organico sviluppo economico-sociale delle popolazioni della regione, con particolare riguardo alla evoluzione in atto dell'attività agricola che postula, oltre che una sua razionalizzazione anche un alleggerimento della mano d'opera: talchè una delle direttrici fondamentali che debbono essere seguite è quella di promuovere il massimo incremento possibile alle iniziative industriali;

convinto che per la realizzazione di tale programma è essenziale la disponibilità di fonti energetiche crescenti, quale valido strumento per favorire ed anche stimolare l'impianto di nuove intraprese o l'ampliamento di altre già esistenti;

rilevato che nel territorio regionale già operano numerosi enti pubblici locali produttori di energia idroelettrica (società a partecipazione di controllo di enti pubblici, aziende municipalizzate), in quantità anche rilevante;

ritenuta la necessità di utilizzare in maniera organica tali numerose aziende elettro-commerciali già soggette al pubblico controllo al duplice fine:

- a) di un razionale sfruttamento delle risorse esistenti secondo un programma regionale di sviluppo economico;
- b) la base finanziaria segnata all'impostazione di un globale piano di reperimento di nuove fonti di energia (idrotermoelettrica)

a u s p i c a

la costituzione nello spirito dell'art. 5, comma 6, dello Statuto, di un ente regionale del-

l'energia formato mediante l'associazione di tutte le aziende operanti nel settore e soggette al controllo degli enti pubblici locali, al quale sia assegnata la funzione:

- 1) di organizzare ed amministrare tutte le attività di produzione, trasformazione e distribuzione di energia elettrica svolte dagli enti consociati, avendo particolare riguardo agli obiettivi di sviluppo economico delle popolazioni;
- 2) di promuovere il reperimento di nuove fonti energetiche;
- 3) di esercitare tutti gli altri compiti che, nell'ambito dell'art. 10 dello Statuto, e fuori di esso, gli assegni la Regione;  
a tal fine

d e l i b e r a

di costituire una Commissione consiliare per lo studio degli aspetti giuridici, economici, tecnici ed amministrativi del progettato ente regionale per l'energia;

la Commissione di studio potrà valersi della consulenza di esperti, dovrà riferire al Consiglio regionale entro sei mesi dalla sua costituzione presentando concrete proposte ».

La parola al cons. Raffaelli per illustrare la mozione.

RAFFAELLI (P.S.I.): Sarò veramente breve, e la mia brevità deriva dalla scelta precisa fra due possibilità: quella di essere lungo come potrebbe comportare una materia dell'importanza dei problemi dell'energia elettrica, o essere breve come è consigliato da due cose: dalla opportunità di non annoiare i colleghi e dal fatto che il problema è molto noto. Mi pare che dire qualche cosa di originale almeno per quello che riguarda le necessità, sarebbe un'impresa non solo ardua, ma presuntuosa, perchè qui dentro da anni, in tutti i settori si è parlato di questi problemi. Si è detto

un po' da tutti: malgrado la nostra regione registri una specie di primato rispetto alle altre regioni in fatto di produzione di energia, non registra altrettanto primato in fatto di disponibilità di energia elettrica. Altra cosa scontata, pacifica, direi unanime qui dentro, è la constatazione o la previsione del progressivo accrescersi delle esigenze, delle necessità di energia elettrica. Ricordiamo tutti ciò che successe un certo numero di anni fa, cioè la preoccupazione sorta al momento in cui alcuni enti pubblici si posero come prospettiva la costruzione della centrale Avisio. In quel momento ci furono parecchi consiglieri e assessori qui dentro, consiglieri ed assessori al Comune, forse anche alla Comunità di Fiemme che dissero: sì, noi possiamo dare vita a questa centrale, ma come faremo a collocare tanta energia? Perchè allora pareva effettivamente che non ci fossero possibilità di assorbimento. Siamo lontani, e direi fortunatamente lontani, dal periodo in cui erano presenti onestamente e coscientemente e sinceramente, preoccupazioni di questo genere. Oggi le preoccupazioni semmai sono all'inverso. Come faremo con i nostri programmi, — nostri della Regione, nostri della Provincia, nostri per intendere anche quelli dei comuni, degli enti pubblici e di tutta l'opinione pubblica — come faremo con questi programmi di potenziamento industriale che rispondono a molteplici necessità, — da quella di incrementare la produzione industriale, i posti di lavoro, a quella di rimediare all'esodo dalle campagne, — come faremo a far fronte alle necessità di energia elettrica, che si renderanno attuali nel prossimo futuro? Sono cose dette, più o meno, da tutti, ed allora, mi pare che sarebbe veramente pestare acqua nel mortaio, star qui a ripeterle. La mozione che scopo ha? C'è in chimica, materia della quale io non me ne intendo, ma c'è qualche preparato adatto a far precipitare determi-

nate soluzioni. Lo scopo della mozione dovrebbe essere analogo a quello di questi preparati; quello cioè di consolidare, dare forma concreta, pratica, ad una esigenza che non noi socialisti soltanto, abbiamo espressa più volte. Perchè non rivendichiamo nessuna originalità nell'indicare la necessità del coordinamento ai fini di una più razionale e più organica e più efficiente organizzazione nel settore energetico nella nostra Regione. Mi pare di citare fedelmente nella sostanza, se cito per esempio l'ex Presidente della Giunta regionale, a proposito dell'idea di costituire un Ente regionale dell'elettricità. Che quello che aveva in mente lui sia analogo a quello che prospettiamo noi, ha un'importanza secondaria, perchè si tratta di forma; sulla sostanza certamente siamo stati preceduti anche dalle forze della maggioranza, autorevolmente preceduti e da tempo. Si è detto più volte: bisogna dar vita ad un ente coordinatore, ad un ente propulsore che adempia a questi compiti, coordinatore di tutti gli enti che oggi sono interessati, gli enti pubblici soprattutto, che sono interessati alla produzione e coacervo, possibilmente coacervo razionale, non somma matematica, ma somma razionale e giuridica, delle forze che possono intervenire ai fini di incrementare la produzione e di più razionalmente distribuire le disponibilità. Oggi che cosa succede? Tanto per fare un esempio: Rovereto. Confesso che è un mezzo mistero, almeno per noi dell'opposizione, il sapere come stiano le cose in ordine alla seconda centrale sul Leno di Terragnolo o sul Leno di Terragnolo più le derivazioni eventuali da altri piccoli corsi d'acqua dell'altopiano di Folgaria, ecc., è un mezzo mistero, e speriamo che il giorno in cui ci sarà svelato, ci sia svelato un mistero gaudioso e non un mistero doloroso. Certo è che Rovereto, secondo comune della provincia di Trento, uno dei più grossi e più industriosi comuni della

Regione, affamato già oggi di energia e potenzialmente ancora più bisognoso, non ha potuto provvedere autonomamente allo sfruttamento dell'ultimo corso d'acqua disponibile, corso d'acqua di portata ragguardevole e disponibile nell'ambito del territorio di sua competenza ed ha dovuto — pare ormai certo — fare a mezzadria, e speriamo che non sia « una terza » o « un quarto » col comune di Verona, che già in territorio vicino a Rovereto si è fatta la polpa col Leno di Vallarsa, perchè il Leno di Terragnolo è l'osso rispetto alla polpa del Leno di Vallarsa. Ecco un caso clamoroso di deficienza dei nostri enti pubblici in materia: deficienza del comune, deficienza indubbiamente della Regione, che non può negare di aver usato nei confronti di Rovereto una misura diversa da quella che ha usato nei confronti del comune di Trento e della S.I.T. Comunque le cose sono a questo punto. Ci fosse stato un collegamento, non solo strutturale, anche finanziario fra i vari enti pubblici che si occupano della produzione e della distribuzione di energia elettrica, probabilmente il problema finanziario che ha stroncato fin dalla partenza le possibilità di Rovereto, si sarebbe posto in modo diverso. Io non ho la soluzione sulle dita, non intendiamo vendere fumo a nessuno, perchè poi fra il resto non riteniamo che il Consiglio sia fatto di gente disposta a lasciarsi vendere fumo; riteniamo tuttavia che ci siano larghe possibilità, se si affronta il tema, di mettere insieme le energie anche economiche e finanziarie dei vari enti, i quali, separati sono quello che sono, uniti potrebbero essere molto di più. Ho citato Rovereto per citare uno degli esempi possibili e un esempio storico o di cronaca recente, attuale, riscontrabile da tutti. Quindi a che cosa tende la mozione? Come dicevo prima, a tirare le conclusioni, provvisorie se volete, non definitive, a segnare una tappa precisa e concreta

su quella strada, che tutti più o meno abbiamo percorso o insieme o contemporaneamente, ciascuno dal suo punto di vista, verso un potenziamento effettivo delle disponibilità energetiche della nostra Regione. Credo che nessuno qui si leverà o potrebbe levarsi a dire che noi non abbiamo bisogno di energia, perchè contraddirebbe se stesso, perchè, o prima o dopo, in questa o in quella circostanza, tutti abbiamo consentito su questa necessità.

Circa i modi, e qui noi non pecchiamo certo di presunzione, sui modi non ci pronunciamo, confessando per primi che il tema è serio e difficile, e richiede una meditazione notevole e soprattutto uno scambio franco, approfondito di idee, fra tutte le forze politiche e tecniche di cui la Regione può disporre. Noi non proponiamo una soluzione prefabbricata, improvvisata, ma diciamo: la Regione che attraverso i suoi gruppi, attraverso i suoi esponenti, ha ripetutamente nel tempo, affermato queste necessità, consideri chiuso il periodo degli auspici, delle costatazioni, ed inizi il periodo dello studio del progetto esecutivo, diciamo così con una similitudine che si può prendere dalla ingegneria o dalla architettura. Quali saranno le proposte concrete che questa commissione poi presenterà, noi non le vogliamo anticipare, perchè escludiamo o meglio, confessiamo di non aver una soluzione prefabbricata e soprattutto di non aver la presunzione di poter buttar lì delle idee valide in una materia tanto delicata. Mi pare che in forma riassuntiva ci sia lo scopo, il senso di questa mozione; le varie motivazioni non troveranno obiezioni: si rifanno al processo di industrializzazione in corso, alla volontà di ulteriormente potenziarlo, si rifanno — e su questo, credo si trovi l'unanimità — al fenomeno dell'esodo dall'agricoltura, che non è un'invenzione certo dei proponenti, ma è una realtà che tutti riconosciamo; si rifanno alla

constatazione dell'esistenza di questa numerosa rete di enti pubblici, consorzi soprattutto, società a partecipazione di enti pubblici che già operano nel settore della produzione energetica, si rifanno alla necessità di razionalizzare i settori; si rifanno alla necessità di mettere insieme le varie forze per farle diventare forze effettive, di produrre la somma delle forze economico-finanziarie e anche morali e pubbliche. In poche parole questa mozione si rifà ad una serie di dati di fatto sui quali, salvo sfumature di forma, penso che si possa raggiungere o che esista già nelle cose una unanimità o una grande affinità di vedute. Ripeto, ci è parso di facilitare l'accettazione della mozione non anticipando tipi di soluzione che potevano essere preferiti dal partito, dal gruppo che la propone, ma lasciando la cosa proprio allo stato vergine, in modo che tutte le forze rappresentate in Consiglio regionale e i tecnici, se esistono, non influenzati da orientamenti politici, il cui ausilio è previsto, possano liberamente partendo da zero, esprimere le loro opinioni e le loro vedute. Io non aggiungo altro, perchè penserei proprio di far torto al Consiglio, ai vari settori ed ai vari uomini che queste cose fanno, hanno detto, con parole diverse, con accentuazioni diverse da quelle che ho potuto usare io, ma nella sostanza molto affini; mi sembrerebbe appunto di far torto a venir a spiegare che due e due fanno quattro a gente insomma che la matematica o la insegna a me o, nella peggiore delle ipotesi, la conosce almeno quanto me e quanto il mio gruppo.

Detto questo, non ho che da ascoltare quello che diranno gli altri e da augurarmi, non in forma retorica, in forma così oratoria, augurarmi sinceramente che non ci siano delle sorprese — veramente mi sorprenderebbero, se permettete il bisticcio — su una proposta che sembrava, a noi proponenti, fra quelle poche

che partono da questi settori destinate a trovare una strada aperta, destinate a trovare un consenso largo, se non unanime, appunto perchè non provengono da una particolare visione di partito o di settore, ma sono, come ho già ripetuto e ribadito ancora una volta, il tentativo di tradurre in realtà pratica, aspirazioni e necessità, che sono state espresse in varia misura ed in diverse circostanze un po' da tutti i settori del Consiglio.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? Può parlare uno per gruppo.

La parola al cons. Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): Anch'io farò un intervento molto breve, anzi probabilmente più breve del proponente cons. Raffaelli.

Quando mi sono letta la proposta di delibera, rispettivamente la mozione, presentata dal gruppo socialista, io non ho avuto alcuna difficoltà a riconoscere in essa un contenuto di praticità e di utilità che mi dispone senz'altro al voto favorevole. È opportuno che il tema venga affrontato. Fu più volte, in passato, nelle varie legislature, messa in prospettiva anche la possibilità della costituzione di un Ente regionale di elettricità. Le precedenti Giunte ne avevano fatto anzi, anche in varie occasioni, l'annuncio; poi, fra le molte cose che le esigenze più urgenti ponevano, questa rimase lì, anche perchè ogni volta che ci si disponeva ad affrontare questo tema, ad analizzarlo, a studiarlo, ci si trovava di fronte a situazioni mutate nel settore dell'economia elettrica in genere. Partiti dall'idea di poter fare attraverso l'Ente regionale dell'elettricità la migliore utilizzazione dell'art. 10, siamo arrivati invece alla conclusione che a questo scopo molto difficilmente l'Ente avrebbe potuto costituire un miglioramento o l'eliminazione delle difficoltà che abbiamo più volte illustrate circa l'esecu-

zione concreta di questo articolo. Partiti dall'idea di fare l'Ente perchè colmi le deficienze invernali di produzione di energia elettrica con la creazione di una centrale termica che consentisse l'elevazione di tutto il diagramma di utilizzazione dell'energia idroelettrica, abbiamo poi visto il mutare dei criteri generali che in campo nazionale in questo settore sono avvenuti, fin dal momento in cui la produzione termoelettrica è diventata produzione di base, mentre prima era produzione di punta, con un'inversione notevole nei criteri di utilizzazione dell'energia. Sono accadute quindi molte cose che hanno avuto sempre l'effetto di farci stare un po' alla finestra, a vedere, e notare, se era possibile, il delinearsi di situazioni stabili che consentissero prospettive veramente sicure, circa il modo di impostazione di questo ente, le finalità da assegnare ad esso, il modo di farlo funzionare. Oggi c'è la proposta di costituzione di una commissione che faccia un po' il punto, per lo meno nel momento attuale, su tutta questa complessa materia, e mi pare che noi possiamo senz'altro approvare l'iniziativa, quindi votare la mozione.

Mi è parso utile anche l'intervento del cons. Raffaelli perchè esso è servito a chiarire un qualche cosa che nel testo appariva già abbastanza chiaro, ma non è male sia stato ancora ulteriormente portato a chiarimento dall'intervento orale del proponente.

Con la mozione non s'intende affermare che le modalità di costituzione di questo Ente le cui finalità, il suo ordinamento, la soluzione che si vuol dare al tema della creazione dell'Ente, debbano essere ora concretate; non si intende dir questo; non abbiamo infatti una soluzione precostituita da proporvi e sulla quale far convergere le decisioni del Consiglio; qui chiediamo soltanto che la commissione si ponga allo studio del tema. Veda essa quali elemen-

ti di giudizio potrà raccogliere, faccia il punto della situazione, concreti in termini precisi la proposta sulla quale il Consiglio sarà chiamato a deliberare in un secondo tempo. In questo spirito la mozione può essere senz'altro accolta, senza esitazione.

Però nel testo c'era una serie di auspici che stavano quasi a pensare che si volessero già predeterminare i concetti basilari per la creazione dell'Ente regionale. Uno di questi auspici nella premessa era, « ritenuta la necessità di utilizzare in maniera organica le numerose aziende »; frase che avrebbe potuto far pensare che si sarebbe voluto giungere alla creazione di un ente che fosse il supergestore delle singole aziende a carattere comunale o simili che abbiamo in Regione. Io credo che sarebbe difficile arrivare ad accettare un criterio di questo genere, perchè la diversa ubicazione, il diverso funzionamento, le diverse esigenze che gli enti singoli hanno nei loro fini non consentono di ritenere che si possa con certezza pensare ad un ente di questa natura. Poi si dice: « auspica la costituzione nello spirito dell'art. 5, di un ente regionale dell'energia formato mediante l'associazione di tutte le aziende operanti nel settore ». Può darsi che si arrivi al concetto della creazione di un ente che sia associazione di enti già preesistenti, ma può anche darsi che l'ente sorga con le forze proprie, in via del tutto originale e nuova, e lasci assolutamente al loro posto le aziende già esistenti. Quindi questo non deve essere che un auspicio o, più esattamente vorrei dire, una ipotesi, che dovrà anch'essa essere studiata, considerata per vedere se in essa potrebbe trovarsi la soluzione migliore. Altrettanto voglio dire per quanto riguarda il punto 1 delle funzioni che, negli auspici, sarebbero date all'ente: « organizzare ed amministrare tutte le attività di produzione, tra-

sformazione e distribuzione di energia elettrica svolte dagli enti consociati ». Anche questo sarebbe un criterio che, ripeto, può essere esaminato, può essere accolto parzialmente o totalmente, o totalmente respinto, ma non potrebbe essere affermato già in questo momento come criterio vincolante nelle conclusioni che la commissione andrà a prendere.

La realtà più vera è quella che è risultata dalle parole del proponente Raffaelli. La commissione parta da zero, come egli ha detto, si ponga davanti tutte queste possibilità, (ce ne sono parecchie altre, certamente il cons. Raffaelli ed i proponenti non hanno inteso con queste premesse di esaurire tutta la serie di possibilità, di formule, di composizione e di soluzione che in realtà ci sono) la commissione parta da zero, le studi tutte, le vagli tutte col criterio della ricerca della soluzione migliore ai fini pubblicistici, che senza dubbio l'iniziativa si propone, poi venga e riferisca.

Con questo utile chiarimento verbale che è stato dato dal proponente, la votazione favorevole della mozione presentata è di gran lunga facilitata.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Nardin.

**NARDIN (P.C.I.):** Il nostro gruppo sarà favorevole a questa mozione. Questo perchè noi ed i nostri compagni socialisti abbiamo nel corso di questi anni sempre avuto un concorde atteggiamento a questo proposito, quindi la storia potrebbe dimostrarlo ampiamente soprattutto attraverso una serie di interventi che sono stati svolti nel corso di questi anni, non solo qui ma anche fuori di qui, convegni economici di anni or sono, nel Trentino e nell'Alto Adige, che ci hanno visti accomunati in questa esigenza, incontrando anche l'espressione di tale esigenza nel settore della Democra-

zia Cristiana, più particolarmente manifestata attraverso la persona dell'avv. Odorizzi, che, quale Presidente della Giunta regionale, più volte si è intrattenuto su questo importante problema, come ne fanno fede anche i verbali.

Noi abbiamo anche presentato una mozione su questo tema, ma se verrà accettata questa non ci sarà necessità logicamente di votarla, anche se proponiamo qualche cosa di diverso nella sua conclusione. Noi siamo favorevoli, anche perchè la situazione nella quale ci siamo venuti a trovare nel corso di questi anni ha più che mai imposto a noi tutti, e non soltanto a noi della Regione, ma credo anche alle aziende municipalizzate, ai consorzi di distribuzione e così via, la necessità di cercare di creare questo strumento essenziale per la politica dell'energia, che deve essere pur fatta dai comuni, ma soprattutto dalla nostra Regione, date anche le norme del nostro Statuto. Una simile politica può essere attuata soprattutto mediante un efficiente strumento, quale un Ente regionale di elettricità, e allora potrà accompagnarsi a una politica di sviluppo economico, sottratta al potere dei monopoli. A proposito dei quali, logico, noi intendiamo dire che condizionando in un modo diverso da quanto sinora è avvenuto — anzi è avvenuto il contrario — e frenando il potere dei monopoli della nostra regione, questa politica di sviluppo economico e dell'energia potrà realizzarsi. Da un punto di vista economico conviene? Noi del Partito comunista abbiamo avuto anche modo, in un recente convegno tenuto a Bolzano all'Hotel Alpi qualche tempo fa, di intrattenerci con alcuni economisti di fama nazionale, a questo proposito, proprio sviluppando il tema del convegno: « la lotta al monopolio nella Regione Trentino - Alto Adige », tema di politica democratica dell'energia, unita ad una politica democratica di

sviluppo economico. Non appena pronti gli atti mi premurerò di farli distribuire ai signori consiglieri, perchè vedano la serietà con cui abbiamo cercato di affrontare alcuni dei temi particolari che la materia ci ha posto.

Abbiamo esaminato ad esempio la convenienza: conviene istituire un ente del genere, conviene dare inizio ad una politica così complicata? Non si tratta di fare un piano di lavori pubblici, si tratta di qualche cosa di ben più ponderoso, di ben più difficile e complesso, da ogni punto di vista, economico e finanziario. Ci sarebbe molto da dire in risposta a questo quesito; però dagli studi compiuti sinora risulta che nella nostra regione per un integrale sfruttamento del patrimonio idraulico, è necessario un ulteriore investimento di oltre 350 miliardi. Questo sta a dimostrare che anche se questo sfruttamento avviene ed avverrà in condizioni meno favorevoli rispetto agli altri, c'è tuttavia un grande interesse dal punto di vista economico. Il monopolio si muove per il suo lucro ed anche perchè l'economia nazionale esige questo; nell'economia nazionale è inserito profondamente il potere del monopolio, il quale esercita il controllo in quasi tutti i settori della vita economica. E quindi è evidente che c'è l'assalto, mascherato o diretto, a tutte le fonti immaginabili e possibili per sfruttare questo vasto patrimonio idraulico regionale. Ora basterebbe questo dato, insieme a tutte le altre considerazioni che potremmo fare in merito a questo appassionante e complicato tema, per suggerirci proprio l'idea, la volontà, lo stimolo di arrivare quanto prima a realizzare questa iniziativa; iniziativa che potrà essere concretizzata logicamente con molta difficoltà.

Indubbiamente bisognerà ricercare, attraverso questo ente, il modo di consorziate e di coordinare l'attività delle aziende muni-

cipalizzate, produttrici di energia e distributrici di energia; quindi sul piano della produzione bisognerà coordinare la loro azione.

Ed anche nel campo della distribuzione; noi abbiamo avuto questi dati: circa l'80% delle reti di distribuzione nella Regione, — non i grandi elettrodotti che trasportano l'energia fuori della nostra Regione, parlo della distribuzione regionale, — circa l'80% e forse più, è in mano a comuni, a consorzi, dove c'è magari la partecipazione del comune o di determinati consorzi privati, ma è una partecipazione di carattere locale.

Ora bisognerebbe riuscire, e non è una cosa che si improvvisa nè con una legge, nè con uno studio, nè con un anno di esperienze, ma bisognerebbe riuscire a far sì che questo Ente coordini e la politica di produzione dell'energia di tutte le aziende a carattere locale della Regione, e la politica di distribuzione. Si formerebbe così un fascio di energie, di possibilità, di volontà, in modo da consentire a questo Ente di esercitare una sua politica, e ciò si può fare senza ledere l'autonomia delle aziende e dei consorzi. Si può trovare un punto d'incontro che dimostri la convenienza non solo per l'Ente regionale di elettricità, ma soprattutto per le aziende municipalizzate, per i consorzi, per le amministrazioni comunali.

La costituzione dell'Ente può consentire effettivamente sul piano tecnico una politica che superi tutte le difficoltà sinora avanzate. Non solo l'art. 10, ma la stessa legge 959, con l'esistenza di un funzionante Ente regionale di elettricità, può essere applicata diversamente.

Questa iniziativa, se realizzata, può veramente cambiare il volto della situazione nella nostra Regione.

Noi abbiamo la convinzione che attraverso questo strumento — partiamo pure da

zero, siamo d'accordo nell'apprestare gli studi, mi pare che la Giunta abbia messo già in cantiere qualche cosa, almeno così ci ha comunicato il Presidente della Giunta rispondendo ad una nostra interpellanza giorni fa — attraverso questo strumento per il quale ci siamo battuti tutti tenacemente nel corso di questi anni, si può arrivare a cambiare decisamente una situazione a favore della nostra Regione e quindi anche di tutto il complesso economico del Trentino - Alto Adige. Per questa profonda convinzione noi siamo favorevoli a questa mozione qui in Consiglio; sarà un contributo notevole perchè questo Ente possa nascere, rafforzarsi, diventare uno strumento non soltanto di politica economica, ma strumento democratico per migliorare decisamente una buona parte della vita della nostra Regione.

PRESIDENTE: La parola al vicepresidente Pupp.

PUPP (S.V.P.): Das ist ein Thema, das zweifellos ein gewisses Interesse erfordert und worüber in den letzten Legislaturperioden gesprochen wurde. Einer solchen Körperschaft, wie sie in diesem Beschlußantrag wiedergegeben ist, könnten wir jedoch nicht unsere Zustimmung von vornherein geben. In der Provinz Bozen haben wir in den letzten Jahren von seiten des Landesausschusses zur Bildung einer Landesenergiekörperschaft Studien vornehmen lassen. Es handelt sich aber um eine Körperschaft, die natürlich auf einer ganz anderen Basis beruht als die Körperschaft, wie sie hier vorgeschlagen wird. Ganz abgesehen davon, daß wenigstens wir schon eine Notwendigkeit ersehen, daß auf dem Gebiete der Energiewirtschaft irgendeine Koordinierung stattfinden muß, so glaube ich nicht, daß diese Energiekörperschaft die Aufgaben, die hier angegeben wor-

den sind, bewältigen wird können. Ich glaube, auch Herr Advokat Odorizzi war der gleichen Meinung, daß was unter Punkt 1) angeführt ist, d.h. die Organisation der gesamten Erzeugung und die Verwaltung dieser Gesellschaft, eine Sache sein wird, die nicht so ohne weiteres möglich ist. Wir haben eine ganz andere Vorstellung von dieser provinziellen Energiekörperschaft, die wir in der Provinz Bozen schaffen wollen, und zwar würde es sich da um den Anschluß sämtlicher Werke handeln, vor allem aber darum, die Energieverteilung wirtschaftlicher zu gestalten. Doch darüber ist es jetzt unnützlich zu reden. Ich bin nicht dagegen, daß der Regionalrat diese Kommission zum Studium einmal bildet, in der bestimmt auch unsere Volksgruppe vertreten sein wird und wo man dann hören wird, wie diese Energiekörperschaft eigentlich gedacht ist. Wir haben in bezug auf die Energiewirtschaft bis jetzt nicht gerade die besten Erfahrungen gemacht in der Zusammenarbeit mit der Provinz Trient. Im Avisio-Werk, glaube ich, ist es nicht immer so gegangen, wie es gerade die Provinz Bozen wünschte. Ich hoffe aber, daß das in Zukunft etwas anders wird. Auf alle Fälle soll die Kommission gebildet werden und sie soll die Grundlagen ausarbeiten. Dann werden wir ja als Gruppe sehen, wie wir zu dieser Energiekörperschaft Stellung nehmen sollen. So wie es hier geschildert ist, könnten wir unsere Zustimmung nicht geben.

*(È questo un tema che indubbiamente richiede un certo interesse e sul quale è stato parlato in occasione dei passati periodi legislativi. Non potremmo dare a priori la nostra approvazione ad un siffatto ente qual è quello indicato nella mozione. In Provincia di Bolzano abbiamo fatto compiere nel corso di questi ultimi anni come Giunta provinciale degli studi sulla costituzione di un ente provinciale per la*

*energia elettrica. Si tratta di un ente, le cui basi sono naturalmente completamente diverse da quelle previste per l'ente qui proposto. A prescindere dal fatto che almeno noi vediamo la necessità di un qualsiasi coordinamento in materia di economia energetica, non credo che l'ente proposto possa risolvere i problemi indicati. Credo che anche l'avv. Odorizzi era dello stesso parere, che cioè quanto indicato al punto 1), ovvero, l'organizzazione dell'intera produzione e l'amministrazione di tale società non sarà cosa senz'altro possibile. Le nostre idee a proposito di questo ente provinciale, che intendiamo realizzare in provincia di Bolzano, sono del tutto diverse, poichè si tratterebbe del collegamento di tutte le centrali tra di loro e, innanzitutto, di rendere più economica la distribuzione dell'energia prodotta. Ma parlare di questo è ora inutile. Non sono affatto contrario acchè il Consiglio regionale nomini questa commissione di studio, poichè in essa sarà certamente rappresentata anche la nostra popolazione. Si vedrà poi, come questo ente dovrà essere formato. Al riguardo dell'economia energetica non abbiamo fatto fino ad oggi le esperienze migliori in quanto alla collaborazione con la provincia di Trento. A proposito della centrale dell'Avisio, le cose non sono sempre andate, credo, come l'avrebbe auspicato la Provincia di Bolzano. Spero tuttavia che ciò sia alquanto diverso in avvenire. La commissione in ogni modo dovrebbe essere costituita e ad essa dovrebbe competere di elaborare e stabilire le basi necessarie. Vedremo poi, come gruppo, quale sia la posizione da assumere in merito alla prevista società. Così come essa è stata descritta qui, la stessa non potrebbe essere da noi approvata.)*

PRESIDENTE: Altri gruppi desiderano parlare? Non per la materia.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Chiedo che venga sospesa la discussione di quest'ordine del giorno per vedere se lo si può emendare. Potremmo essere d'accordo con un eventuale emendamento in base a quanto ha detto il Vicepresidente.

PRESIDENTE: Effettivamente sarebbe bene che i presentatori facessero anche una proposta del numero dei membri della commissione. Il regolamento dice: « Il Consiglio può procedere alla nomina di commissioni di studio per l'esame di determinati argomenti; l'iniziativa ecc. spetta ai consiglieri »; sarebbe utile che la mozione portasse l'indicazione del numero dei componenti la commissione.

Ad ogni modo sospendiamo la seduta per dieci minuti.

(Ore 16)

Ore 16,35

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Ci sono altri gruppi che vogliono esprimere il loro parere? Di quelli che non hanno parlato ancora?

La parola all'assessore competente.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Come il cons. Raffaelli, che ha illustrato la mozione, auspicava, non ci saranno sorprese per quanto riguarda l'espressione del pensiero della Giunta su questa mozione. Corrisponde al vero ed è noto a tutti che già nelle precedenti legislature la precedente Giunta aveva posto allo studio questo problema, aveva fatto dichiarazioni ripetute intorno alla possibilità della costituzione di un ente regionale di elettricità e del resto anche questa Giunta non nella discussione articolata, ma nelle dichiarazioni sulla discussione generale

del bilancio, e precisamente nella parte riguardante questo Assessorato, aveva chiarito che fra i temi che erano oggetto di sicuro interesse della presente Giunta e che sarebbero stati posti sicuramente all'esame approfondito come la materia merita, vi era anche quello della utilità, della convenienza economica ed organizzativa e contemporaneamente anche della istituibilità di questo Ente regionale di elettricità. Pertanto la mozione presentata dai quattro consiglieri, trova in se stessa consenziente la Giunta, riconoscendo appunto che è opportuno esaminare e condurre a termine questo problema di cui più volte ormai si è discusso. Nell'intervento fatto dall'avv. Odorizzi è stato puntualizzato quello che anche la Giunta ha intenzione ora qui di ripetere, che cioè se questo consenso (in linea di massima generale) all'esame esclusivo, definitivo di questo problema, è ritenuto, in linea di massima, utile e necessario e se pertanto da questo punto di vista, l'adesione alla mozione è possibile, non sarebbe invece altrettanto possibile accettare quei tre punti sotto « l'auspica », ove questi volessero entrare in argomento e nel merito del tema stesso. Del resto è stato già qui ricordato, e lo stesso illustratore della mozione ha detto che si deve partire da zero per esaminare tutto il problema come tale e non è certo per entrare nel merito della questione che va appunto rilevato che i tre punti così segnati dalla mozione stessa, indubbiamente presentano già ad un primo esame, ad una prima osservazione, determinati problemi che non possono essere sottaciuti o nascosti; così, ad esempio, è chiaro che nella regione esistono importanti enti locali che già provvedono, ciascuno nell'ambito della propria zona, ad un razionale servizio della produzione, del trasporto e della distribuzione dell'energia idroelettrica, ed è evidente che tali enti, in parte per le loro caratteristiche

di autonomia, più spiccatamente poi se si tien conto di quelli che possono essere gli orientamenti diversi delle due provincie che abbiamo sentito qui chiaramente ripetere nell'intervento da parte del vicepresidente del Consiglio ing. Pupp, è evidente che questi enti potranno avere qualche esitazione a lasciarsi convincere, ad abbandonare la loro autonomia, per sottoporsi a controlli ed a prescrizioni di natura generale sul piano regionale. Entro in questi argomenti, ripeto, non per discutere il merito della mozione, ma per dire come quei tre punti possano presentare, già ad un primo esame, una necessità di un'ulteriore più approfondita osservazione. Così anche il secondo punto circa il reperimento di nuove fonti di energia, rende attuale quei dati e quelle considerazioni che sono state fatte nella relazione al bilancio di previsione di quest'anno, e via dicendo; proprio per non entrare nel merito, mi fermo qui. In sostanza sembra alla Giunta che una adesione a tale mozione sia sicuramente possibile; però la Giunta ritiene che per un'ordinata impostazione dei lavori sarebbe indubbiamente utile che la nominanda commissione consiliare, proposta nella mozione stessa, potesse lavorare su un materiale ormai sgrezzato ed ormai in un certo senso preparato perchè possa essere sottoposto ai signori commissari, che di quella commissione saranno chiamati a far parte, a meno che non si pensasse di attribuire questo compito alla commissione consiliare per la riforma dell'art. 10, intorno al quale la Giunta, proprio nell'ultima seduta, ha un po' precisato il suo pensiero e il suo orientamento ed ha intenzione di portare rapidamente questo tema di fronte all'on. Consiglio.

In sostanza perciò la Giunta proporrebbe che le venissero concessi non più di tre mesi di tempo, per elaborare su un piano di lavoro con gli uffici competenti, con raccolta di

dati e via dicendo, questo materiale che dovesse poi essere sottoposto alla nominanda commissione, o alla commissione dell'art. 10 nel caso in cui essa potesse poi essere o dovesse essere incaricata anche di questo tema. D'altro canto pare, dopo le parole dette dall'ing. Pupp, che questa procedura possa essere ancora più facilmente accettabile, in quanto qui sono sorti, proprio nell'intervento da parte di un membro della S.V.P. che parlava a nome di questo gruppo, dei dubbi e delle perplessità sostanziali, per arrivare a questa conclusione auspicata dalla mozione stessa, perplessità e dubbi che io non starò a ripetere perchè ciascuno di noi li ha sentiti. Colgo l'occasione per rispondere ad una parte dell'intervento del cons. Raffaelli, laddove egli parlava di un mezzo mistero circolante intorno alla iniziativa del comune di Rovereto e Verona per quanto riguarda la costruenda centrale sul Leno; misteri non ce ne sono, il giorno in cui il Consiglio volesse essere informato su questo tema, lo potrebbe essere in ogni momento con completezza e con facilità e mi è grato poter dire qui che la Giunta nella sua ultima seduta ha esaminato addirittura il problema del reperimento dei fondi per corrispondere a quell'impegno che pubblicamente è stato più volte preso nei confronti del comune di Rovereto per consentirgli con maggior facilità la conclusione di quelle trattative, di quelle convenzioni che sarà obbligato a condurre ed a fare con il comune di Verona per la realizzazione della centrale stessa; e su questo punto pensiamo che al momento in cui si saranno concretati i modi di intervento, il che potrà avvenire, pensiamo, abbastanza rapidamente, si potrà informare doverosamente, perchè sarà fatto, fra il resto, con un disegno di legge, il Consiglio stesso.

Concludo dicendo che in sostanza la Giunta propone dunque di riservarsi un tempo

congruo, che può essere di tre mesi, per l'esame, l'approntamento del materiale; di rinviare al momento in cui la Giunta presenterà queste sue prime conclusioni, la costituzione della commissione all'uopo, o il deferimento alla commissione per l'art. 10 anche di questo compito per l'esame del tema dell'ente regionale di elettricità.

PRESIDENTE: La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): La Giunta, attraverso l'intervento dell'assessore competente, ha fatto praticamente delle proposte, ma non so se la Giunta intenda tradurre le proposte in modifica formale della mozione o in interpretazione concordabile e concordata della mozione stessa. Sostanzialmente dice: « Siamo d'accordo per la commissione, potrebbe essere opportuno fosse la commissione che abbiamo intenzione di fare per l'art. 10 ». Su questo personalmente non avrei niente da obiettare, anche perchè, per affinità di materia, è forse la più qualificata ed anche perchè il Consiglio regionale non è poi eccessivamente ricco di uomini per poter costituire... (*Interruzione*).

Numericamente sì, intendo questo. Ha ragione, cons. Kessler, non voglio offendere il Consiglio, fra il resto per non darmi la zappa sui piedi per un quarantottesimo. Quindi, lasciando la cosa impregiudicata, da parte della Giunta come da parte nostra, la cosa si potrebbe vedere. I tre mesi di tempo non fanno contrasto con quello che è detto. La commissione dovrebbe riferire entro sei mesi, non è detto poi quando incominci la sua attività. Secondo me dovrebbe essere la commissione stessa, dal momento che viene costituita, ad esaminare l'opportunità o meno di attendere, per l'inizio dei suoi lavori, di avere il canovaccio che la Giunta si impegna a preparare. Può

essere la cosa più razionale; può essere la commissione stessa che dice, anche dopo la costituzione: va bene, mi aggiorni finché non mi sarà dato questo; oppure: va bene, la Giunta faccia, contemporaneamente inizio anch'io ad esaminare il problema. Quindi mi pare che non ci siano incompatibilità fra quello che qui si propone e quello che la Giunta osserva e precisa essere il suo particolare punto di vista. Questa è la mia impressione. Quindi per me le conclusioni quali sono? La mozione così come è presentata mi sembrerebbe votabile anche dal punto di vista espresso testè dall'assessore Corsini. Se le cose non stanno in questi termini, evidentemente bisognerà che la Giunta riferisca qualcosa di più relativamente a proposte di modifiche formali.

È abbastanza generica pur essendo precisa, ed anche abbastanza generica per lasciare spazio alle soluzioni non contrastanti, semplicemente diverse, che son venute dall'una o dall'altra parte. Non so se ho interpretato insufficientemente il pensiero della Giunta.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Corsini.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Va bene, ma siccome si è già più volte affermato che, per quanto riguarda le mozioni, emendamenti o mutazioni non possono essere introdotti se non in accordo con i presentatori, penso proprio che attraverso uno sforzo che non dovrebbe poi essere difficile appunto perché, come dice il signor cons. Raffaelli, non c'è una estrema distanza tra il pensiero dei presentatori della mozione ed il pensiero della Giunta, apparirebbe opportuno che questo documento riflettesse anche quelle piccole distanze che sono emerse. In sostanza quindi le osservazioni fatte dalla Giunta,

sono due: la prima riguarda quel punto uno-due e tre successivo all'« auspica », per il quale si è detto: dobbiamo interpretarlo così come un'espressione che però non definisca che effettivamente questa è la volontà del Consiglio, e mi pare che questo sia però qualche cosa di importante, di essenziale, che va ben chiarito; in secondo luogo, se si lascia aperta questa possibilità di attribuire questi compiti alla commissione per l'art. 10, che sarebbe forse opportuno, sia per la somiglianza della materia, sia proprio per la necessità di natura pratica, perché siamo in un numero come è stato detto, così ristretto, che non possiamo suddividerci o moltiplicarci in centomila commissioni, sarebbe un po' difficile approvare il testo attuale della mozione, perché qui si propone la costituzione di una commissione consiliare ad hoc per questo motivo qui; per cui io penso che in pochi minuti, se le distanze sono soltanto queste, sia ben possibile concordare un testo che poi potrebbe essere messo in votazione e raccogliere, io penso, anche da parte di tutti i gruppi e forse fatta riserva per la S.V.P., per le impressioni già dette, i voti favorevoli.

PRESIDENTE: Siete d'accordo di vedere di concordare questo?

La seduta è sospesa per cinque minuti.

(Ore 16,55)

Ore 17,05.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Passiamo alla votazione della mozione. La mozione resta integra fino al « delibera ». Dopo il « delibera » si scrive: « Delibera di impegnare la Giunta regionale a riferire al Consiglio nel termine di tre mesi le conclusioni alle quali sia pervenuta in ordine ai problemi con-

cernenti l'auspicato ente per l'energia e di attribuire successivamente ad una commissione consiliare lo studio degli aspetti giuridici, economici, tecnici ed amministrativi del progettato ente regionale per l'energia. La commissione di studio potrà valersi della consulenza di esperti, dovrà riferire al Consiglio regionale entro sei mesi dalla sua costituzione presentando concrete proposte ». Questo è il testo concordato.

La parola all'assessore.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Chiedo la votazione per divisione, intendendo le parti così precisate: dall'inizio della mozione fino all'« auspica »; poi dall'« auspica » fino al « delibera » e la parte successiva così modificata come dalla lettura che ha fatto lei, signor Presidente, connessa con la parte prima. In sostanza la Giunta propone che la parte che va dalla parola « auspica » sino alla parola « delibera » venga votata divisa dalla precedente.

PRESIDENTE: Prima di tutto si votano le premesse, fino alla parola « auspica ». Metto in votazione questa prima parte della mozione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvata all'unanimità. Adesso passiamo alla seconda parte, che incomincia con « auspica » fino a « tal fine ». Metto in votazione questa parte della mozione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è respinta a maggioranza con 15 voti contrari.

Passiamo alla terza parte: « delibera di impegnare la Giunta e di attribuire ad una commissione . . . ecc. ». Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvata a maggioranza.

Allora la mozione è approvata nel testo che abbiamo messo in votazione.

**Punto 17 dell'Ordine del giorno: « Voto**

*dei consiglieri Raffaelli, Paris, Nicolodi e Vinante, per l'inclusione dell'Istituto del Mediocredito del Trentino - Alto Adige fra gli istituti finanziari delle Regioni a statuto speciale, destinati a beneficiare dei rientri dei fondi erogati sulla legge 28 luglio 1950, n. 722 ».*

Do lettura del voto.

*Il Consiglio regionale, a conoscenza che davanti alle Commissioni legislative parlamentari competenti sarà prossimamente in discussione il disegno di legge n. 2887/C, Camera dei deputati, avente per oggetto « disposizioni modificative ed integrative delle Leggi 30 luglio 1959, n. 623 e 16 settembre 1960, n. 1016;*

*a conoscenza del fatto che, in sede di discussione della Legge 30-7-1959, n. 623, il Governo aveva accettato e la Camera approvato un Ordine del giorno presentato dall'on. Ballardini, che chiedeva l'inclusione dell'Istituto del Mediocredito Trentino - Alto Adige fra gli istituti finanziari delle Regioni a Statuto speciale destinati a beneficiare dei rientri dei fondi erogati sulla Legge 28 luglio 1950, numero 722, e che tale Ordine del giorno è rimasto senza pratica applicazione;*

*ritenendo essenziale, ai fini dello sviluppo delle maggiori attività produttive della Regione, il potenziamento del Mediocredito Trentino - Alto Adige;*

*visto l'art. 29 della Legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5;*

*fa voti*

*affinchè il Parlamento, traducendo in norma di legge il ricordato Ordine del giorno, disponga per l'assegnazione anche al Mediocredito Trentino - Alto Adige di una congrua quota percentuale dei rientri affluenti dai finanziamenti operati sulla già ricordata Legge 28 luglio 1950, n. 722.*

PRESIDENTE: Apriamo la discussione. La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Sarò più breve di prima, sia per le ragioni che ho detto dianzi, sia perchè le numerose firme apposte in calce al voto dopo la nostra presentazione, stanno ad indicare che la maggioranza dei gruppi ha già espresso il suo parere favorevole. I due gruppi che mancano, e sono la S.V.P. e il M.S.I., mancano rispettivamente per queste ragioni: la S.V.P. perchè si era riservata di rivedere il testo e intanto l'abbiamo presentato, e poi non ha chiesto di apporre la firma; il M.S.I. perchè in quel momento non era presente e non gli è stato chiesto. Penso che è uno di quei voti che potrà ottenere l'unanimità.

Qui noi ci siamo assunti un po' la funzione di catalizzatore o di braccio secolare; sono stati espressi difatti da tutti i settori del Consiglio ed in modo particolare in un intervento ad hoc dell'avv. Odorizzi, questi auspici che qui sono concretati; o, meglio, è stato espresso l'auspicio che in connessione con i programmi di potenziamento industriale ed economico in genere della nostra Regione, di cui ci siamo occupati anche in questo momento, venga potenziata la disponibilità del credito facilitato per l'industria, in modo particolare tramite l'istituto da noi creato, in collaborazione con lo Stato e con le banche, cioè con il Mediocredito, con un aumento del fondo di dotazione. Poche settimane dopo che erano stati espressi qui in sede di discussione di bilancio questi auspici, alla Camera è arrivato sul tavolo della competente commissione legislativa questo progetto di legge n. 2887, cui qui si fa cenno. Per chi non fosse esattamente informato delle disposizioni delle leggi qui richiamate, brevissimamente vorrei riassumere che tutta la serie di operazioni finanziarie contemplate trae origine dalla legge n. 722 del

1950, che stanziava 14 miliardi e 200 milioni in base agli accordi per la cooperazione europea, la C.E.C.A. la prima forma di collaborazione europea per i problemi dell'industria siderurgica. Questi stanziamenti fatti a titolo di credito, di mutui, non dovevano più rientrare nelle casse dello Stato per disponibilità così generiche, ma furono già allora destinati ad incrementi industriali dei settori diversi dal settore siderurgico, e precisamente furono assegnati ad una serie di enti di credito. Furono assegnati, con la successiva legge del 1959, un miliardo e mezzo di aumento al fondo di dotazione del Mediocredito di Udine, 500 milioni al Mediocredito Veneto, 860 milioni al Mediocredito Toscano, 1 miliardo 140 milioni al Mediocredito delle Marche ed uguale cifra all'Umbria, 860 milioni al Lazio. Rimanevano disponibili dai rientri 8 miliardi e 200 milioni che furono destinati ad una serie di istituti operanti in buona parte nelle regioni del Meridione, ma anche al territorio continentale. Difatti, anzi la maggior parte, il 61% all'IS VEIMER, cioè all'istituto per lo sviluppo del Mezzogiorno; il 29% all'IRFIS siciliano ed il 10% al CIS. In quella circostanza appunto fu presentato quell'ordine del giorno, che è qui ricordato, dal deputato Ballardini. Il rappresentante del Governo allora, poichè le suddivisioni erano già state predisposte dal Governo e non si ritenne di poter apportare modificazioni, dichiarò di accettare l'ordine del giorno senz'altro come raccomandazione per un successivo inserimento del Mediocredito nostro; successivo inserimento che non c'è stato e che diventa possibile oggi nel momento in cui si ridiscute di tutta l'utilizzazione di questi rientri.

Il progetto di legge n. 2887 doveva essere discusso ed approvato in commissione in sede deliberante. Siccome però non c'è stata l'unanimità e c'è stata la richiesta di discus-

sione in aula, noi possiamo praticamente far arrivare al Parlamento il nostro auspicio, in quanto questo ordine del giorno, presentato ed accettato allora, oggi è stato trasformato, dal gruppo del P.S.I. alla Camera, insieme ad altri ordini del giorno allora accettati dal Governo, in un emendamento alla legge. Quindi nei prossimi giorni o nelle prossime settimane la Camera dovrà discutere questo progetto di legge, avrà di fronte gli emendamenti analoghi al voto che noi sottoponiamo al Consiglio per la sua approvazione. Sappiamo che una certa importanza può avere proprio l'espressione di un desiderio, di una volontà da parte del Consiglio, nella forma consentita dall' art. 29 del nostro Statuto. D'altra parte, quando prendemmo questa iniziativa, siccome il Consiglio era nel periodo immediatamente successivo alla discussione sul bilancio, io ne parlai con il Presidente della Giunta, il quale, approvando senz'altro il suggerimento, si era dichiarato disposto, pronto, deciso ad intervenire direttamente come amministrazione, come Giunta, presso il Ministro competente, attraverso i parlamentari trentini od alcuni parlamentari trentini, ad intervenire nella commissione e presso la stessa Presidenza del Consiglio. Può darsi che la Giunta, secondo la promessa del Presidente, abbia già fatto la sua parte e noi non facciamo altro, con l'approvazione di questo voto, che ribadire questa volontà. I titoli non mancano alla nostra Regione, tanto è vero che ci sono stati riconosciuti nel momento in cui il Governo ha partecipato, con il fondo di dotazione e con le sue deliberazioni relative, alla costituzione del Mediocredito. Evidentemente farà presto lo stesso Governo a rendersi conto che quell'istituto, nato con dotazioni relativamente modeste, oggi opera in un campo di notevole sviluppo ed ha bisogno di essere ulteriormente potenziato. Si renderà conto anche, e noi confidiamo

che chi trasmette questo voto possa anche illustrarlo, si renderà conto che non ci sono ragioni plausibili per un trattamento di sfavore nei confronti di una regione, che se non rientra nelle zone depresse, non rientra neanche nelle zone di punta economica della nostra configurazione economica nazionale, e che quindi ha bisogno di tutte le possibili incentivazioni per una sua rinascita, un suo potenziamento di carattere economico.

Non insisto oltre perchè, ripeto, spero che coloro che non hanno firmato, non abbiano motivi per essere contrari a questa proposta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ziller.

ZILLER (D.C.): Il voto che è stato testè illustrato da uno dei presentatori, indubbiamente potrà trovare il consenso del Consiglio.

Io parlo a nome del gruppo consiliare della D.C. e vorrei semplicemente fare qualche osservazione a quanto ha già rispettivamente illustrato il cons. Raffaelli. L'intervento dei parlamentari, che a suo tempo non ha trovato riscontro nella emanazione d'una legge, può essere senz'altro ripetuto, perchè in occasione appunto del rinnovo della legge del 30 luglio 1959 n. 623, legge Colombo, tutta la materia deve essere riesaminata, e pertanto in quella sede sicuramente può essere ripresentato un ordine del giorno, nella speranza che lo stesso possa trovare accoglimento da parte della Camera e specialmente da parte del Governo. I fondi che potranno affluire, se il voto che viene ripresentato sarà accolto, non saranno di grande consistenza, perchè non sappiamo ancora quale sarà l'importo disponibile su cui si potrà effettivamente contare, non tanto per quanto potrà essere attribuito all'istituto di Mediocredito del Trentino - Alto Adige, quanto per la globalità della somma che potrà rientrare a favore dei vari Mediocredito o rispettivamente dei tre

gruppi già accennati: ISVEIMER, IRFIS, e CIS; perchè sappiamo che dei 14 miliardi del fondo industriale siderurgico 12 miliardi e 700 milioni devono ancora rientrare, e quindi se dal 1950 ad oggi (son passati 10 e più anni) il rientro di questi fondi è relativamente lento, si nota che la disponibilità effettiva di questi rientri potrà avvenire sì, ma non potrà essere così sollecita come quanto forse si potrebbe sperare. Comunque rimane sempre un fatto positivo se l'ordine del giorno dei parlamentari trentini potrà trovare accoglimento in sede parlamentare, perchè se ad altri istituti è già stata riconosciuta la possibilità di attingere a questi rientri mediante la creazione di fondi di dotazione, cioè di partecipazione statale, ai vari altri istituti di Mediocredito esistenti in Italia, per il Mediocredito Trentino-Alto Adige forse non sarebbe il caso di parlare di dotazione perchè una dotazione già l'abbiamo come intervento statale, ed allora o si avrà un aumento del fondo di dotazione, o si avrà forse un'altra formula, che potrebbe essere quella di un fondo di dotazione che sarebbe comunque di grande utilità se fosse assegnato all'istituto di Mediocredito.

Bene sarà pertanto lasciare la formula così generica come effettivamente è stata formulata, dove dice di una congrua quota dei rientri affluenti dai finanziamenti operati, senza dire in quale forma, se sotto forma di maggiorazione di dotazione del Mediocredito, se sotto forma della creazione di un fondo di rotazione o se potranno essere escogitati sistemi diversi attraverso i quali il Mediocredito Trentino-Alto Adige possa comunque avere un beneficio da questi rientri che potranno essere consistenti o anche di una consistenza relativa, che comunque gradualmente potrebbero essere rafforzati. Quindi se un provvedimento può essere accolto da parte del Governo su proposta dei nostri

parlamentari a vantaggio dell'istituto di Mediocredito del Trentino - Alto Adige, indubbiamente è sempre di beneficio per la nostra Regione, ripeto che è opportuno mantenerlo in una forma generica proprio perchè varie possono essere le forme che possono venire a vantaggio del nostro Mediocredito e queste forme potranno essere più opportunamente studiate dai tecnici per vedere se non potendo il Mediocredito beneficiare di un aumento del fondo di dotazione, possa godere di rotazione, oppure di altri provvedimenti di carattere fiscale od altro che comunque andrebbero sempre a vantaggio del capitale, cioè a favore dell'industria della nostra Regione.

Quindi io esprimo il parere favorevole all'accoglimento di questo voto.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Corsini.

**CORSINI:** (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Siccome l'assessore Dusini prevedeva di non poter essere presente questa sera perchè trattenuto a Riva dai lavori della commissione per l'Accordino aveva pregato il sottoscritto di voler esprimere il parere della Giunta, che avrebbe dovuto essere espresso da lui; ora che la cosa è stata così preparata, chiede che intervenga io. E c'è poco da dire dopo le illustrazioni date dal cons. Raffaelli e l'intervento del commendator Ziller. Richiamato che i membri della Giunta hanno firmato il voto ai sensi dell'art. 29 dello Statuto, sembra superfluo dire che anche la Giunta si augura che il voto venga approvato dal Consiglio regionale. Il signor Presidente della Giunta aveva già svolto personalmente degli interventi presso i parlamentari perchè prendessero contatto a questo fine con il ministro Colombo, contatti che sono stati presi. Se c'è qualche cosa da aggiungere a titolo di informazione, pare che si debba dire ancora questo:

che il Mediocredito da parte sua era già intervenuto in un'azione comune con gli altri Mediocredito, tramite i parlamentari, per un aumento del fondo di dotazione dell'istituto, facendo appunto affidamento sui rientri della legge 722 che appunto riguardano ancora 12 miliardi e 700 milioni ed in questo senso era stata anche prevista una percentuale che sarebbe dovuta essere riservata agli istituti di Mediocredito. Si auspica in sostanza l'aumento della quota di partecipazione dello Stato al fondo di dotazione del Mediocredito, aumento, che in precedenza lo Stato aveva respinto precisando che già il Mediocredito beneficiava dei fondi che erano stati assegnati al Tesoro. Parmi in conclusione indubbio che sia di vivo interesse per la Regione che questo voto, che sarà anche espresso dal Consiglio, possa essere tenuto nella dovuta considerazione da parte del Governo e da parte del Parlamento.

PRESIDENTE: Allora metto ai voti il voto preletto. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: è approvato all'unanimità.

**Punto 18 all'Ordine del giorno:** « *Convalida delle elezioni dei Consiglieri regionali* »

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): La Commissione nella sua prima seduta ha unanimemente stabilito i criteri cui informare i suoi lavori, in ossequio ai disposti del capo II della L. R. 20-8-1952, n. 24 e agli articoli 25, 26 e 33 del regolamento interno del Consiglio regionale.

Questo, dopo aver preso atto che nessun reclamo e nessuna protesta contro le operazioni elettorali erano pervenuti alla Commissione stessa.

Essa pertanto decide:

- 1) di invitare i signori consiglieri a inviare un documento contenente la dichiarazione che

non intercorrevano nei casi di ineleggibilità o di incompatibilità previsti dalla legge regionale succitata;

- 2) di affidare a ciascun membro della Commissione l'esame della posizione di un egual numero di consiglieri sui quali relazionare poi oralmente. I consiglieri dovevano non appartenere al gruppo politico relatore;
- 3) di ritenere che ciascun commissario aveva il dovere di informare la Commissione su casi di ineleggibilità o di incompatibilità a sua conoscenza, riguardante consiglieri, la cui posizione non era affidata al suo specifico esame;
- 4) di ritenere di dover equiparare sul piano giuridico, esclusivamente per quanto concerne il compito circoscritto della Commissione, gli assessori supplenti agli assessori effettivi.

La Commissione ha preso in esame i risultati delle elezioni. Esistono delle lievissime differenze fra i risultati finali dei voti di lista presentati dal competente ufficio dell'Assessorato agli affari generali e quelli computati dai due Uffici centrali circoscrizionali, e che così si riassumono:

#### Collegio di Trento

	Dati dell'ufficio centrale circoscrizionale	Dati dell'Assessorato affari generali
P.S.I.	29.697	29.697
P.C.I.	12.869	12.869
P.P.T.T.	9.008	8.998
D.C.	150.663	150.664
M.S.I.	6.282	6.282
P.S.D.I.	16.411	16.411
P.L.I.	8.329	8.328
P.R.I.	1.282	1.282
	<hr/> 234.541	<hr/> 234.531

## Collegio di Bolzano

	Dati dell'ufficio centrale circostrizionale	Dati dell'Assessorato affari generali
P.C.I.	6.514	6.514
P.S.I.	12.217	12.217
P.S.D.I.	7.544	7.544
M.S.I.	14.687	14.687
P.R.I.	817	817
S.V.P.	132.351	132.352
P.L.I. - P.D.I.	2.839	2.839
D.C.	30.277	30.277
	<hr/> 207.246	<hr/> 207.247

Poichè tanto i dati dell'Assessorato agli affari generali, come quelli dei due Uffici centrali circostrizionali non provocano spostamento alcuno nel numero dei consiglieri eletti delle singole liste, nè all'interno delle stesse, la Commissione non ha ritenuto di dover procedere al controllo dei verbali delle sezioni elettorali e tanto meno a quello delle tabelle di scrutinio o delle schede.

Il controllo di cui sopra è stato effettuato dal competente ufficio dell'Assessorato agli affari generali per le sezioni che presentavano differenze fra i dati degli Uffici centrali circostrizionali e quelli dell'Assessorato, per cui la Commissione propone all'on. Consiglio di convalidare i dati presentati dall'Assessorato agli affari generali della Regione.

Dall'esame della posizione dei singoli consiglieri è risultato che per due sussisteva l'incompatibilità prevista dal punto d) dell'art. 13 della L. R. 20-8-1952, n. 24 e precisamente per il cons. rag. Dusini che ricopriva la carica di sindaco del Comune di Cles e per il cons. dott. Kapfinger che era assessore anziano della Giunta municipale di Merano.

Benchè l'ultimo comma dell'art. 13 della legge surrichiamata consenta che le dimissioni

dalle cariche ricoperte, incompatibili con quella di consigliere regionale, possano essere rassegnate entro i 10 giorni successivi a quello della convalida della elezione, il cons. rag. Dusini rassegnava le dimissioni da sindaco ed in seguito alla sua elezione ad assessore supplente anche da consigliere comunale ed il cons. dr. Kapfinger rassegnava le dimissioni da assessore, regolarizzando così ciascuno la propria posizione già prima dei termini previsti dalla legge.

Il cons. avv. Canestrini propose alla Commissione di fare oggetto di particolare considerazione e di esame la posizione dei signori consiglieri dr. Dalvit, avv. Odorizzi, dr.ssa Perazzolli e dr. Turrini.

La Commissione accolse, talvolta a maggioranza, altre volte ad unanimità, varie proposte formulate dal commissario avv. Canestrini, come anche ne respinse, in ordine ai quattro consiglieri sopraccitati.

Ed ecco per ognuno dei consiglieri in argomento, il lavoro compiuto dalla Commissione.

*Dott. LUIGI DALVIT*

Risultava all'avv. Canestrini che il dott. Dalvit era socio e membro del consiglio d'amministrazione della società cooperativa denominata « Stampa Rapida », che più volte aveva avuto commesse di lavoro dall'Amministrazione della Regione, e pertanto l'elezione a consigliere regionale del dott. Dalvit poteva ricadere sotto il disposto del punto 1) dell'art. 15 della L.R. 20-8-1952, n. 24.

La Commissione decise di inviare all'interessato una lettera chiedendogli quali incarichi ricopriva in seno alla detta Società cooperativa.

Il consigliere dott. Dalvit rispose di essersi dimesso da membro del consiglio di amministrazione della « Stampa Rapida ».

Non avendo il dott. Dalvit comunicato una

data certa delle sue dimissioni, la Commissione a maggioranza, decise di assumere i rilievi presso i competenti uffici del Tribunale.

Questo perchè nel caso che le dimissioni fossero state rassegnate dopo l'indizione delle elezioni regionali e nel tempo intercorrente la « Stampa Rapida » avesse ottenuto delle ordinazioni di una certa entità, la elezione del dott. Dalvit poteva essere contestata.

Compiuti gli accertamenti presso la Cancelleria commerciale del Tribunale, risultava che il dott. Dalvit alla data del 27 febbraio 1961 faceva ancora parte del consiglio di amministrazione della « Stampa Rapida ». Egli però fece pervenire alla Commissione un estratto notarile del registro dei verbali della società cooperativa, dal quale risulta che le dimissioni avvennero in data 1 luglio 1959. La società aveva trascurato di depositare presso il Tribunale il verbale dell'assemblea dei soci, dal quale risultava che del consiglio di amministrazione non faceva più parte il dott. Dalvit.

#### *Avv. TULLIO ODORIZZI*

Con decreto del Presidente della Repubblica 6 dicembre 1960 l'avv. Odorizzi fu nominato Presidente del Consorzio per il credito alle Opere Pubbliche.

Tale incarico era compatibile con la carica di consigliere regionale?

Trattandosi di un Ente di diritto pubblico, con nomina del suo Presidente fatta dal Governo e sottoposta alla vigilanza generica dello stesso, l'incompatibilità per i membri del Parlamento sarebbe stata fuori dubbio per la Legge 13-2 1953, n. 60.

Si trattava di assodare se, per analogia, l'incompatibilità sussistesse anche per i consiglieri regionali.

Il quesito fu sottoposto prima all'interessato, il quale rispose di non ravvisare incompatibilità alcuna fra l'incarico di Presidente del

detto Consorzio e la carica di consigliere regionale, ciò suffragando con una serie di argomentazioni.

La Commissione decise tuttavia di interpellare un giurista di chiara fama. Il compito fu affidato al chiarissimo prof. avv. Vezio Crisafulli, il cui parere fu negativo.

#### *Dott.ssa ENRICA PERAZZOLLI*

La dott.ssa Perazzolli risultava essere membro del Consiglio di amministrazione dell'Ospedale infantile provinciale. La stessa però diede le dimissioni in data 21-1 1961.

#### *Dott. DONATO TURRINI*

In riferimento al disposto del punto 1) dell'art. 15 della L.R. 20-8-1952 n. 24, fu avanzata dal commissario avv. Canestrini, in una successione di richieste, l'opportunità di chiarire la posizione del cons. dott. Turrini, accertando:

a) se egli faccia parte della Società appaltatrice dei lavori di costruzione del Palazzo della Regione;

b) quali siano i rapporti fra l'interessato e la Società « Acciai Stella », fornitrice del prodotto « Acciaio CS2 » alla Società costruttrice del Palazzo della Regione;

c) se corrisponda a verità che il dott. Turrini, nella sua veste di assessore ai LL.PP. della Regione, abbia messo a disposizione il personale, gli uffici, i telefoni, ecc. dell'Assessorato per l'esecuzione dei lavori necessari alla compilazione dei documenti richiesti per la concessione del brevetto dell'Acciaio « CS2 ».

Fu inviata al dott. Turrini una lettera con la richiesta generica di informare la Commissione se egli facesse parte di società o ricoprisse incarichi in consigli di amministrazione di società e di precisare eventualmente quali fossero. La risposta fu negativa; nella stessa interessato invitava la Commissione ad assumere ogni informazione.

Precisando in seguito meglio le sue obiezioni il cons. Canestrini e insistendo sulle stesse, la Commissione lo invitò ad esporre gli interrogativi posti in un preciso questionario.

In una seduta successiva la Commissione ascoltò la lettura di tale questionario. Essa ravvisò nelle obiezioni avanzate dal cons. avv. Canestrini materia che esulava dalla sua competenza, perchè non intendeva trasformarsi in commissione d'inchiesta, ma tenersi entro i limiti stabiliti dall'art. 33 del Regolamento interno del Consiglio regionale.

La Commissione, a maggioranza, propone all'on. Consiglio la convalida di tutti i 48 consiglieri.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Turrini.

**TURRINI** (Assessore agricoltura e cooperazione - D.C.): Prendo brevemente la parola per esprimere il mio pensiero in ordine a quanto nella relazione si legge a mio riguardo. Un commissario avanzò l'opportunità di chiarire la mia posizione accertando se faccio parte della società appaltatrice dei lavori di costruzione del palazzo della Regione; quali siano i miei rapporti con la Società « Acciai Stella »; se corrisponda a verità che nella mia veste di assessore ai lavori pubblici abbia messo a disposizione, evidentemente nella precedente legislatura, il personale, gli uffici, i telefoni, ecc., dell'Assessorato per l'esecuzione dei lavori necessari alla compilazione dei documenti richiesti per la concessione del brevetto dell'acciaio « CS2 ».

Nel sistema della nostra legge elettorale, l'eventuale partecipazione di un candidato a società legata alla Regione con contratto di appalto, costituirebbe causa di non eleggibilità. La domanda che si accertasse se io faccio parte della società appaltatrice dei lavori di

costruzione del palazzo della Regione, o di altra società in rapporti contrattuali con la Regione, astrattamente parlando, era dunque pertinente con i compiti della commissione di convalida. La terza questione sollevata circa l'aver messo a disposizione personale, uffici ecc., per l'esecuzione dei lavori necessari alla compilazione dei documenti richiesti per la concessione del brevetto dell'acciaio CS2, non poteva in alcun modo configurare un caso di incompatibilità o di ineleggibilità.

Fatta questa necessaria distinzione e venendo ora alla relazione della commissione di convalida, in essa si legge: « In riferimento al disposto del punto 1 dell'art. 15 della legge regionale 20 agosto 1952 n. 24, fu avanzata dal commissario avv. Canestrini, in una successione di richieste, l'opportunità di chiarire la posizione del cons. dott. Turrini accertando: a) se egli faccia parte della società appaltatrice dei lavori di costruzione del Palazzo della Regione; b) quali siano i rapporti fra l'interessato e la Società « Acciai Stella », fornitrice del predetto « acciaio CS2 » alla società costruttrice del palazzo della Regione; c) se corrisponda a verità che il dott. Turrini, nella sua veste di assessore ai lavori pubblici della Regione, abbia messo a disposizione il personale, gli uffici, i telefoni, ecc. dell'Assessorato per l'esecuzione dei lavori necessari alla compilazione dei documenti richiesti per la concessione del brevetto dell'acciaio CS2.

Fu inviata al dott. Turrini una lettera con la richiesta generica di informare la commissione se egli facesse parte di società o ricoprisse incarichi in consigli di amministrazione di società, e di precisare eventualmente quali fossero. La risposta fu negativa; nella stessa l'interessato invitava la commissione ad assumere ogni informazione.

Precisando in seguito meglio le sue obie-

zioni il cons. Canestrini ed insistendo sulle stesse, la commissione lo invitò ad esporre gli interrogativi posti in un preciso questionario.

In una seduta successiva la commissione ascoltò la lettura di tale questionario. Essa ravvisò nelle obiezioni avanzate dal cons. avv. Canestrini materia che esulava dalla sua competenza, perchè non intendeva trasformarsi in commissione di inchiesta, ma tenersi entro i limiti stabiliti dall'art. 33 del Regolamento interno del Consiglio regionale.

La commissione a maggioranza, propone all'on. Consiglio la convalida di tutti i 48 consiglieri ».

Ora, avendo la commissione a maggioranza proposto all'on. Consiglio la convalida di tutti i 48 consiglieri, si può e si deve indurre che la commissione ha ritenuto non esistano i rapporti di partecipazione a società di cui si era fatta supposizione; ma la relazione, forse involontariamente, non lo dice in modo esplicito, ed essendo per me, come sarebbe per ciascuno dei signori colleghi, importante non lasciare, per quanto da me possa dipendere, dubbio alcuno sulla verità delle cose, voglio qui ripetere solamente che la risposta che ho data alla commissione, affermando di non trovarmi in alcuno dei rapporti sociali ipotizzati, è perfettamente vera, fuori di ogni incertezza e di ogni equivoco.

Per quanto riguarda la terza questione, non avrei avuto difficoltà alcuna ad affrontarla subito ed a informare quindi il Consiglio del reale stato delle cose; ma dal momento che giustamente la commissione ha ritenuto che tale questione non costituisca causa di ineleggibilità o di incompatibilità e soprattutto dal momento che è stata presentata una mozione intesa a nominare una commissione di inchiesta in proposito, penso preferibile che mi esprima quando il Consiglio discuterà quella mozione.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. avv. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): La relazione della commissione dà atto di una serie di lavori che sono stati compiuti dalla commissione stessa in ordine alla posizione di molti consiglieri regionali ed in particolare di quegli alcuni che più volte sono tornati sul tavolo dei lavori stessi, come appunto si legge nel testo steso dal Presidente ed approvato a maggioranza dalla commissione. In particolare io qui, in un intervento che mi auguro quanto mai succinto, vorrei accennare ad un paio di situazioni che possono dar luogo a conseguenze di perplessità per le quali comunque si formuleranno (come sono state formulate) precise richieste. Era evidente che sia per la personalità del consigliere regionale Odorizzi, il quale aveva assunto nei giorni immediatamente ruotanti attorno alla sua nomina a consigliere regionale, un alto importante incarico nazionale, sia perchè questo incarico di carattere nazionale era di rilevante mole, era quindi evidente che proprio per queste ragioni, uno dei primi consiglieri, la cui situazione è caduta sotto gli esami che istituzionalmente sono affidati alla commissione, sia stato proprio il cons. Odorizzi. A questo proposito si era verificata una serie di posizioni in sede di commissione di convalida; in particolare veniva posto un quesito di carattere fondamentale, che estraniandosi da quelli che sono le particolarità, i metodi, i mezzi, le contingenze politiche per le quali al cons. avv. Odorizzi era stato affidato questo incarico di carattere nazionale, poneva una questione di carattere giuridico estremamente interessante: in che limiti era compatibile la funzione di consigliere regionale nei confronti di questo nuovo incarico di carattere nazionale? C'è stato qualcuno, ed io per primo, in commissione, che ha detto: bisogna

andare a fondo in una situazione di questa natura, perchè non c'è ancora giurisprudenza in materia; io avevo guardato nei testi di diritto costituzionale e nei recenti elaborati della Corte Costituzionale, se vi erano dei precedenti specifici o generici che attenessero per uguale caso o per analogia di caso, ad una questione di questo tipo: ricordo, in commissione, avevo portato quelle alcune righe relative ad un caso verificatosi qualche anno fa nella Valle d'Aosta, ma che io per primo ritenevo distante da quello in contestazione perchè, pur affermando dei principi giuridici e . . . procedurali interessanti in materia di convalida, troppo esulava dal caso concreto. In sostanza si trattava di sapere qualcosa che doveva interessare anche questo Consiglio, al di sopra ed al di fuori di quel parere, pur interessantissimo, al quale verrò subito, dato da un esimio professore di diritto costituzionale. Primo: se è espressamente sancito nella legge un principio di invalidità o ineleggibilità, di incompatibilità o di ineleggibilità per chi faccia parte, in veste dirigente, in veste presidenziale, del consorzio per le opere pubbliche, rispetto alla sua veste di consigliere regionale.

Secondo: se questo principio di incompatibilità o di ineleggibilità si doveva sicuramente affermare per un deputato e se, rispetto a questo punto fermo, vi era dell'analogia nella posizione del consigliere regionale nei confronti di quella di un deputato. In quei giorni veniva pubblicata dalla stampa la notizia di una conferenza, che l'avv. Odorizzi aveva tenuto recentemente, credo a Trento, e l'« Adige » riassumeva così, i criteri generali della conferenza stessa, riassumendo così il benemerito compito che il Consorzio delle Opere pubbliche svolgeva in campo nazionale. Diceva così: « Nell'annunciata conferenza, l'avv. Odorizzi recentemente promosso Presidente di due Istituti di Credito a carattere naziona-

le, ha spiegato brevemente ma efficacemente scopo e funzioni di tali Istituti che vanno sotto la denominazione unica di consorzio per le opere pubbliche di pubblica utilità. Esso interviene a favore dell'edizia popolare nel caso di comuni deficitari, nel finanziamento del piano della scuola e sul piano delle attuazioni rurali. E' un'opera silenziosa che soprattutto affianca le grandi iniziative di interesse pubblico. Concorrono ai fondi che rendono possibile l'attività dell'Istituto in parola, le obbligazioni relative al risparmio privato, la Cassa depositi e prestiti, l'Istituto nazionale delle assicurazioni, l'Istituto della previdenza sociale, le Casse di risparmio e qualche altro ente di rilievo ». Senza quindi bisogno di disturbare, ma lo abbiamo anche disturbato, lo Statuto, la carta fondamentale del Consorzio per le opere pubbliche di pubblica utilità, il giornale che rendeva conto di questa conferenza, riassumeva, mi sembra, efficacemente, quali erano i tipi di intervento ed i settori di intervento del consorzio stesso, tipi e settori di intervento anche di interesse squisitamente finanziario ed economico regionale. Ecco pertanto che la ragione di questo interessamento della commissione di convalida è stata di unanime consequenzialità. Si è detto: se vi sono questi interessi, se vi è, non solo questa possibilità, ma se vi è questa doverosa attenzione del consorzio nei confronti di iniziative di carattere economico-finanziario, quali quelle qui elencate, che ripeto, riassumono quelle che sono statutariamente fissate, si tratta di vedere se non vi siano per il consigliere che a queste funzioni è preposto quale Presidente, le stesse identiche incompatibilità che sussistono per il deputato. Perchè per il deputato, e questo onorevoli colleghi, mi sembra un dato di fatto interessante e probante, per il deputato queste incompatibilità sono sicure, (almeno io affermavo in sede di commissione di convalida che

queste incompatibilità sono sicure) e dicevo che il consorzio per le opere pubbliche è un ente di diritto pubblico, soggetto alla vigilanza generica, quanto meno generica del Governo, nominato dal Governo: e da qui discende che certamente in questo caso sussiste l'incompatibilità per un deputato. La commissione di convalida ha discusso piuttosto a lungo su questa questione e poi ha deciso di interpellare una persona che fosse particolarmente competente in queste fatti-specie, e precisamente il prof. Crisafulli.

Il prof. Crisafulli ha convalidato questa opinione della incompatibilità rispetto alla funzione di deputato; infatti a pag. 6 del suo parere, scrive così: « una soluzione opposta, nel senso cioè della incompatibilità si prevede invece manifestamente ove si trattasse, anziché di consiglieri regionali del Trentino - Alto Adige, di membro del Parlamento, deputato o senatore. Giacchè l'art. 1 della legge 13 febbraio 1953 n. 60 stabilisce in chiari termini che i membri del Parlamento non possono ricoprire cariche in uffici di qualsiasi specie, in enti pubblici o privati, per nomina o designazione di Governo o di organi dell'amministrazione dello Stato ». Ora per l'appunto la nomina è governativa ma questo è bastato per la maggioranza della commissione. Però c'è stato chi ha fatto presente che attraverso lo stesso parere di questo illustre costituzionalista, si legge tra le righe, che la mancanza di una norma di questa natura per quanto riguarda la ineleggibilità, l'incompatibilità e le ragioni di diversità che ci sono di chi ricopre queste funzioni e di chi è consigliere regionale, che la mancanza di una norma di questa natura, è una lacuna nella nostra legislazione regionale e c'è stato chi, (avendo più pratica e più ricordo di lavori regionale del passato) aveva ricordato che qualcuno in un determinato momento della storia politica regionale, aveva proposto che il Con-

siglio regionale regolasse una questione di questa natura e cioè sancisse che, gli stessi criteri per i quali sussistono in campo nazionale, attraverso l'elezione a membro del Parlamento, ragioni di incompatibilità, valessero anche per quello che concerne il consigliere regionale, in quanto che le stesse identiche funzioni ricoperte dal deputato, sono quelle del consigliere regionale quando è anche presidente del consorzio per le opere pubbliche, quando cioè nella sua persona si identificano le due posizioni: l'interessamento in materia economica e finanziaria è identico, sia che si tratti di deputato che di consigliere regionale, con la differenza che per il deputato esiste una legge, che in modo preciso sancisce l'incompatibilità, mentre per il consigliere regionale questa legge precisa, secondo il prof. Crisafulli, non vi è. È chiaro che chi avesse sollevato questa questione non poteva ritenersi del tutto soddisfatto della risposta di Crisafulli, anzitutto perchè se è vero che già altra volta questa questione era affiorata alla sensibilità del Consiglio, attraverso una proposta, un progetto, attraverso comunque qualche cosa di concretamente manifestato, affinché questa questione fosse risolta, l'esigenza democratica di non fondere nella stessa persona queste due qualifiche, era ancora arrivata dunque alla luce. Criteri di opportunità poi mi sembra che evidentemente militino a favore di una regolamentazione di questa natura, perchè di fronte ad una decisione di carattere opportuno, in sede politica, ed ineccepibile, dal punto di vista giuridico, si potrebbe soltanto anteporre quello che io ho sentito da amici, dal partito di maggioranza, in conversazioni extra consiliari, che cioè, in fondo, nessun male viene alla Regione per il fatto che vi sia un esponente regionale che sia anche Presidente nazionale di questo ente. Io son ben lontano dal pensare che questo fatto porti del nocumento, anzi io posso anche

ammettere sul piano concreto, che la personalità di chi, nato in una regione, diventa esponente nazionale, possa indirettamente ridondare su determinati settori a beneficio di qualche particolare aspetto dello sviluppo economico e finanziario della sua regione d'origine. Quindi lontano da me come dal mio gruppo ogni sospetto che noi vediamo, o che noi possiamo vedere nel cumulo di queste due cariche, oltre ad aspetti di cumulismo, anche aspetti di nocimento alla regione nostra. Però ci sono aspetti di moralità pubblica, anche qui a prescindere completamente come è logico ed evidente dalla persona in discussione. Se vi sono queste norme di carattere nazionale che valgono per i deputati, i quali anche essi stessi certamente non fanno del male al loro collegio elettorale, se cumulano queste due cariche, eppure la legge proibisce il cumulo di queste due cariche, noi diciamo che ragioni di moralità politica, di linearità politica, dovrebbero prevalere anche sul fatto che stricti juris ciò non è vietato, per mettere in una situazione di analoga opportunità, le due situazioni, le due fatti-specie, che sono invece giuridicamente, sembra, come dice Crisafulli, diverse. Ecco perchè noi, ottenuti i chiarimenti di Crisafulli, possiamo dirci soddisfatti solo a metà: non insistiamo, tuttavia, in ragioni di assoluta incompatibilità per le quali poteva in un certo momento nella commissione di convalida, ravvisarsi qualche estremo; sia perchè il mio gruppo non è del tutto soddisfatto, a questo proposito, della relazione Crisafulli, dal punto di vista strettamente giuridico, sia in modo particolare per le ragioni che ho detto prima di anticumulismo e di opportunità e linearità e moralità pubblica amministrativa, su questa questione annunciamo la nostra astensione.

Vi è da esaminare con uguale brevità la questione relativa al cons. Turrini. Ad un certo punto, nella commissione di convalida, è

stato preso in esame ogni aspetto di possibilità, sia per quello che riguarda la figura politico-amministrativa presente del cons. assessore Turrini, sia nei confronti di quella che è stata la sua mansione fino a poco tempo fa. Ed anche qui si è verificato un interessante dibattito di carattere giuridico nella commissione stessa; dibattito più ampio, molto più ampio di quello che era stato necessario per definire e chiarire, in un senso o nell'altro, la posizione del cons. Odorizzi. Perchè, mentre per quello che riguarda il caso precedente, la commissione si è trovata immediatamente divisa, a cominciare dalla opportunità o meno di interpellare il cosiddetto giurista di chiara fama, e in questo caso giurista di chiara fama è proprio il prof. Crisafulli, per quello che riguarda i quesiti relativi all'assessore Turrini, si è verificata ad un certo punto l'unanimità della commissione sulla necessità di particolari indagini. Dico, francamente, che questa unanimità è stata certamente aiutata dal fatto che lo stesso cons. assessore Turrini ha scritto alla commissione una lettera nella quale si dichiarava ben lieto, e soddisfatto, che la commissione portasse pure a termine tutte le indagini che voleva; io non ho in questo momento il testo di quella lettera, ma il funzionario o lo stesso assessore Turrini potranno confermarlo con precise parole. Egli si dichiarava disposto, ed anzi, invitava la commissione stessa ad andare fino in fondo. Ed all'unanimità si è deciso di andare sino in fondo. A cosa? Ecco, qui bisognerà mettersi d'accordo, perchè l'assessore Turrini dice: è stata presentata una richiesta anche di commissione di inchiesta e in quella sede io darò più ampi, più coordinati, più esaurienti chiarimenti. Ma io penso, noi pensiamo che qualche cosa bisogna pure anticipare anche qui, perchè dico subito dove voglio arrivare: che alla luce degli elementi che sono affiorati, non ci sentiamo in grado, (del resto io questo

l'ho già detto in commissione), oggi, di poter convalidare o meno il cons. Turrini, se prima non vengono fatti codesti accertamenti, che potranno portare ad una completa assoluzione, o ad una assoluzione con formula dubitativa ad una sentenza di responsabilità, (qualche volta mi ricordo anche della mia professione!), ma che comunque sono pregiudiziali rispetto ad un giudizio in sede di convalida. Ad un certo punto la commissione, poichè io avevo sollevato alcuni quesiti, alcuni punti di domanda, mi ha incaricato, come si legge nei verbali della commissione stessa, ufficialmente, di formulare per iscritto questi quesiti. Su questi quesiti si è un po' virato, si è un po' equivocato, indiscrezioni di stampa li hanno riportati in parte ed in parte no, in parte esattamente, in parte inesattamente. Lo stesso verbale, la stessa relazione della commissione, questi quesiti li ha, secondo il mio modesto avviso, riassunti in un modo eccessivamente stringato, in modo che il Consiglio non è esattamente al corrente di quelli che sono stati i quesiti, che il commissario avv. Canestrini, per incarico della commissione, ha steso su un pezzo di carta, ha presentato alla commissione stessa, la quale su di quelli ha preso determinate decisioni. Dirò che bisognerà allora che il Consiglio riconosca quali erano questi quesiti perchè altrimenti, senza offesa per l'amico consigliere che era il Presidente della commissione, da quei tre accenni stringati, sia pur ben fatti, dal punto di vista glottologico, non riuscirebbe il Consiglio a dedurre tutta la vastità dei problemi, forse troppo vasti, come mi è stato rimproverato, che io avevo sottoposto per incarico della commissione alla commissione stessa nel documento che io qui vi leggo. Erano 11 punti ed erano precisamente questi: 1) quali sono stati i rapporti, sia sotto il profilo giuridico che sotto quello economico, fra la ditta appaltatrice, l'Assessorato

ai lavori pubblici e la società Acciai Stella; 2) per quale ragione l'Assessorato ai lavori pubblici si adoperò ed in quali modi, sia sotto il profilo giuridico che sotto quello politico, onde l'ing. Bugan potesse ottenere dall'autorità competente di brevettare il ritrovato tecnico; 3) se è vero che l'ing. Antoniacomi, dipendente della Regione e di quell'Assessorato, è stato incaricato di occuparsi personalmente della pratica, onde far conseguire all'ing. Bugan il brevetto e di tenersi a contatto con il Presidente della Società Acciai Stella, onde comunicare alla stessa possibilità di investimenti commerciali del prodotto; 4) se è vero che l'Assessorato ai lavori pubblici si era occupato e preoccupato di piazzare commercialmente il prodotto CS2 in Italia ed all'estero, usando all'uopo gli uffici, i funzionari, i telefoni, la sede ed i traduttori della Regione; 5) se è vero che si è obbligata la ditta appaltatrice ad usare l'acciaio Stella e che i lavori di costruzione del palazzo della Regione sono stati volontariamente rallentati, in attesa del conseguimento del brevetto, salvo errore, ottenuto nel 1959; 6) per quali ragioni pende a quanto risulta attualmente una causa civile fra la ditta appaltatrice e la Regione; 7) se è vero che la Regione o i suoi uffici o i suoi funzionari si sono interessati o adoperati presso l'ente competente, salvo errori il Consiglio nazionale delle ricerche, affinchè nel regolamento del ferro per i cementi armati venissero introdotte norme più ampie, tali da consentire l'adozione del CS2; 8) quali rapporti vi sono stati fra la Regione o i suoi dipendenti in relazione alla costruzione del palazzo regionale con il consorzio ai LL.PP.; 9) in particolare quali rapporti vi sono stati tra la Regione o suoi dipendenti, o l'assessore ai LL.PP., ed i gabinetti d'analisi, con precipuo riferimento a quello dell'Università di Padova, dove sul prodotto è stata eseguita l'analisi chimica; 10) se detta corri-

spondenza, in particolare con l'Università di Padova, risulta segnata a protocollo e con quali estremi; 11) se corrisponde che l'Università di cui sopra ha restituito, con larga approssimazione circa due anni fa, una certa somma alla Regione, quale residuo di un versamento, a suo tempo dalla stessa ricevuto, a saldo dei lavori di analisi di cui sopra; se è vero che di tale versamento dell'Università il rag. capo dott. Mauro, ha fatto una relazione all'assessore regionale alle finanze ed al Presidente della Giunta regionale, segnalando l'irregolarità della cosa, ordinando all'uopo all'ufficio competente ed al funzionario precitato di fornire alla commissione di convalida copia della relazione e quant'altro del caso in riferimento all'oggetto. Questi erano gli undici quesiti che dopo un'abbondante discussione, la commissione aveva ritenuto di incaricarmi di stendere, attraverso questa decisione della commissione, (si tratta del verbale della 6ª seduta della commissione di convalida tenutasi a Trento il giorno 28 febbraio 1961):

« Omissis - I membri della commissione davanti agli interrogativi posti dal cons. Canestrini, ritengono sia utile venire a conoscenza di come si sono svolti i fatti, ma non vedono connessione fra i fatti esposti ed il caso di incompatibilità o di ineleggibilità e quindi non vedono connessione con la convalida o meno. Si dichiarano comunque d'accordo per l'accertamento, invitando il cons. Canestrini ad esporre gli interrogativi in un preciso questionario che verrà esaminato ed eventualmente posto in votazione ». Se questo è italiano, ed io penso di sì, vuol dire che i membri della commissione avevano dei dubbi che gli interrogativi da me posti attenessero al tema decidendo, cioè al tema della incompatibilità o ineleggibilità, ma che comunque si dichiaravano d'accordo per l'accertamento. Accertiamo questi undici punti, possono essere dodici, pos-

sono essere sei, a secondo come si riassumono o si dividono per comodità di indagine, però — dice la commissione — una volta che noi li abbiamo accertati, guarda che può anche essere che noi diciamo che questi non attengano al tema specifico della convalida! Cosa successe invece, ed è per questo che io ritengo sia giusto investire dall'A alla Z il Consiglio regionale della questione? Successe che, evidentemente avendo alcuni membri della commissione ripensato a questa loro dichiarazione, di cui però fa fede un fedele verbale, quando si doveva iniziare questo lavoro definito utile ed indispensabile su cui l'unanimità era stata raggiunta dalla commissione, per l'accertamento di questi punti, non si è più trovata questa maggioranza nel senso che la maggioranza della commissione, diciamolo francamente, ha cambiato idea. Ed io non capisco perchè doveva cambiare idea, dopo che si era dichiarata d'accordo per l'accertamento degli undici punti e dopo soprattutto che il cons. Turrini con una correttezza che in questo caso deve essergli riconosciuta, aveva immediatamente scritto alla commissione di essere d'accordo, che si portassero fino in fondo gli accertamenti che lo riguardavano, sicuro come egli si riteneva che nessun addebito di nessuna natura poteva essergli mosso. Ad un certo punto fu necessario che comunque si concludessero i lavori della commissione, perchè il commissario proponente si trovò di fronte alla porta chiusa, io la definitivo la « stanza del tesoro », dalla quale non si poteva entrare, cioè non si poteva più entrare, dopo che in un primo momento sembrava che la soglia non fosse proibita. Ma anche quando, ed ecco qui signori colleghi consiglieri che la cosa ridiventa importante, anche quando lo sbarramento cadde sulla porta del tesoro, la commissione fece una dichiarazione, prese un orientamento che giustifica quella nostra richiesta di commissione di inchiesta, sul-

la quale parleremo successivamente. Perchè nel verbale n. 7 del giorno 22 marzo 1961, viene alla luce il cambiamento di rotta della commissione, viene alla luce il veto a continuare quella indagine che prima era stata se non auspicata, se non ben vista, certamente tollerata e sanzionata. Ed ecco che il verbale n. 7 dice: « gli altri membri della commissione ritengono che, — è passato parecchio tempo da quel primo momento, è passato quasi un mese, e la notte e i giorni hanno portato consiglio, — il contenuto delle domande che compongono il questionario esuli dal compito della commissione, semmai possono essere oggetto di interrogazione o interpellanza che può venir trasformata quindi in mozione, — grazie tante, lo sapevo! — oppure della richiesta per la nomina di una commissione di inchiesta ». Quindi anche nel momento in cui la commissione ha posto il veto, ha posto a maggioranza il divieto di entrare nel merito di questa questione, ripeto ancora una volta così, innovando la sua precedente decisione, ha ritenuto che comunque le cose che erano state esposte, le domande che erano contenute in quel questionario, erano tali da giustificare la nomina di una commissione di inchiesta. Io non ho dubbi che la commissione di inchiesta verrà all'unanimità approvata dal Consiglio regionale, anche perchè l'interessato per primo, e ripeto l'apprezzamento che gli ho già fatto un momento fa per questa sua decisione, ritiene che la cosa possa tranquillamente essere portata fino alla fine, non ritenendo egli di avere su di sè nessuna responsabilità di nessuna natura. Quindi il Consiglio regionale non potrà essere più papista del Papa, per di più in questo caso rifiutando a chi si sente inquisito quel diritto di accertamento alla verità alla quale egli ha sacrosanto diritto almeno quanto ne hanno i suoi colleghi del Consiglio; ma questa, ripeto, è una cosa che riprenderemo fra qualche gior-

no, quando verrà alla luce la discussione sulla commissione di inchiesta. Qui quello che io voglio sottolineare, è che siamo in sede di discussione in materia di convalida, e la commissione di convalida, secondo il mio avviso, è incorsa in un grosso errore, in una grossa contraddizione, quando da una parte autorizza e sanziona e ritiene necessari quegli accertamenti acquisendo ai suoi atti quel memoriale, dall'altra ad un mese di distanza, blocca la possibilità di andare a fondo in questa questione, rifugiandosi nella osservazione che su queste cose potrà utilmente esprimersi una commissione di inchiesta. È contraddittoria, secondo il mio modesto avviso, ma è quella che è, non possiamo più tornarci, è una decisione già presa e già definitiva e la teniamo per buona, ma allora diciamo: l'unico modo per sanare questa contraddizione, l'unico modo per uscire da questo ginepraio in cui il rapido voltafaccia di orientamento di alcuni commissari ci ha posto, è solo quello di rimettere le cose in carreggiata, di dire: va bene, voi avete detto che su queste cose si potrà esprimere una commissione di inchiesta, ma non una commissione di convalida, ed allora noi diciamo, si esprima la commissione di inchiesta; la commissione di inchiesta che verrà nominata, che dovrà essere nominata dal Consiglio fra qualche giorno, prenda in esame tutta questa fattispecie, e solo alla fine dei suoi lavori noi avremo gli elementi per convalidare o meno il consigliere in discussione. È questo l'unico modo per poter uscire da questa contraddizione nella quale la commissione è volontariamente o involontariamente caduta; ed ecco perchè io concludo l'intervento dicendo che per quanto riguarda la convalidabilità o meno del cons. Turrini, il mio gruppo propone che questa questione venga posticipata a quando il Consiglio regionale avrà discusso e come mi auguro, ed auguro per l'accertamento obiettivo

della verità per tutti noi e per tutti voi, avrà deciso per quella commissione di inchiesta che appunto il Consiglio regionale è chiamato a nominare.

**PRESIDENTE:** Sono in parecchi che chiedono di parlare. In ogni modo io penso di concludere questo argomento, senza interromperlo, e quindi andare avanti oltre le 18 e trenta. È un argomento che va concluso. C'è anche da tenere conto di una proposta che è stata formulata adesso.

La parola al cons. Kapfinger.

**KAPFINGER (S.V.P.):** Ich erlaube mir, nur ganz kurz den Regionalrat darauf aufmerksam zu machen, daß er mit seinen eigenen Gesetzen, die er sich zum Teil gegeben hat, in der Auslegung und in der Anwendung derselben Widersprüche verursacht. Ich beziehe mich hier auf das auch hier erwähnte Gesetz Nr. 24 vom Jahre 1952 über die Wahl des Regionalrates, in dem Unvereinbarkeiten festgesetzt sind, die in einem weiteren Regionalgesetz zur Wahl des Gemeinderates vom Jahre 1956, also in einem späteren Gesetze, teilweise nicht mehr vorgesehen sind und die bereits zu Widersprüchen Anlaß gegeben haben. Der Regionalrat hat sich sogar veranlaßt gefühlt, zur Auslegung seiner eigenen Gesetze besondere Rechtsspezialisten in Rom zu befragen, mit dem Ergebnis, das wir eben gesehen haben, während es klar ist, daß ein Gemeinderat sobald er Assessor wird, in der Region unvereinbar in diesen beiden Funktionen ist. Hingegen ist im neuen Gemeindegesetz nur vorgesehen, daß der Bürgermeister unvereinbar sein kann mit dem Amte eines Regionalrates. Das Gesetz über die Wahl des Regionalrates vom Jahre 1952 sieht, wie erwähnt, dies auch für die Assessoren vor. Ein reichlich

jüngeres und frischeres Gesetz befindet sich hier im Widerspruch mit einem anderen. Und ich möchte dabei nur ganz kurz noch einmal auf das Gutachten hindeuten, das man seinerzeit zur Klärung meiner Position in Rom eingeholt hat, in dem der Begutachtende erklärt, daß im Gemeindewahlgesetz vom Jahre 1956 der Regionalrat eben absichtlich nicht zu den Beziehungen eines Regionalrates habe Stellung nehmen wollen. Ich glaube, dazu braucht man wohl nur das Gesetz sachlich durchzulesen, um das zu widerlegen, denn dann würde im Gesetz zur Wahl des Gemeinderates vom Jahre 1956 nicht drinnen stehen, daß das Amt eines Bürgermeisters mit dem eines Regionalrates unvereinbar ist. Der schönste Beweis, daß der Regionalrat damals daran gedacht hat und sich nicht, wie dieser große Rechtsspezialist behauptet, darüber hinweggesetzt hat. Abschließend möchte ich noch einmal diese Widersprüche aufzeigen und vielleicht wäre es angebracht, bei gegebener Zeit und Gelegenheit entweder eigens auf die weitere Gültigkeit der Bestimmungen des Regionalgesetzes vom Jahre 1952 hinzuweisen oder die Widersprüche dahingehend auszulegen, daß man sagt, die Bedingungen des neueren Gesetzes, wie es sonst wohl nicht mehr Brauch ist, gelten noch.

*(Mi permetto di richiamare brevemente l'attenzione del Consiglio regionale sul fatto che con l'interpretazione e l'applicazione delle leggi da esso stesso approvate sta creando delle contraddizioni. Mi riferisco alla legge anche qui citata n. 24 del 1952 sulla elezione del Consiglio regionale, legge che stabilisce delle incompatibilità, le quali in un'altra legge regionale sulla elezione dei consigli comunali del 1956 sono state in parte eliminate e che avevano già dato motivo a delle contraddizioni. Per la interpretazione delle proprie leggi il Consiglio regionale si era sinanche sentito in-*

*dotto a interpellare appositi esperti di diritto di Roma, con il risultato che abbiamo ora visto, mentre appare chiaro che un consigliere comunale non appena eletto assessore venga a trovarsi in Regione in una situazione di incompatibilità circa le citate due funzioni. Nella nuova legge comunale è invece prevista soltanto la incompatibilità della carica di sindaco con quella di consigliere regionale. Dalla legge sulla elezione del Consiglio regionale del 1952 ciò, come già detto, è previsto anche per gli assessori. Ne consegue che una legge molto più recente si trovi in contrasto e in contraddizione con un'altra. Vorrei in proposito accennare ancora brevemente al parere a suo tempo richiesto a Roma, al fine di chiarire la mia posizione e in cui si dichiara che nella legge regionale sulla elezione dei consigli comunali del 1956 il Consiglio regionale non abbia intenzionalmente voluto toccare i rapporti concernenti un consigliere regionale. Penso basti in proposito rileggersi con senso di obiettività la relativa legge per confutarlo, poichè altrimenti nella legge sulla elezione dei consigli comunali del 1956 non sarebbe previsto che la carica di sindaco sia incompatibile con quella di consigliere regionale. Mi pare sia questa la prova migliore che a suo tempo il Consiglio regionale non ci aveva pensato e che esso non sia passato oltre, come afferma il citato esperto di diritto. Concludendo vorrei additare nuovamente le anzidette contraddizioni e sarebbe forse opportuno accennare con l'occasione appositamente alla continuata validità delle menzionate norme della legge regionale del 1952 oppure di interpretarle in maniera che le condizioni poste dalla legge più recente siano tuttora vigenti, cosa questa normalmente non più d'uso.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. avv. Rosa.

ROSA (D.C.): Brevissimamente per rettificare qualcuna delle asserzioni fatte dal cons. avv. Canestrini. Anch'io facevo parte della commissione.

Preciso che sulla discussa incompatibilità dell'avv. Odorizzi non tutti eravamo d'accordo di andare a cercare un esimio giureconsulto. Io, ad esempio, feci la proposta di risolvere la questione tra noi, perchè non mi pareva il caso di andare a disturbare Crisafulli, il quale rispose poi come rispose. Aderii, pro bono pacis ad andare a cercare questo giureconsulto. Per quanto riguarda la posizione dell'assessore Turrini, preciso che non è vero che ci si sia limitati a dire all'ultimo momento: badi, cons. Canestrini, che noi accettiamo solo ecc. ecc. Il cons. Corsini ed io ripetemmo: sì, signore, ci porti tutto quello che vuole, ma che sia connesso con l'art. 15, cioè porti ad una decisione sulla compatibilità o incompatibilità.

Ricordo che quando si discusse sul memoriale dell'avv. Canestrini dissi: ma se il dott. Turrini fra il lusco ed il brusco l'aveste visto andare con una ragazza sotto gli alberi, oppure lo aveste visto bere un bicchiere di più in un'osteria, anche questo vorreste accertare? L'avevo chiesto. Si disse e si ridisse, e non solo nell'ultima seduta, che noi volevamo accertare e provare solo quello che portava ad una decisione della quale era investita la commissione, cioè se era compatibile o meno, se rientrava o meno nell'art. 15 e quindi se era socio della « Garboli », società che costruisce il palazzo regionale, o della « Acciai Stella », società che avrebbe dato il ferro per mettere assieme al cemento per la costruzione del palazzo. Ricordo che quando l'avv. Canestrini ci propose di essere tutti d'accordo per una commissione — e non disse d'inchiesta — che dovesse studiare la cosa, rispondemmo: ma que-

sta è più grossa delle altre! Questa è la verità, insomma almeno quella che ricordo io . . .

CANESTRINI (P.C.I.): C'è il verbale!

ROSA (D.C.): Sì, signori, vorrò vedere proprio cosa dice il verbale stenografico. Tutti dovranno dire, e lei non potrà smentire, che sempre e solo nell'ultima seduta si disse — lo ripeto, scusate, fino alla nausea — che accettiamo solo quello che può portare alla dichiarazione di incompatibilità o di compatibilità dell'assessore Turrini. Il resto, dicemmo che non può essere oggetto della commissione di convalida.

PRESIDENTE: La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Desidero anch'io, sia pure brevemente, permettermi di contestare, perlomeno le conclusioni sul piano giuridico ed anche sul piano politico, alle quali ha voluto arrivare il cons. Canestrini nel suo intervento di prima. Questo lo faccio anche se in parte sono stato superato dall'avv. Rosa, ma forse, dato il tema in discussione, anche se qualche ripetizione ci sarà, non sarà completamente dannosa.

Innanzitutto il caso Odorizzi. Mi pare che in commissione — ce l'ha spiegato molto diligentemente l'avv. Canestrini, che evidentemente si è dato un particolare compito di accertare queste cose in sede di commissione di convalida e, credo, con merito — si abbia ad un certo momento voluto sostenere che, siccome il deputato, a sensi della legge nazionale, sarebbe incompatibile alla carica che attualmente anche l'avv. Odorizzi ricopre, per analogia (anche se questa parola non l'ho sentita) dovrebbe ritenersi ineleggibile o comunque incompatibile anche un consigliere regio-

nale. Ed è proprio su questo quesito che si è andati a scomodare l'avv. Crisafulli. Dicevo prima, all'avv. Rosa, — io non mi voglio far passare certamente per un giurista, ma modestamente ho studiato diritto come molti altri — che si possa essere tutti d'accordo, quando si dice che tutti i casi previsti di ineleggibilità sono norme di natura eccezionale. Io ritengo che la norma generale sia quella del diritto all'elettorato attivo e passivo di tutti i cittadini, poi le norme eccezionali sono quelle che in determinati casi prevedono una contraddizione a quella che è la regola generale. Se è così e questo mi pare abbastanza evidente senza essere molto profondo in diritto, allora è evidente che il campo dell'analogia è completamente chiuso; quindi è evidente che incompatibilità si può dare soltanto ed unicamente in questo che dicevo che non occorre — non che la commissione abbia fatto male, perchè i pareri sono sempre utili — andare a scomodare l'avv. Crisafulli per risolvere un caso di questo genere. Mi pare che anche l'avv. Canestrini convenga sul piano strettamente giuridico con la conclusione dell'avv. Crisafulli, cioè non esservi evidentemente causa di incompatibilità nel caso in discussione, ma, dice l'avv. Canestrini, — ed è questo che io voglio respingere — però sul piano di una moralità pubblica, sul piano di una linearità politica, bisognerebbe adeguarsi anche se la legge qui da noi ancora non c'è. Ora, a nome mio ed anche a nome del mio gruppo, io devo contestare e respingere decisamente questa illazione. Innanzitutto io incomincio col dire, avv. Canestrini, che non è la stessa cosa essere deputato o essere consigliere regionale, non in base al diritto, su questo siamo d'accordo, ma anche sul piano dell'opportunità politica o della moralità pubblica. Io dico: se c'è una ragione per il deputato e può esserci, in quanto che — e la commissione l'ha rilevato — il consorzio per

le opere pubbliche è, almeno genericamente, controllato dal Governo, e il deputato vota a favore o contro quel Governo, e penso che qui vi sia eventualmente la causa o comunque il fatto che fa portare ad una incompatibilità, questo è assolutamente assente da parte del consigliere regionale. Quindi accanto a questo ci possono essere indubbiamente altri argomenti, anche qualcuno a favore, ma mi pare di dover chiaramente ammettere che la posizione assolutamente non è uguale; e quindi se così è e se non c'è una legge che prevede espressamente questa incompatibilità, allora credo che non sia giusto e che sia almeno in parte, forse involontariamente, io non lo so, lesivo di quella che è la considerazione che vicendevolmente noi del Consiglio regionale dobbiamo avere, quando si afferma o per lo meno si lascia intendere che non essendosi il consigliere adeguato spontaneamente ad una norma non esistente, sia in qualche modo andato contro una certa moralità pubblica, una certa linearità politica. Questo, avv. Canestrini, mi pare giustamente di doverlo respingere, personalmente ed a nome del mio gruppo.

L'altra posizione in contestazione è quella dell'assessore Turrini; e qui il cons. Canestrini è stato ancora più diligente, evidentemente anche in commissione, dove, su incarico della commissione stessa, ha elaborato una specie di testo, e le risposte a questi quesiti dovevano rappresentare la base per un giudizio definitivo circa l'esistenza della ineleggibilità o meno dell'assessore Turrini. Io non giudico quello che la commissione ha fatto, penso che abbia fatto bene, perchè innanzitutto bisognava vedere quali erano le domande; però mi pare che quando questo formulario ha esaminato ed ha fatto un giudizio di merito sulle domande più che sulle risposte, per vedere se erano pertinenti ai fini del lavoro della commissione, ed ha fatto un giudizio negativo,

credo che in questo — e non voglio difendere la commissione perchè non spetta a me, io non ero membro della commissione — una grande contraddittorietà non ci sia. Lei, poi, alla fine, conclude e dice: in ogni caso come in commissione ero dell'opinione che la risposta a quei determinati quesiti era pregiudiziale per un giudizio di ineleggibilità o meno dell'assessore Turrini, anche oggi propongo che prima di rispondere a quei determinati quesiti, attraverso quelle formule che ho detto, e dopo provveremo alla eventuale convalida dell'assessore Turrini. Ora qui, cons. Canestrini, io non voglio farle il torto, come avvocato ben noto e ben stimato quale lei è professionalmente, di dirle: o dal punto di vista giuridico, lei commette un errore notevole, o invece si propone determinati altri scopi, ed allora noi dobbiamo opporci in questa sede. Perchè mi pare assolutamente chiaro questo: quello che la commissione doveva fare come tutte le commissioni di convalida, è quello di appurare se ci sono elementi che possano portare o che debbano portare alla dichiarazione di ineleggibilità o di incompatibilità.

L'esame che la commissione ha fatto risulta chiaramente dalla relazione che ha presentato al Consiglio, ed era di vedere la posizione dell'assessore Turrini in rapporto all'art. 15, soprattutto in rapporto al punto 1. E poi quei quesiti che la commissione ha riassunto in quei tre punti che sono stati portati nella relazione, secondo me, sono assolutamente inconferenti alla convalida; non solo il punto C) dei tre qui presentati, ma anche il punto B), e soltanto il punto A) è effettivamente pertinente. Perchè se ineleggibilità ci poteva essere quella nasceva dall'art. 15, punto 1, nel caso in cui Turrini facesse parte della società che ha in corso un appalto con la Regione; mentre, secondo me, non ci sarebbe ineleggibilità in maniera assoluta anche se l'assessore

Turrini facesse parte della Società dell'Acciaio che non è in rapporti di appalto con la Regione, ma che è in rapporto invece soltanto con la ditta appaltatrice, con la ditta Garboli praticamente. Il giudizio che la commissione doveva fare, era unicamente appurare se c'era un rapporto, una partecipazione sociale da parte dell'assessore Turrini a quella società, e questo è stato negativamente risolto.

Caro cons. Canestrini, se la commissione questi elementi, non li ha trovati, allora bisogna concludere che non esistono.

CANESTRINI (P.C.I.): Non li ha ricercati!

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Li ha ricercati, almeno da quello che io leggo, innanzitutto interrogando l'interessato. Comunque la commissione poteva scegliere quei criteri, quelle modalità e quegli strumenti che desiderava; è certo che l'accertamento è stato fatto ed è certo che l'accertamento per questo aspetto è stato negativo. Quindi io dico: soltanto questo era il compito della commissione e non poteva andare oltre.

Se la commissione fa valutazioni diverse, che non siano cioè pertinenti alle ragioni di ineleggibilità o meno, queste sono valutazioni che possono essere fatte in sede separata, che possono essere fatte anche in quella sede, se volete, ma non ai fini del compito che è attribuito dalla legge o dal nostro regolamento alla commissione. A me pare che una contraddittorietà da parte della commissione non ci sia stata. Quando la commissione ha visto i formulari, ha potuto effettivamente appurare come non c'era alcuna relazione fra la maggior parte dei quesiti che erano posti con la questione della ineleggibilità, ed ecco perchè ha concluso a maggioranza circa la convalida.

Quindi io concludo, sia per quanto ri-

guarda la posizione dell'avv. Odorizzi, sia per quanto riguarda la posizione dell'assessore Turrini, che qui, non solo non possiamo accedere alla proposta che ha fatto il cons. Canestrini, di subordinare la convalida ai risultati della commissione d'inchiesta su cose che non hanno nulla a che fare con quello che è il giudizio di ineleggibilità, ma io dico la convalida bisogna farla, che è doveroso per il Consiglio farla, in quanto gli accertamenti svolti dalla commissione hanno portato alla conclusione chiara e precisa che gli elementi o le ipotesi previste dall'art. 15, punto 1, non ci sono. Se così è — e così è evidentemente, perchè fra il resto la commissione lo ha ammesso e non ci sono elementi di nessun genere posti in contrario — allora il Consiglio ha il dovere di procedere alla convalida, senza ulteriori ritardi.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Malignoni.

MOLIGNONI (Assessore previdenza sociale e sanità - P.S.D.I.): Io parlerò molto brevemente. Sono membro della commissione di convalida e mi pare che al di là evidentemente di una difesa personale che non avrebbe assolutamente senso, mi pare che valga la pena di chiarire che, a mio avviso, nell'ambiente della commissione di convalida non ci sono stati dei voltafaccia. Per quanto mi riguarda io vorrei dire che, fin dall'inizio delle discussioni, sono stato molto preciso nel chiedere che soltanto i motivi inerenti alla convalida, e cioè incompatibilità o ineleggibilità, facessero parte del nostro esame. Poi, forse con precipitazione, forse anche, a giudizio di qualcuno, con non eccessivi elementi di giudizio alla mano, mi sono pronunciato subito dicendo che, secondo il mio avviso, i motivi di incompatibilità o di ineleggibilità non esistevano per nes-

suno degli uomini in causa. L'avv. Canestrini mi dà atto di questo, e quindi non c'è bisogno che io continui.

Voglio concludere dicendo soltanto che è stata tale la coerenza del mio giudizio in proposito, che ho votato, e mi pare di essere l'unico, salvo errori, contro la stessa relazione del Presidente della commissione, relazione che, secondo il mio avviso, non doveva essere fatta in quel modo, ma doveva essere fatta in modo diverso, e non sto a dire come l'avrei desiderata perchè è a verbale per chi lo volesse accertare.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Nardin.

**NARDIN (P.C.I.):** Mi sento di appoggiare in pieno le argomentazioni del mio collega Canestrini a proposito della convalida o meno del cons. Turrini. Resta un fatto: la commissione di convalida aveva il compito di esaminare, dal punto di vista della nota legge regionale, la ineleggibilità o meno del cons. Turrini. La commissione non lo ha fatto, ha iniziato e poi ha interrotto questa iniziativa, si doveva semmai accertare i fatti attraverso una commissione di inchiesta.

Ora, almeno, si prenda atto che la commissione di convalida non ha, nel caso del cons. Turrini, portato a conclusione l'esame che era obbligata a fare proprio in base all'art. 15 della legge regionale, e che si è demandato il tutto, cioè i famosi tre punti, all'esame di una possibile commissione di inchiesta, cosa che la commissione di inchiesta poteva fare in relazione al punto C) delle tre questioni poste a pag. 6 della relazione della commissione di convalida. Il punto A) ed il punto B) erano invece compito della commissione. La commissione di convalida ha il compito di procedere non soltanto ad un interrogatorio, ma di accer-

tare fino in fondo la verità sul fatto; cosa che non ha fatto per varie ragioni, opportunità o non opportunità. Il fatto che oggi dobbiamo giudicare è che la commissione non ha portato a compimento questo suo compito assegnatole, non soltanto dal regolamento ma soprattutto dalla legge, per cui mi pare giustificata la nostra posizione di demandare il voto di convalida a conclusione della commissione di inchiesta, dato che la commissione di convalida non ha voluto compiere questi accertamenti.

Secondo: a pag. 4 della relazione si parla del dottor Luigi Dalvit in merito ad alcune contestazioni mosse in commissione nei suoi confronti. Ora che cosa risulta? Risulta che il dott. Dalvit in data 1 luglio 1959 ha rassegnato le dimissioni dalla società, chiamata « Stampa Rapida », cioè prima delle elezioni del Consiglio regionale . . .

**DALVIT (Presidente G.R. - D.C.):** Guarda che sono del 1960 le elezioni!

**NARDIN (P.C.I.):** Sì, prima, prima delle elezioni per il Consiglio regionale. Resta però un'obiezione da fare: quando dobbiamo considerare le dimissioni? Quando vengono perfezionate de jure o quando il protagonista, il soggetto le rassegna? Qui sono intervenuti alcuni fatti: la società che si è dimenticata, il notaio, e tante altre cose. Io spero che almeno nel futuro si vogliano considerare le dimissioni quando proprio sono perfezionate. Perchè possono essere anche respinte le dimissioni, dopo mesi. Io, ad esempio, sei mesi o tre mesi prima delle elezioni per un Consiglio regionale posso rassegnare le dimissioni dalla società « Stampa Rapida », e il Consiglio o l'Assemblea della società, le esamina dopo mesi, magari dopo le elezioni, le respinge, e io sono ancora praticamente membro di quella società. Ed allora si considerano le dimissioni perfe-

zionate o quelle date in prima istanza? Sarebbe bene trovarci un domani anche d'accordo su questi fatti. Ma c'è dell'altro, da rilevare: la legge dichiara ineleggibile chi, essendo eletto consigliere regionale, si trova nelle condizioni in cui si trovò il dott. Dalvit fino al 1° luglio 1959. Forse che la legge ammette che per una volta un consigliere eletto possa far parte di una società con l'intesa di dare le dimissioni prima delle successive elezioni? La legge, signori, esiste dal 1952, ed il dott. Dalvit, quando faceva parte della società «Stampa Rapida» era consigliere regionale, anzi era perfino assessore regionale alle finanze; un uomo che, se voleva, poteva determinare una decisione in fatto di ordinazioni a questa o quest'altra società, nel campo tipografico. Ora indubbiamente il dott. Dalvit si è trovato nel corso della passata legislatura in flagrante contraddizione con questa legge, con l'art. 15. Il senso di questa legge è che mai, uno, nel mentre è consigliere regionale o addirittura assessore regionale, deve trovarsi nelle condizioni poste dall'art. 15 di questa legge, nè nelle altre condizioni poste dalla legge stessa. Invece il dott. Dalvit vi si è trovato, e non ha sentito la necessità, l'opportunità nel mentre era consigliere o addirittura assessore regionale di non far parte di questa società, che ha avuto rapporti con la Regione, per ordinazioni, ecc., e cioè è stata una società pienamente corrispondente a quanto il punto 1) dell'art. 15, prevede.

Ora, d'accordo, è un giudizio a posteriori. Dal momento che vogliamo considerare le dimissioni in data 1° luglio 1959, è solo un giudizio che si fa, non tanto oggi per quello che è oggi, quanto per quello che è avvenuto. Vorrei sollevare questo, senza animosità, per dire: signori consiglieri, noi dobbiamo rispettare la legge sempre, non soltanto pochi mesi prima di essere eletti consiglieri, ma sempre,

quando siamo nella veste di consiglieri regionali, peggio ancora di assessori. E mi pare che il dott. Dalvit non si sia adeguato a questo principio. Qui è proprio il caso di parlare di principio.

Ora per questo giudizio, seppure ormai verso la storia passata, noi non ci sentiamo oggi di votare favorevolmente alla convalida del cons. Dalvit, Presidente della Giunta regionale, ma per queste ragioni noi ci asteniamo.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Corsini.

**CORSINI** (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Anch'io, in qualità di membro della commissione di convalida contro la quale sono state mosse da parte dei consiglieri comunisti delle obiezioni di una certa pesantezza, particolarmente in quest'ultimo intervento in cui si è detto che la commissione non ha portato a compimento il suo compito, respingo questa affermazione, la respingo nel modo più assoluto perchè mi pare non corrisponda al vero, non solo in se stessa, ma anche nella giustificazione che ne è stata porta. La sostanza delle cose, detta in termini molto semplici, è stata questa: a prescindere dalle obiezioni su alcuni altri consiglieri di cui non si è più parlato, due particolari obiezioni sono state fatte nei confronti della convalida dell'avv. Odorizzi e di quella del dott. Turrini. Ora, per quanto riguarda l'avv. Odorizzi, io sinceramente ho detto, — e c'è a verbale, — che pur non impancandomi ad essere un cultore di diritto, mi sembra però, a lume di naso, che questa incompatibilità non ci fosse; ma siccome il cons. Canestrini insisteva su questa tesi, e ho accettato la proposta di rivolgerci ad acquisire un parere, ed è stato scelto proprio dal Presidente della commissione l'avv. Crisa-

fulli, il quale pare non possa essere sospettato neppure dal punto di vista delle sue origini ideologiche e politiche. E per questo chiudo.

Per quanto riguarda la questione Turrini, la posizione anche qui molto semplicemente è questa, e non sono parole mie, sono parole del verbale, n. 7 della commissione, il quale dice: « il cons. Canestrini ha portato in commissione, sia pure con dei « se » e dei « ma », una serie di notizie numerosissime »; mancava veramente che ci dicesse anche se il dottor Turrini si dipingeva i capelli o non se li dipingeva; di fronte a queste notizie la posizione mia è stata questa: le vogliamo concretare in qualche cosa di molto più preciso e molto più esplicito? Non è stato chiesto un memoriale all'avv. Canestrini, non è stato chiesto un questionario; di fronte a questa marea di notizie che montavano, si è detto: va bene, se lei conosce tanto bene tutta la storia perchè sono stati fatti nomi e non nomi, e circostanze e usi di telefoni e di carte da lettera, ecc., è stato detto: butti giù, 4 - 5 - 6 - 10 - 20 punti, quelli che sono e poi li esamineremo; ma li esamineremo sotto quale punto di vista? Ho piacere che l'avv. Rosa, con parole forse più spicce delle mie, l'abbia chiarito, sotto un punto di vista unico: se i quesiti posti in queste domande, sono pertinenti con i fatti della ineleggibilità o della incompatibilità o meno. Perchè per il resto noi non avevamo competenze lì dentro, nessuno, perciò non è che la commissione non abbia portato a conclusione il suo compito; la commissione ha respinto di assumersi dei compiti che non erano deferiti ad essa secondo il regolamento sulla base delle leggi. Del resto non è neanche vero che non si sia fatto un accertamento in merito all'unica questione che avrebbe potuto portare alla convalida o non convalida del dott. Turrini, che era quella che egli facesse o meno parte della società appaltatrice dei lavori del palazzo

della Regione, e che non si andasse anche più in là, e precisamente in quella seconda parte, che secondo l'avv. Kessler ha costituito un eccesso di zelo, per vedere se facesse o meno parte della società « Acciai Stella ». Ora questo la commissione l'ha fatto. Il verbale n. 7 della seduta 22 marzo 1961 ad ore 16.30, dice: il cons. Preve Ceccon ha assicurato che il nome dell'assessore Turrini non è mai apparso quale socio della società. E se ben ricordo, e non credo di ricordare male, ha assicurato di aver svolto lui stesso una diligente indagine presso il Tribunale, lì dove si trovano gli atti dei membri della società dei consigli di amministrazione della società stessa. Pertanto questo compito, che forse può essere stato anche di eccessivo zelo, la commissione l'ha svolto. Gli altri temi, ai quali il cons. Canestrini voleva associarci per chiedere informazioni ulteriori o addirittura perchè ci facessimo promotori con lui di qualche congegno per passare ad una commissione di inchiesta o ad una forma di relazione dubitativa, sono stati respinti, respinti in un modo semplice, perchè, s'è pensato, c'è il mezzo dell'interrogazione, c'è il mezzo dell'interpellanza, c'è il mezzo della relazione di minoranza, c'è il mezzo, in sostanza, di assumersi la propria responsabilità direttamente in un tema che non era concernente i compiti affidati alla commissione. Per la chiarezza voglio leggere ancora queste due righe, del verbale della seduta n. 7 della commissione di convalida, di data 22. « Il cons. Canestrini in esecuzione della richiesta avanzata dalla commissione nella seduta precedente, dà lettura di un elenco contenente dieci precise domande da rivolgere in merito alla posizione dell'assessore Turrini nei confronti della società appaltatrice del palazzo della Regione. Alla fine di detta lettura segue una vivace ed ampia discussione sull'opportunità o meno di inviare detto questionario, e sulla attinenza

che la materia nello stesso contenuta ha o può avere col compito che è tenuta ad assolvere la commissione, e cioè dichiarare ineleggibile o incompatibile con la carica di consigliere regionale altre cariche o posizioni. Ad eccezione del consigliere Canestrini, gli altri membri della commissione, — cioè tutti quelli che erano presenti, e non so, mi pare che erano presenti tutti, fatta eccezione per il dott. Dalsass, — tutti gli altri membri della commissione, ad eccezione del cons. Canestrini, ritengono che il contenuto delle domande che compongono il questionario, esuli dal compito della commissione stessa ».

Allora io veramente mi domando in che cosa abbiamo mancato o dove la commissione non ha completato il suo compito. A me pare che se sono emerse dopo questi momenti delle altre informazioni, sempre però attinenti alla possibilità di convalida o non convalida e non a tutte le altre questioni che riguarderanno la richiesta commissione di inchiesta, il cons. Canestrini non deve far altro che venir qui e dire: sì signori, il cons. Turrini fa parte della società Acciai Stella, oppure fa parte della società appaltatrice del palazzo della Regione; questi sono i documenti. Fino a questo momento questi documenti e questi dati che noi non avevamo allora, non li abbiamo adesso, perciò io concordo con la proposta dell'avv. Kessler, che si passi rapidamente alla conclusione.

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Raffaelli.

**RAFFAELLI (P.S.I.):** Io intendo fare a nome del gruppo una breve dichiarazione di voto su questo argomento, senza minimamente tentare di inoltrarmi nel terreno giuridico che, fra il resto, è stato ampiamente esplorato. Questa dichiarazione è dovuta doppiamente anche perchè il nostro gruppo era rappresen-

tato in commissione dal collega Paris che lo presiedeva; collega Paris che manca in questa mezza giornata per indisposizione, è mancato in parte anche questa mattina per la stessa ragione.

Il tema che è stato qui sollevato e discusso, l'abbiamo esaminato anche noi e vorrei dire con una particolare e insolita attenzione, proprio perchè ci sono implicati dei colleghi, perchè si tratta di dare un giudizio ed un voto che mai vorremmo venisse a mancare a qualcuno anche dei nostri e quindi ci siamo resi conto che la cosa meritava una particolare considerazione. E, diversamente da quanto avviene di norma per i problemi correnti, di carattere legislativo e comunque per i problemi che si trattano qui dentro, abbiamo voluto esaminarlo anche assieme agli organi politici del nostro partito per vedere il problema su di un orizzonte o da un punto di vista più largo. Ora dico subito che la conclusione alla quale siamo arrivati è di astenerci sulla convalida dei solleggi avv. Odorizzi e dott. Turrini. Ripeto, non per valutazioni di carattere giuridico che non avremmo certo in misura sufficiente da poter sostenere validamente di per se stesse, ma per ragioni che vi lascio definire come volete, di carattere morale, di costume, di moralità politica. Chiamatele come volete, perchè non vorrei usare parole improprie e soprattutto parole grosse che suonassero pretesa eccessiva di impancarci, di ergerci al di sopra di altri inopportuno. C'è però indubbiamente una esigenza che viene espressa molto spesso e fortunatamente viene espressa in maniera molto vivace da larga parte dell'opinione pubblica, ed è quella appunto di determinate forme di correttezza. Questa opinione pubblica spessissimo dice e lamenta molto di più in quanto non ci sia in realtà da dire e da lamentare; sarei lieto di conoscere anch'io l'opi-

nione del signor Presidente della Giunta, se sta esprimendo un'opinione in materia o in merito a quello che dico e lo pregherei di dirlo, non nel momento in cui io parlo, perchè se no non lo sento. (*Interruzione*). Domando scusa, mi sarebbe dispiaciuto lasciarmi sfuggire la sua opinione. Dicevo, è vero che molto spesso questa opinione pubblica esagera, e siamo i primi a riconoscerlo, vede anche fantasmi, vede cumuli dove non ci sono, li vede più grossi di quello che sono quando ci sono, vede mangerie e profitti probabilmente anche là dove non ci sono. Sostanzialmente, signori, dobbiamo riconoscere però che questa opinione pubblica esprime una condanna giusta di determinate forme di disinvoltura nell'accettare determinate posizioni politiche, accumuli di incarichi che, se non dichiarati espressamente incompatibili dalla legge, incompatibili sono ritenuti a questo senso comune, a questo senso dell'opportunità al quale bisogna pur dare il peso che merita. Ho voluto sottolineare a proposito un aspetto diverso da quelli che sono stati sottolineati perchè non era il caso di ripetere cose già dette, e per dare conto di una particolare motivazione che ha ispirato questa nostra decisione, che ci è sembrata giusta.

Ripeto noi voteremo la convalida di tutti i colleghi, ci asterremo sui due nominativi già fatti, cioè sul nominativo dell'avv. Odorizzi per le ragioni che sono state qui illustrate o, meglio, per la posizione, che è fuori discussione perchè è incontestabile, per il suo incarico romano; e sull'assessore Turrini proprio per quella zona non chiara che esiste — e se sarà cancellata dalla inchiesta, saremo i primi a rallegrarcene con lui stesso —, ma per quella posizione che oggi come oggi esiste circa i rapporti del suo Assessorato e quindi anche suoi, con la vicenda della nascita e della legalizzazione di quel tale acciaio di cui spesso

si è parlato e di cui probabilmente si parlerà ancora.

PRESIDENTE: La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Signor Presidente, mi sembra che valga la pena qui di fare ancora un cenno dopo che con un linguaggio cortese ma con espressioni decise, da qualche parte si è respinto senza appello, senza possibilità di esame più dettagliato, quello che avevo io qui affermato. Io vorrei ricordare ai memori ed agli immemori ex colleghi della commissione di convalida che su alcuni dati di fatto eravamo tutti d'accordo. Per esempio ci siamo chiesti: è sufficiente scrivere a tutti i quarantotto consiglieri regionali una lettera nella quale si chieda loro di esprimersi in ordine ad eventuali ostacoli alla loro eleggibilità? All'unanimità siamo rimasti d'accordo, e mi sembra che non fui io nemmeno allora a proporre questa precisazione, che non ci si doveva affatto accontentare della dichiarazione del singolo, perchè effettivamente era venuto fuori dalla discussione che qualcuno aveva accennato alla possibilità di creare un precedente antipatico, quando non ci si fosse fidati, mi pare che l'espressione era stata così coniata, delle dichiarazioni dei 48. All'unanimità ritenemmo che non era affatto ragione di disistima o di poca credibilità nelle dichiarazioni dei consiglieri, quella che ci muoveva quando abbiamo sanzionato e deciso che qualunque fosse stata la dichiarazione che ciascuno pro domo sua avesse fatto giungere alla commissione, la commissione come tale avrebbe dovuto prendere in esame tutte le situazioni, ove anche indipendentemente dalla dichiarazione del singolo, qualche cosa fosse emerso. Prima pietra, codesta, all'edificio dei lavori della commissione.

Secondo: si disse, guardate che può essere che nè i singoli quarantotto, nè qualcuno dei componenti la commissione di convalida, vengano informati, *aliunde, extra moenia*, da qualcuno, che ci sono queste ragioni di ineleggibilità. Ed allora, dicemmo, ciascuno di noi nei limiti delle sue possibilità, se sa qualche cosa, se viene a conoscere qualche cosa, ha il diritto e il dovere di portare i dati per esaminare ciò che lo turbasse, preoccupasse, qualche cosa che fosse venuto a sua conoscenza.

Quindi è escluso che una singola dichiarazione di un interessato o di chiunque altro, avrebbe potuto bastare a chiudere la bocca ai commissari o a chiudere il verbale della commissione. Ecco perchè ritengo che non sia esatto quello che qui i colleghi Kessler e Corsini hanno affermato e cioè che si sia accertato che Tizio, o Caio, faceva parte o non faceva parte di società o quant'altro, quando è vero soltanto che l'interessato ha smentito e che un collega, come è stato qui giustamente ricordato, in sede di commissione, anche se questo non è parso importante come giustamente non era parso importante, tanto è vero che non risulta in questo senso a verbale, disse: guardate che da quello che a me risulta per essermi interessato non c'è niente in questo senso. Quindi è chiaro che ciò non poteva essere, per la premessa che preesisteva ai lavori della commissione, considerato nè sufficiente nè tranquillante per chiudere la possibilità di un'indagine che sarebbe stata, ripeto quello che ho detto prima, non solo opportuna agli effetti dell'accertamento della verità, ma altresì desiderata dall'interessato.

Una seconda osservazione voglio fare, e mi spiace doverla avanzare perchè ci sono stati dei colleghi che hanno subito l'indagine della commissione uscendone perfettamente indenni e che qui evidentemente sarebbe stato inutile ricordare se non ci si fosse tirati per i capelli

dal modo con cui questa discussione è stata avviata.

Il collega Molignoni un giorno venne in commissione e disse: guarda che a proposito del collega « X », (ed è perfettamente inutile ripetere qui il nome, se volete ve lo faccio, comunque è compreso nell'elenco della relazione di convalida) questi si è poi dimesso da quel tale incarico. Io ne presi atto con piacere, però rimase in me qualche cosa: possibile che si fosse atteso che nella seduta precedente io avessi detto che secondo me nelle posizioni dei colleghi che avevano posizioni irregolari, c'era anche il collega « X », perchè il collega Molignoni, nella seduta successiva, mi dicesse: Mi sono accertato io, ho avuto io la possibilità di accertarlo, che quel collega si è dimesso? La cosa morì lì, ma è lecito che io dica: perchè allora quel collega non si era premurato, quando a tutti i quarantotto consiglieri fu mandato un modulo, di scrivervi: Guardate che io mi ritengo non in grado di poter assolvere agli obblighi di legge, che io non mi ritengo a posto con la mia coscienza e con la legge, perchè ricopro quel determinato incarico? Quel collega non aveva risposto così, aveva risposto di ritenersi a posto. Fu solo dopo che questa questione emerse che quel collega poi si dimise. Ora io non ho voluto, nessuno di noi vuol star qui a fare i piedi alle mosche, ma si era pur verificata una situazione, chiamiamola così, antipatica, ed era stato necessario questo inizio di interessamento per indurre qualcuno a lasciar da parte un incarico manifestamente incompatibile con la sua qualifica di consigliere regionale. Ed allora voi dovete giustificare il commissario dell'opposizione, o uno dei commissari dell'opposizione che ha cercato di documentarsi il più possibile, di essere più preciso possibile, di essere più antipatico possibile, se proprio volete questa parola, visto che altri-

menti c'era il caso, provato, che la commissione di convalida avrebbe mancato automaticamente ai suoi scopi istituzionali, perchè le cose sarebbero andate a finire con una spolverata di sanatoria generale che avrebbe lasciato sussistere manifeste, riconosciute dagli stessi interessati, situazioni di incompatibilità. Terza ed ultima osservazione. Per me i verbali fanno, cons. Corsini, fede fino a querela di falso. Perchè noi ci riconosciamo obiettivamente in quelli che sono i diligenti resoconti dei nostri lavori, e altrimenti è perfettamente inutile fare il verbale. Perchè è vero che qui c'è il magnetofono, mentre nella commissione il magnetofono non c'è, ma il verbale viene steso, e direi che non è giusto riconoscere che è steso bene, che il funzionario che ha dato una mano in questo senso è stato corretto, coerente, preciso, e poi venire qui a sostenere il viceversa di quello che c'è scritto nel verbale: ciascuno dei commissari, e non soltanto nella commissione di convalida, ma in tutte le commissioni, direi che ha il dovere più che il diritto di rimproverare o quanto meno di osservare a chi stende i verbali che lo stesso non ha rispecchiato il suo pensiero o quello dei suoi colleghi, e chiederne variazioni, modifiche di verbale, ecc.... Questo non è stato fatto con i verbali della commissione di convalida, non esiste a verbale nessuna obiezione, nessuna rettifica, nessuna modifica, se non quella richiesta di espungere determinati articoli, determinati periodi, determinate deduzioni, richieste in parte accolte, in parte no, ma ciò non attiene al contenuto materiale del verbale. Ora finchè questo verbale è valido è ormai valido per l'eternità, perchè il termine per un'impugnativa è ormai abbondantemente scaduto, questo verbale dice qualcosa di diverso da quello che ha detto poco fa l'assessore Corsini il quale ha dichiarato che all'avv. Canestrini non era stato commesso di stendere nessun questionario;

qui c'è scritta la parola « questionario », non una volta, ma due: primo, quando gli è stato detto di stenderlo; secondo, quando la commissione lo ha esaminato.

Il verbale recita così, e mi permetto ancora di rileggerlo: « I membri della commissione, davanti agli interrogativi posti dal cons. Canestrini, ritengono sia utile venire a conoscenza di come si sono svolti i fatti —, quindi nel merito, cons. Kessler, sbagliando, secondo il suo avviso, o non sbagliando secondo il mio, la commissione ha comunque deciso così — ma non vedono connessione fra i fatti esposti ed il caso di incompatibilità o ineleggibilità e quindi non vedono connessione con la convalida o meno. Si dichiarano comunque d'accordo per l'accertamento, invitando il cons. Canestrini ad esporre gli interrogativi in un preciso questionario che verrà esaminato ed eventualmente posto in votazione. Il cons. Canestrini accoglie la richiesta e nella prossima seduta elencherà con precisione le domande alle quali è opportuno rispondere ».

Così c'è scritto: e se io in cordiale polemica con l'assessore Mognoni gli riconosco che è vero, che ad un certo momento egli ha dichiarato: « guardate che, secondo me, e questo momento è stato fin dall'inizio, non ci sono questioni giuridiche che ostino alla convalida » è altrettanto vero che a questo accertamento io sono stato invitato, non per mio merito, ma perchè, ripeto, ero il più antipatico di tutti quelli che sedevano là dentro. Se questo accertamento non ha portato i suoi frutti, è perchè nessun'indagine è stata eseguita e non soltanto sul punto 2 o 3, ma neanche sul punto 1, perchè con tutta la stima che posso avere di un collega « X » che faceva parte della commissione, in questo caso il cons. Ceccon, è evidente che non si fa indagine né accertamento quando uno dei commissari vie-

ne a voce a dire: Guardate che, secondo me, estremi non ce ne sono. Questa è una opinione, apprezzabilissima, interessantissima, certamente suffragata da dati di fatto, ma è soltanto l'inizio di un accertamento, di quell'accertamento, ripeto, che è stato doppiamente colpevole, non aver portato a termine, visto che l'interessato si era dichiarato ben disposto ad accettarlo e ad accettarne le conseguenze.

Ecco perchè io ho voluto riprendere brevemente la parola, perchè su molte cose possiamo essere divisi, ma almeno nella fedeltà alla documentazione dovremmo essere uniti. Dovrei aggiungere qualche cosa per quanto riguarda la proposta di commissione di inchiesta, ma lo farò in altra sede quando sulla commissione di inchiesta si deciderà, riaffermando però che sarebbe un cattivo servizio che noi faremmo alla verità e alla onorabilità stessa del collega che ha scritto quella lettera, se noi troppo sbrigativamente liquidassimo questa questione, e non accettassimo la proposta che è venuta dal mio gruppo di subordinare la convalida all'inchiesta cui almeno un punto, vi si dice, forse due dice l'assessore Turrini, anzi certamente due, sono direttamente connessi.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Kessler.

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Mi sia consentita un'ultima e breve parola di risposta all'avv. Canestrini ed anche al cons. Raffaelli.

Su un argomento come questo — mi duole protrarre la discussione anche per i colleghi —, mi pare che laddove si trattano le posizioni personali nostre di ogni singolo, bisognerebbe possibilmente ottenere che il campo sia completamente sgombro quanto meno dalle incertezze, dagli equivoci e dai dubbi.

L'avv. Canestrini insiste nel suo argomentare dicendo che è mancato l'accertamento circa le circostanze o i fatti che avrebbero, se accertati positivamente, potuto portare alla dichiarazione di ineleggibilità del cons. Turrini stesso o meno. Se accertati positivamente, ho detto. Ora io chiedo all'avv. Canestrini e ai signori commissari della commissione: avete accertato se per caso l'avv. Canestrini fa parte della società Garboli? Avete accertato se il cons. Kessler per caso non faccia parte...

CANESTRINI (P.C.I.): Chiedo una commissione di inchiesta!

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Appunto per questo, da qui deriva la contraddittorietà, perchè io sostengo che la convalida è dovuta dal Consiglio, dal consigliere nei confronti del collega, di qualsiasi colore sia, in assenza di fatti che dimostrino la presenza di una circostanza di ineleggibilità. Ora questa, signori, non è stata accertata. Lei dice: non è stata accertata. Innanzitutto non esiste, ma se io posso accettare il suo ragionamento, allora dico che probabilmente nessuno di noi è convalidabile. Avete accertato voi della commissione, se il consigliere Kessler non faccia parte di qualche società...

CANESTRINI (P.C.I.): Ho accertato ma non mi è risultato!

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): E se non è risultato avete proposto la mia convalida. Avete fatto l'accertamento per Turrini, non è risultato niente, quindi la convalida è dovuta.

Secondo punto. Avv. Canestrini, non lo voglio fare per polemica, ma mi dispiace che dei colleghi, su punti come questi, si ritirino o cerchino di salvarsi in determinate posizioni

che per me non sono chiare. L'accertamento, lei dice, dei fatti di cui al punto tre sono pregiudiziali agli effetti di questo giudizio di ineleggibilità o meno. Avv. Canestrini, lei è un avvocato, e credo che fra noi almeno fin qui possiamo capirci, ma io dico: se si facesse, — se si farà io non lo so, — la commissione di inchiesta, se si accertasse che effettivamente è stato adoperato il telefono della Regione... (*Interruzioni*).

CANESTRINI (P.C.I.): Sono 11 i punti!

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): Comunque si aggirano tutti attorno a questi argomenti, non ce ne è uno di diverso, o gli uffici, o la carta o che so io.

Qualora anche questo risultasse vero, non c'è alcuna causa di ineleggibilità prevista dalle nostre leggi. Non si può dire che è mancato l'accertamento, perchè se così è, l'assessore Turrini — non lo dico per polemica, — ha diritto alla nostra convalida.

E la stessa cosa mi permetta di poter dire, la voglio dire anche al cons. Raffaelli. Le dirò che mi dispiace che il suo gruppo abbia assunto un atteggiamento agnostico di fronte a posizioni di questo genere. Innanzitutto io dico questo: sostengo ancora il principio che uno ha diritto ad essere convalidato o ad essere dichiarato non convalidato su precisi motivi, ma non credo che si possa assumere l'atteggiamento di dire: io mi astengo. O ci sono o non ci sono questi motivi. Se ci sono bisogna votare contro la convalida, se non ci sono bisogna votare a favore e non si può dare una specie di assoluzione per insufficienza di prove. Qui i fatti sono chiari, ma il cons. Raffaelli ha ritenuto di potersi salvare dicendo: io non entro neanche per un momento, non tento neanche l'argomento giuridico e faccio solo una valutazione politica. Io comincio col dire: non

credo che si abbia il diritto di non fare una valutazione giuridica su aspetti che sono essenzialmente giuridici perchè attingono alla posizione personale di uno, non alla posizione politica, ma alla posizione di ognuno come consigliere. Quindi io credo che volenti o nolenti bisogna prima decidere sulla scorta delle leggi che ci siamo date e che come tali osserviamo e nell'ambito delle quali viviamo. In secondo luogo lei dice: politicamente, l'opinione pubblica probabilmente esagererà, ecc.

Mi pare grave in un argomento come questo che attinge proprio alle persone singole. Lei però la segue l'opinione pubblica, ma lei ha gli elementi per dire che questa opinione pubblica ha ragione, ed allora voti contro; non ne ha, ed allora voti a favore. Lei non può, — mi lasci dire, non per mancarle di rispetto — ma con un certa leggerezza, dire: tutto sommato io mi astengo perchè ho sentito delle chiacchiere dall'opinione pubblica, qualche volta forse a ragione, non si può sapere.

Non per polemica, ma perchè su argomenti come questi mi pare che si debba essere precisi e quindi su questi elementi contro la eleggibilità a termini delle nostre leggi non ci sono, io ripeto il mio concetto, cons. Raffaelli. Ogni consigliere si comporti come crede e secondo la propria coscienza e la propria responsabilità, ma io sostengo che se elementi non sono stati dimostrati in contrario, ogni consigliere ha il diritto di vedersi convalidato dal proprio collega.

PRESIDENTE: La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Credo che ciascuno di noi, di fronte alla propria fotografia opportunamente modificata, potrebbe essere indotto nella tentazione di sputarsi in faccia, basta

darla in mano a chi la sa adattare opportunamente, ma non sarebbe giusto! e così non è giusto che il cons. Kessler si fabbrichi una dichiarazione *ad usum Delphini o Kesslerii*, se si può latinizzare così, che io avrei fatto per poterla smontare o per poterla addirittura sbudellare con la sua lancia, perchè io ho detto quel che ho detto e non ho detto quel che m'ha fatto dire il cons. Kessler. Comunque non si è trattato di nessun tentativo di salvarsi, come lui ha detto, non si è trattato di una posizione agnostica, non si è trattato di una ritirata, tutte cose che lui ha messo insieme in quel suo breve intervento; e non abbiamo da salvarci da niente. Prendiamo una posizione che è una posizione negativa, che è una posizione di giudizio negativo su determinate posizioni, anche se diciamo dal punto di vista strettamente giuridico: potremmo doverci comportare diversamente. Siccome però nella sostanza c'è qualcosa che non coincide con la forma giuridica, intendiamo esprimere il nostro apprezzamento sulla sostanza, nella maniera che ci è consentita liberamente, che non è necessariamente quella del voto contrario, ma che può essere proprio quel voto che non ha senso giuridico e che è l'astensione; perchè il voto contrario potrebbe proprio trovarsi ingiustificato dalla mancanza di argomentazioni giuridiche sufficienti. Quindi si stia a quello che io ho dichiarato e che l'intervento del cons. Kessler mi dà l'opportunità di precisare; anche a proposito di quella certa opinione pubblica che io ho voluto, per dovere di obiettività, sfrondare di quello, che al giudizio di persone che cercano di essere serene ed informate, è eccessivo. Perchè se dovessimo attenerci a quello che si può sentir dire, o che si sente dire, o che si è sentito dire, allora saremmo veramente leggeri, ed allora potremmo avere dei motivi non di perplessità, ma dei motivi addirittura di sicurezza, nel non accordare la con-

valida a tanta altra gente. Ho messo io i punti sugli « i », dicendo che una parte di quello che l'opinione pubblica dice, è esagerazione. Detto questo ho anche ripetuto e lo torno a dire che una buona parte è veramente sana, esprime un'esigenza effettivamente sana, colpisce situazioni facendo esattamente centro. E di questa non è un lato debole aver tenuto conto, ma è una ragione, è un motivo per il quale noi, non solo ci sentiamo di renderlo pubblico, ma direi in questo motivo troviamo anche una ragione di orgoglio: essere sensibili a questo tipo di opinione pubblica che si esprime nei confronti delle regole che dovrebbero presiedere alla vita pubblica. Altro che ascoltare le chiacchiere, perchè le chiacchiere delle serve, se qualcuno le ha portate qui, questo qualcuno non è mai stato il sottoscritto, a meno che non abbia premesso prima: questa è una chiacchierata della serva che la porto qui per il gusto di portarla o per scherzare. Quindi è doveroso ripetere, ribadire, chiarire, che quella opinione pubblica è una cosa estremamente seria, è una cosa che va tenuta in considerazione, da augurarsi che tutti ed in tutte le circostanze la tengano più in considerazione di quanto generalmente non si faccia. (*Interruzioni*).

PRESIDENTE: La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, solo un attimo per fare una brevissima dichiarazione.

Durante questi lavori, durante l'esame di queste diverse posizioni che sono state oggetto anche della discussione che abbiamo avuto oggi sulla convalida di vari consiglieri, si sono accampati anche dei motivi di carattere politico, di carattere morale. Ora per apportare un ulteriore contributo a questa discussione, io

sento il dovere, quale consigliere regionale ed anche quale vice capogruppo del nostro gruppo consiliare, di dichiarare che l'avv. Odorizzi pochi giorni dopo la sua nomina a presidente del consorzio per le opere pubbliche, ha fatto una dichiarazione davanti al gruppo consiliare ed agli organi del partito, di essere disposto a dare le dimissioni da consigliere regionale. L'avv. Odorizzi è stato pregato unanimemente dal gruppo consiliare e dagli organi del partito di voler restare al suo posto di consigliere regionale. Questo lo diciamo perchè non intendiamo assolutamente che sui nostri uomini venga menomata quella onorabilità, quel certo...

NARDIN (P.C.I.): Chi ha parlato di onorabilità?

SEGNANA (D.C.): No, voi non avete parlato di onorabilità, però ad un certo momento avete accampato delle ragioni di ordine morale che non possono non aver anche colpito coloro che sono stati oggetto di queste accuse.

PRESIDENTE: Signori, adesso arriviamo al voto. (*Interruzioni*).

Mantiene la proposta che aveva formulato in principio? Allora la metto in votazione per poter poi passare alla deliberazione se la proposta non viene accolta. La proposta è di sospendere la convalida. Allora chi è d'accordo sulla proposta di sospendere la deliberazione di convalida, perchè venga esaminata nell'ordine del giorno che sarà inserito, dopo dieci giorni dalla presentazione, è pregato di alzare la mano.

La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Siccome trattasi anche di questione personale, oltre che per una

serie di altri lavori, mi rivolgo alla Presidenza per conoscere se anche in questo caso specifico non dovesse funzionare il meccanismo del voto segreto.

PRESIDENTE: Il voto segreto viene richiesto da cinque consiglieri. Sulla proposta di sospensiva non si vota a scrutinio segreto. A scrutinio segreto si vota solo su proposte riguardanti persone. Quindi la successiva proposta deve essere votata a scrutinio segreto, ma questa di sospensiva no.

Allora metto ai voti la proposta di sospensione della deliberazione. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: la proposta è respinta con 22 voti contrari, 6 favorevoli, 2 astenuti.

Prego distribuire le schede per la deliberazione. È una deliberazione: « Il Consiglio regionale, sentita la relazione della commissione di convalida, la approva ». Delibera cioè la convalida dei 48 consiglieri...

CANESTRINI (P.C.I.): Io non dico di votare uno per uno, ma almeno per divisione sulle questioni che ci dividono. Non credo che si possa votare in blocco! Se ci fosse stata l'unanimità per considerare non convalidato uno dei consiglieri, votando in blocco non si potrebbe mai sapere! Bisognerebbe stralciare, bisognerebbe votare per divisione.

PRESIDENTE: Un momento, prima di passare ai voti. La commissione non può fare che una relazione, in base al regolamento. Si poteva anche fare una relazione di minoranza, ma non è stata fatta. L'oggetto della deliberazione è la convalida comunque dei consiglieri. Si delibera la convalida. Lei, cons. Canestrini, chiede che si passi alla votazione per divisione? Questo non è mai stato fatto.

CANESTRINI (P.C.I.): Si può!

PRESIDENTE: D'accordo. Non è che si deliberi la relazione. Si delibera la convalida in base alla legge: « Al Consiglio regionale è riservata la convalida delle elezioni dei propri componenti ». Contro questa decisione è ammesso il ricorso giurisdizionale.

La parola al cons. Odorizzi.

ODORIZZI (D.C.): In questa proposta, in sostanza, le due persone contro le quali particolarmente è stata richiamata l'attenzione del Consiglio, sono l'amico dr. Donato Turrini ed io. Prego si voti separatamente per tutti gli altri, in maniera che ognuno possa dir di sì, se crede dir di sì a tutti gli altri, e possono conseguire l'unanimità alla quale è giusto che aspirino, e si voti separatamente per me e per l'amico Donato Turrini.

PRESIDENTE: Se anche il cons. avv. Odorizzi ritiene di accondiscendere alla richiesta, perchè non possiamo aderirvi? Non osta certo il regolamento.

RAFFAELLI (P.S.I.): La pregherei di chiedere a quelli che non sono d'accordo che cosa suggeriscono per permettere a chi voglia votar contro o astenersi di farlo. Guardate, per me personalmente vi direi: facciamo una votazione con una scheda unica, e valgano le dichiarazioni.

Questo però non risponde alla forma che è indispensabile, per cui un consigliere prende 35 voti di tutti i presenti, e l'altro ne prende 34. Perchè altrimenti il valore politico è già implicito nelle dichiarazioni che sono state fatte. Bisogna darvi una forma materiale. Mi pare che la proposta dell'avv. Odorizzi sia la più concreta. Ditemi voi come lo organizzereste diversamente, questo diritto di essere antipa-

tici — come diceva Canestrini — e di astenersi o di votar contro.

PRESIDENTE: Signori, facciamo attenzione a quanto facciamo, perchè avverso le nostre deliberazioni può anche instaurarsi un ricorso in sede giurisdizionale. Dobbiamo prendere deliberazioni che possano essere sostenibili. Ora, io ritengo che può essere sostenibile anche una votazione separata, dal punto di vista del regolamento, perchè quello che è accertabile è se il Consiglio ha convalidato i consiglieri regionali. Allora si può fare una votazione per ogni singolo consigliere, questo è anche possibile. Il dr. Dalvit si associa alla proposta del cons. Odorizzi?

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Mi unisco alla proposta del cons. Odorizzi.

PRESIDENTE: Va bene. La parola all'avv. Rosa.

ROSA (D.C.): Non parlo contro la proposta dell'avv. Odorizzi, il quale ha detto: lasciatemi fuori e sfido la votazione come intendo sfidarla. Però noi stiamo facendo un errore colossale, perchè se ci mettiamo a votare uno per uno, e invece di attenerci alle ragioni giuridiche — le quali soltanto possono presiedere a questa votazione — ci lasciamo prendere dalla simpatia o antipatia, metà del Consiglio se ne andrebbe fuori e l'altra metà resterebbe...

NARDIN (P.C.I.): Quella delle delibere?

ROSA (D.C.): Quella delle delibere può darsi, io non me le ricordo. Quindi domani potrebbe darsi che la metà del Consiglio dovrebbe ricorrere al tribunale, alla Corte d'appello, e che figura ci farebbe questo illuminato Consiglio?

PRESIDENTE: Adesso preciso, avv. Rossa, quello che diceva l'assessore, e cioè che non possiamo a colpi di maggioranza convalidare o non convalidare i membri, perchè poi gli stessi avrebbero dei diritti da tutelare e li possono tutelare. E noi abbiamo avuto anche un caso che ci ha dato un certo insegnamento; però io ritengo che, dal punto di vista dell'opportunità, si possa fare una votazione complessiva e che dal punto di vista del diritto si possano anche fare votazioni separate. È poi il risultato che potrebbe essere sindacabile o censurabile, non il modo; il modo è una questione di opportunità e non di diritto, il modo della votazione. Io però non insisto, non è mia la proposta.

Passiamo alla votazione di tutti i 48 consiglieri; c'è questa proposta, prima. Io metto in votazione il metodo della stessa votazione, il metodo sul quale si andrà a votare, cioè se fare una votazione di tutti i 48 consiglieri o se fare una votazione separata. La parola al cons. Segnana.

SEGNANA (D.C.): La proposta potrebbe anche essere modificata in questo senso: votare per tutti, votare per tutti meno tre o votare per ciascun consigliere. Io personalmente sarei d'avviso di votare per ciascun consigliere. Io non ritengo che debbano essere fatte delle eccezioni per tre persone. O facciamo la votazione complessiva, che abbracci tutti i 48 consiglieri, o altrimenti facciamo una votazione per ciascun consigliere.

PRESIDENTE: Prego, cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Se è consentito il voto palese io faccio la proposta che si voti a voto palese, per appello nominale. In questo modo risolviamo il problema.

PRESIDENTE: Di regola nelle questioni riguardanti persone, la votazione è fatta a scrutinio segreto. Qui mi pare che proprio la sostanza riguardi effettivamente persone, quindi dobbiamo fare la votazione a scrutinio segreto. Nel dubbio è meglio seguire questa procedura.

PUPP (Vicepresidente - S.V.P.): Sulla delibera della commissione per tutti 48.

PRESIDENTE: Allora c'è una proposta della commissione che è di convalidare tutti 48. Chi è d'accordo di accettare la proposta della commissione, prego alzi la mano: la proposta è respinta.

Prego distribuire le schede. La votazione concerne la convalida di 48 consiglieri.

*(Segue votazione a scrutinio segreto).*

Esito della votazione: hanno votato 25 consiglieri; 24 favorevoli e 1 scheda bianca. Quindi la deliberazione è valida. Volevo dire per quanto riguarda il Consiglio che esso sarà convocato a domicilio.

(Ore 19.55)

## APPENDICE



« COPERTURA DEI POSTI DI RUOLO VACANTI NELLE CONDOTTE MEDICHE, VETERINARIE ED OSTETRICHE DELLA REGIONE »

Art. 1

Ai concorsi a posti di sanitario condotto indetti nelle province di Trento e Bolzano, si applicheranno le norme vigenti, integrate dalle seguenti disposizioni.

Art. 2

Per i sanitari condotti della provincia di Bolzano è richiesta la conoscenza delle lingue italiana e tedesca, tale da garantire il soddisfacente svolgimento delle funzioni inerenti al servizio.

La conoscenza della lingua non materna sarà accertata attraverso un esame orale da parte di una commissione di tre membri, di cui uno appartenente al gruppo linguistico dell'esaminando, nominata dalla Giunta regionale, sentita la Giunta provinciale di Bolzano.

Fermo restando l'accertamento della conoscenza della lingua non materna, il concorrente che ne faccia richiesta potrà svolgere le prove nella propria lingua materna.

Art. 3

Per l'ammissione al primo concorso indetto dopo l'entrata in vigore della presente legge per i posti di medico, veterinario ed ostetrica condotti sia nella provincia di Trento che in quella di Bolzano, il limite di età è portato ad anni 45, esclusa ogni ulteriore elevazione.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.

---

« NORMA TRANSITORIA PER I CONCORSI A POSTO DI SANITARIO CONDOTTO »

Articolo unico

Ai primi concorsi indetti per i posti di medico, veterinario ed ostetrica condotti delle province di Trento e di Bolzano, dopo l'entrata in vigore della presente legge, potranno partecipare i sanitari che alla data del 31 ottobre 1960 figuravano regolarmente iscritti negli albi professionali delle due province.

I concorsi saranno riservati agli iscritti agli albi della rispettiva provincia.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.

« MODIFICA ALLA LEGGE REGIONALE 28 OTTOBRE 1960, N. 17 »

Articolo unico

Il secondo comma dell'art. 3 della legge regionale 28 ottobre 1960, n. 17, è sostituito dal seguente:

« Per le assunzioni degli operai giornalieri, regolate dalla legge regionale 31 dicembre 1959, n. 22, si potrà prescindere dal riferimento al rapporto di consistenza dei gruppi linguistici esistenti nella Regione ».

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.

---

« DETERMINAZIONE DELLA DENOMINAZIONE DEL COMUNE DI TRAMBILENO »

Articolo unico

La denominazione del Comune di « Trambileno » o « Trambilleno » in provincia di Trento, è determinata in quella di « Trambileno ».

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Regione.